Landtag 16. Wahlperiode 46. Sitzung 12.10.05

# 46. Sitzung

am Mittwoch, dem 12. Oktober 2005

## Inhalt

Ein	gänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung . 2905	Aktuelle Stunde
Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung		Finanzlage: Senat hat Überblick verloren – planlos und entscheidungslos in die Zukunft
Ein	gaben gemäß § 70 der Geschäftsordnung . 2906	Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen) 2915
Sonstiger Eingang2906		Abg. Tittmann (DVU)2917
		Abg. Wedler (FDP)2918
Fragestunde		Abg. Frau Wiedemeyer (SPD)2919
1.	Deutsche Küste bald ohne Leuchtfeuer?	Abg. Pflugradt (CDU)2921
	Anfrage der Abgeordneten Grotheer, Manfred Oppermann, Günthner, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 15. September 2005	Senator Dr. Nußbaum2923
		Abg. Frau Wiedemeyer (SPD)2925
		Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen) 2927
2.	Sandarainhait dar Finangyarwaltung zur	Altersdiskriminierung
	Sondereinheit der Finanzverwaltung zur Aufdeckung von Steuerhinterziehung Anfrage der Abgeordneten Frau Schwarz, Jägers, Böhrnsen und Fraktion der SPD	Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD vom 4. Mai 2005 (Drucksache 16/604)
	vom 15. September 20052908	D a z u
3.	Umsetzung der Verpflichtung der Millenniumsagenda Anfrage der Abgeordneten Frau Schwarz, Nalazek, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 15. September 2005	Mitteilung des Senats vom 30. August 2005 (Drucksache 16/732)
		Abg. Karl Uwe Oppermann (CDU)2928
		Abg. Frau Arnold-Cramer (SPD)2930
		Abg. Tittmann (DVU)2932
4.	Anzahl und Bearbeitungsdauer von Zwangsvollstreckungen in Bremen und	Abg. Schmidtmann (Bündnis 90/Die Grünen) . 2933
	Bremerhaven	Abg. Karl Uwe Oppermann (CDU)2934
	Anfrage der Abgeordneten Grotheer, Tschöpe, Böhrnsen und Fraktion der SPD	Senatorin Röpke
	vom 29. September 20052910	Gesetz zur Änderung des Privatschulgesetzes
6.	Berufungsverfahren an Hochschulen im Lande Bremen	und des Bremischen Schulgesetzes
		Mitteilung des Senats vom 28. Juni 2005
	Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Spieß, Dr. Schrörs, Perschau und Fraktion der	(Drucksache 16/676) 1. Lesung
	CDU vom 5. Oktober 20052912	D a z u

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU	Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen) 2960 Senatorin Röpke
vom 13. September 2005	Abg. Tittmann (DVU)2961
(Drucksache 16/749)	Abstimmung2961
Abg. Frau Allers (CDU)2938	
Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen) 2939	Bericht über die Tätigkeit der mit Förderauf-
Abg. Frau Hövelmann (SPD)2940	gaben beauftragten juristischen Personen des
Senator Lemke	privaten Rechts für das Jahr 2004
Abstimmung	(Beleihungsbericht 2004)
	Mitteilung des Senats vom 12. Juli 2005 (Drucksache 16/687)2961
Bundes- und Landesanteil an der finanziellen Existenzgründungsförderung	(=
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen	Luftqualität verbessern – Feinstaubbelastung von Industrieanlagen verringern
vom 5. Juli 2005 (Drucksache 16/679)	Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
D a z u	vom 12. Juli 2005 (Drucksache 16/690)
Mitteilung des Senats vom 16. August 2005	,
(Drucksache 16/725)	Dazu
Abg. Frau Schön (Bündnis 90/Die Grünen) 2941	Mitteilung des Senats vom 16. August 2005 (Drucksache 16/726)
Abg. Liess (SPD)	•
Abg. Frau Winther (CDU)	Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen) 2962
Senatorin Röpke2946	Abg. Imhoff (CDU)2963
	Abg. Dr. Schuster (SPD)2964
In Kinder investieren heißt in die Zukunft in-	Staatsrätin Kramer
vestieren: Qualifikation der Erzieherinnen	
und Erzieher in den Tageseinrichtungen er- höhen	Gesundheitsvorsorge für Kinder und Jugend- liche im Lande Bremen in Kindergarten und
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Schule
vom 8. Juli 2005	Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD
(Drucksache 16/684)	vom 13. Juli 2005 (Drucksache 16/691)
Abg. Crueger (Bündnis 90/Die Grünen) 2948	,
Abg. Bartels (CDU)2950	Abg. Frau Dr. Mohr-Lüllmann (CDU)
Abg. Pietrzok (SPD)2951	Abg. Brumma (SPD)
Senator Lemke	Abg. Frau Hoch (Bündnis 90/Die Grünen) 2969
Abstimmung2955	Senatorin Röpke
	Abstimmung
Gesetz zur Einführung des Verbandsklage- rechts für Tierschutzvereine	Keine weiteren Affenversuche an der Bremer
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Uni!
vom 12. Juli 2005 (Drucksache 16/685)	Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU) vom 26. August 2005
1. Lesung	(Drucksache 16/728)
Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen) 2955	Abg. Tittmann (DVU)2973
Abg. Frau Tuczek (CDU)2956	Abg. Frau Busch (SPD)2974
Abg. Frau Peters-Rehwinkel (SPD)2958	Abg. Tittmann (DVU)2974
Abg Tittmann (DVII) 2959	Abstimmung 2975

Handlungsfähigkeit des Bremer Landgerichts durch Personalverstärkung verbessern Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU) vom 26. August 2005 (Drucksache 16/729)	Abg. Tittmann (DVU)	. 2976
	Abstimmung	

## Präsident Weber

Vizepräsidentin Dr. Mathes Schriftführerin Arnold-Cramer

Vizepräsident Ravens Schriftführerin Böschen

Schriftführerin Dr. Hannken

Bürgermeister **Dr. Scherf** (SPD), Präsident des Senats, Senator für kirchliche Angelegenheiten und für Justiz und Verfassung

Senator für Bildung und Wissenschaft Lemke (SPD)

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales Röpke (SPD)

Senator für Finanzen Dr. Nußbaum

Senator für Wirtschaft und Häfen und für Kultur Kastendiek (CDU)

Staatsrätin **Dr. Kießler** (Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund und für Europa)

Staatsrat Dr. Knigge (Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales)

Staatsrätin Kramer (Senator für Bau, Umwelt und Verkehr)

Staatsrat Mäurer (Senator für Justiz und Verfassung)

(D)

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.00 Uhr.

**Präsident Weber:** Ich eröffne die 46. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich heute Morgen recht herzlich zwei Klassen der Surheider Schule aus Bremerhaven, Schülerinnen und Schüler der vierten Klassen der Schulen an der Admiralstraße und am Weidedamm, zwei achte Klassen und eine neunte Klasse der Gesamtschule Bremen-Mitte, eine Gruppe des Bremer Frauenausschusses, und zwar des Kurses "Neuer Start ab 35", Auszubildende der Stadtverwaltung Nordenham mit ihren Ausbildern und eine Gruppe der Bremer Seniorenvertretung. Seien Sie alle heute Morgen ganz herzlich im Hause der Bremischen Bürgerschaft willkommen!

## (Beifall)

Liebe Schülerinnen und Schüler oben auf den Rängen, wenn hier unten applaudiert wird, dürft ihr da oben nicht applaudieren. Das ist nur den Abgeordneten vorbehalten, das tut mir Leid. Ich weiß, ihr würdet das sicherlich auch tun, aber das geht leider nicht. Vielleicht strengt ihr euch an, dass ihr auch hier unten sitzen dürft, dann dürft ihr auf die Pulte klopfen, soviel ihr wollt.

## (Heiterkeit)

Gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgende Eingänge bekannt:

1. Veräußerung der bremischen Anteile an der Gewoba, Dringlichkeitsantrag des Abgeordneten Wedler, FDP, vom 10. Oktober 2005, Drucksache 16/773.

Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung muss das Plenum zunächst einen Beschluss über die Dringlichkeit des Antrags herbeiführen.

Wer einer dringlichen Behandlung des Antrags seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(B)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

## (Einstimmig)

Ich schlage Ihnen eine Verbindung mit Tagesordnungspunkt 26, Gewoba im Eigentum Bremens absichern, vor.

Ich höre keinen Widerspruch. Die Bürgerschaft (Landtag) ist damit einverstanden.

2. Geschäftsführergehälter offenlegen! Doppelabsicherungen abschaffen!, Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11. Oktober 2005, Drucksache 16/778.

Ich lasse auch hier über die dringliche Behandlung dieses Antrags abstimmen.

Wer mit einer dringlichen Behandlung des Antrags einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

#### (Einstimmig)

Ich schlage Ihnen eine Verbindung mit Tagesordnungspunkt 14, Gesetzliche Regelungen für mehr Transparenz durch Offenlegung von Vorstands- und Geschäftsführervergütungen auch bei den "Gesellschaften des Konzerns Bremen", vor.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Die übrigen Eingänge bitte ich der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzungen sowie dem heute verteilten Umdruck zu entnehmen.

## I. Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung

Bereitstellung von Ausbildungsplätzen in öffentlichen Einrichtungen
 Große Anfrage der Fraktion der CDU
 vom 20. Sontomber 2005

vom 29. September 2005 (Drucksache 16/764)

2. Eltern-Kind-Kuren

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU vom 30. September 2005 (Drucksache 16/765)

 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Arbeitnehmerkammer im Lande Bremen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30. September 2005 (Drucksache 16/766)

- 4. Bericht und Antrag des Ausschusses für die Gleichberechtigung der Frau zum ersten Zwischenbericht zum Stand der Umsetzung des Gender-Mainstreaming-Prinzips in der Bremischen Verwaltung (Mitteilung des Senats vom 21. Juni 2005, Drs. 16/670) vom 5. Oktober 2005 (Drucksache 16/770)
- Gesetz über die Freiheit des Zugangs zu Informationen für das Land Bremen (Bremer Informationsfreiheitsgesetz BremIFG)

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 6. Oktober 2005 (Drucksache 16/772) (A)

(B)

 Notdienst und Bereitschaftsdienst bei der Staatsanwaltschaft und den Gerichten Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU vom 11. Oktober 2005

vom 11. Oktober 2005 (Drucksache 16/774)

Diese Angelegenheiten kommen auf die Tagesordnung der November-Sitzung.

#### II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

 Restrukturierung der Fischereihafen-Betriebsgesellschaft mbH

Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 6. Juli 2005

Dazu

Antwort des Senats vom 27. September 2005 (Drucksache 16/762)

 Unterstützung von Schulen durch Stiftungen Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 13. Juli 2005

Dazu

Antwort des Senats vom 27. September 2005 (Drucksache 16/763)

3. Gemeinsame Anstrengungen für mehr Ausbildungsplätze

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 13. Juli 2005

Dazu

Antwort des Senats vom 11. Oktober 2005 (Drucksache 16/776)

 Sitzenbleiben an Bremer und Bremerhavener Schulen

Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 25. Juli 2005

Dazu

Antwort des Senats vom 4. Oktober 2005 (Drucksache 16/769)

 Investitionszuschüsse für Hotelbauten Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 18. August 2005

Dazı

Antwort des Senats vom 20. September 2005 (Drucksache 16/756)

 Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 23. August 2005

Dazu

Antwort des Senats vom 20. September 2005 (Drucksache 16/757)

7. Besserer Schutz der Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 30. August 2005 8. Weiterentwicklung der Aufgabenstruktur des Gesundheitsressorts und des Gesundheitsamts Bremen

Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

vom 21. September 2005

Dazu

Antwort des Senats vom 11. Oktober 2005 (Drucksache 16/777)

 Studienplätze und Zulassungen zum Wintersemester 2005/2006 an den Hochschulen im Lande Bremen

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 5. Oktober 2005

#### III. Eingaben gemäß § 70 der Geschäftsordnung

- Schreiben von Frau Helga Beynam zur Einführung von Studiengebühren.
- Schreiben des Ortsamtes Mitte/Östliche Vorstadt zur Gründung von Standortgemeinschaften.

Diese Eingaben können bei der Verwaltung der Bürgerschaft eingesehen werden.

#### IV. Sonstiger Eingang

Bericht über die Reise der staatlichen Deputation für Wissenschaft vom 2. bis 5. Mai 2005 nach Karlsruhe und Zürich.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, und zwar zur Aussetzung des Tagesordnungspunktes sechs, Kopenhagen-Prozess in der beruflichen Bildung, des Tagesordnungspunktes 17, Entwicklung der Wohnungsmärkte 2020, des Tagesordnungspunktes 19, E-Government in Bremen und Bremerhaven, des Tagesordnungspunktes 32, Arbeit der Freiwilligen Feuerwehr im Lande Bremen, des Tagesordnungspunktes 33, Handlungsbedarf aufgrund des demographischen Wandels, des Tagesordnungspunktes 34, Kooperation mit Niedersachsen im Wissenschaftsbereich, des Tagesordnungspunktes 37, Ausgestaltung des Unterrichtsfachs "Biblische Geschichte" auf allgemein christlicher Grundlage in Schulen im Land Bremen, und des Tagesordnungspunktes 38, Ausbildungsquote in Unternehmen von ausländischen Bürgerinnen und Bürgern im Lande Bremen.

Weiter wurden Vereinbarungen getroffen zur Verbindung der Tagesordnungspunkte 20, Bedeutung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes für Bremen, und 21, Zukunft der erneuerbaren Energien, sowie zur Vereinbarung von Redezeiten bei einigen Tagesordnungspunkten.

Hinsichtlich der Abwicklung der Tagesordnung der Bürgerschaft (Landtag) wurde vereinbart, dass am Donnerstag Vormittag zu Beginn der Sitzung der Tagesordnungspunkt 39, Bremisches Studienkontengesetz, behandelt wird. (D)

(A) Nachträglich wurde interfraktionell vereinbart, den Tagesordnungspunkt vier, Mit Prävention und Aufklärung häusliche Gewalt verhindern, für diese Sitzung auszusetzen.

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

## (Einstimmig)

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich Ihnen zur Kenntnis geben, dass mir die Ausschussvorsitzende des nichtständigen Ausschusses "Überprüfung einer Wahlrechtsnovellierung im Land Bremen", Frau Dr. Catrin Hannken, mitgeteilt hat, dass dieser Ausschuss seinen abschließenden Bericht nicht, wie gebeten, bis Ende Oktober 2005 vorlegen kann. Es sind noch weitere Beratungen erforderlich; der abschließende Bericht wird voraussichtlich erst Ende des Jahres 2005 vorliegen.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

(B)

## Fragestunde

Für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) liegen sechs frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor. Die Anfrage Nummer fünf ist zwischenzeitlich vom Fragesteller zurückgezogen worden.

Die erste Anfrage trägt die Überschrift "Deutsche Küste bald ohne Leuchtfeuer?".

Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Grotheer, Manfred Oppermann, Günthner, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Bitte, Herr Kollege Oppermann!

Abg. Manfred  ${f Oppermann}$  (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie beurteilt der Senat das Vorhaben der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nord in Kiel und Nordwest in Aurich, bis Frühjahr 2006 ein Konzept vorzulegen, welche der Leuchtfeuer/Leuchttürme an Nord- und Ostsee erhalten bleiben sollen und welche damit außer Betrieb genommen werden?

Zweitens: Welche Leuchtfeuer im Einzugsbereich der bremischen Häfen könnten davon betroffen sein?

Drittens: Teilt der Senat die Auffassung, dass auf den Einsatz von Leuchtfeuern trotz des zunehmenden Einsatzes von satellitengestützter GPS-Navigation sowohl in der Berufs- als auch in der Sportschifffahrt aus Sicherheitsgründen nicht gänzlich verzichtet werden kann?

**Präsident Weber:** Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Kastendiek.

**Senator Kastendiek:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Die Fragen eins bis drei werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet:

Die Erarbeitung von Konzepten zur Anpassung von Maßnahmen und Einrichtungen zur Seeverkehrsregelung/-sicherheit an die veränderten Erfordernisse der Berufs- und Sportschifffahrt sind eine Regelaufgabe der Wasser- und Schifffahrtsdirektionen des Bundes sowie der nachgelagerten Ämter und Behörden. Der Senat hat daher keine grundsätzlichen Einwände, wenn die Wasser- und Schifffahrtsdirektionen ihre Sicherheitseinrichtungen an den Seewasserstraßen dahingehend überprüfen, ob und inwieweit diese in Zukunft noch notwendig sind oder nicht. Ob und welche im Einzugsbereich der bremischen Häfen liegende Leuchtfeuer und -türme von der im Bearbeitungsprozess befindlichen Konzeption betroffen sind, kann vom Senat erst nach endgültiger Feststellung der Konzeption beantwortet werden. Insofern wird der Senat die Konzeption auch erst nach endgültiger Fertigstellung bewerten können. - Soweit die Antwort des Senats!

**Präsident Weber:** Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Manfred **Oppermann** (SPD): Was unternehmen die anderen norddeutschen Küstenländer in dieser Sache, und gibt es aus Ihrer Kenntnis heraus dort gemeinsame Gespräche zwischen und mit den Küstenländern?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Kastendiek: Wir sind vom Grundsatz her immer in einem ganz engen Kontakt mit unseren Nachbarbundesländern, insbesondere was die Sicherheit auf den Seewasserstraßen an der Küste angeht. Ich gehe davon aus, dass die anderen Bundesländer sich ähnlich verhalten wie wir, dass erst einmal abgewartet wird, wie das Konzept am Ende aussieht. Nach unserem derzeitigen Kenntnisstand gibt es aber auch keine Hinweise, dass sich die Anforderungen und die technische Einrichtung an der Außen- und Unterweser sowie an der Hunte ändern könnten. Von daher können wir, ich will nicht sagen, gelassen abwarten, aber sehen, was die Wasser- und Schifffahrtsdirektionen vorlegen werden. Wie gesagt, es geht eher um Grundsätze und Standards für die Wasserstraßen und weniger um die Frage einzelner Leuchtfeuer oder Leuchttürme.

(A) **Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Manfred Oppermann [SPD]: Nein, danke, Herr Präsident!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff "Sondereinheit der Finanzverwaltung zur Aufdeckung von Steuerhinterziehung". Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Schwarz, Jägers, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Bitte, Frau Kollegin Schwarz!

Abg. Frau Schwarz (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Informationen liegen dem Senat über die Sondereinheit der niedersächsischen Finanzverwaltung vor?

Zweitens: Ist ein Einsatz einer entsprechenden Sondereinheit in Bremen geplant? Wenn nein, warum nicht?

**Präsident Weber:** Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Nußbaum.

**Senator Dr. Nußbaum:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Die Oberfinanzdirektion Hannover – Steuerabteilung Oldenburg – hat neben den beiden Gruppen der Steuerabteilung ein Sonderreferat "Task Force" eingerichtet, das sich mit besonderen steuerlichen Aufklärungsmaßnahmen beschäftigt. Zu den Aufgaben der Task Force gehören die Aufdeckung neuer Straftatbestände, die Informations- und Datensammlung sowie das Erstellen von Kontrollmaterial für alle niedersächsischen Finanzämter, das heißt 57 Festsetzungsfinanzämter, sieben Ämter für Großbetriebsprüfung und vier Ämter für Fahndungs- und Strafsachen.

Ein Schwerpunkt der Tätigkeit der Task Force liegt im Bereich der Internet-Recherche. Durch die Task Force wird in Abstimmung mit den übrigen Bundesländern bundesweit Datenmaterial des Auktionshauses Ebay erhoben, das anschließend an die zuständigen Landesfinanzbehörden, Fahndungsämter oder Steuerfahndungsstellen weitergeleitet wird. Dieses Kontrollmaterial der niedersächsischen Task Force wird in Bremen zentral durch die Steuerfahndungsstelle des Finanzamts Bremerhaven bearbeitet.

Zu Frage zwei: In Bremen werden in Zusammenarbeit von Mitarbeitern des Organisationsreferats des Senators für Finanzen, fidatas bremen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Finanzämter steuerliche Daten ausgewertet und auffällige Sachverhalte als Hinweisfall den Veranlagungsstellen der Finanzämter übermittelt. So wurden insbesondere die Eigen-

heimzulagenzahlungen und die Entfernungsangaben für die Kilometerpauschale überprüft.

Darüber hinaus ist eine spezielle Ermittlungsgruppe – unter Einbeziehung geschulter Programmierer – bei der Steuerfahndung eingerichtet worden, die insbesondere steuerliche Karussellgeschäfte überprüft. Daher ist die Einrichtung einer Task Force in Bremen nicht beabsichtigt. – Soweit die Antwort des Senats!

**Präsident Weber:** Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Schwarz** (SPD): Zu Frage zwei zwei Detailfragen: Da heißt es auf Frage zwei in Ihrer Antwort, steuerliche Daten werden ausgewertet. Woher kommen diese steuerlichen Daten? Die zweite Frage dazu ist: Wer wertet diese steuerlichen Daten aus?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Nußbaum: Es gibt hier einen bundesübergreifenden Austausch zwischen den Landesfinanzbehörden. Das sind bundeseinheitliche Programme zur Auswertung dieser Sachverhalte, und die Daten kommen aus den Speicherbeständen der bremischen Steuerverwaltung, werden dort ermittelt und dann den Kassenprüfern der Finanzämter in Listenform zur Verfügung gestellt.

(Abg. Frau Schwarz [SPD]: Den Kassenprüfern?)

Ja!

**Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Schwarz** (SPD): Bei der Task Force geht es zielgerichtet um die Aufdeckung von Steuerverkürzung und vor allem auch um Steuerhinterziehung. Sind Sie der Meinung, dass bei verkehrten Ansätzen bei der Entfernungspauschale besonders hohe Steuerhinterziehungstatbestände festzustellen sind? Sind die Bürger und Bürgerinnen, die bei der Entfernungspauschale nicht die korrekten Angaben machen, die großen Steuerbetrüger, die man unbedingt vor allen anderen aufspüren muss?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Nußbaum: Frau Schwarz, soll ich Ihre Frage jetzt so verstehen, dass wir diesen Fällen von Steuerverkürzung, weil sie möglicherweise Massenfälle sind, nicht nachgehen sollen? Das, glaube ich, kann nicht der Fall sein. Was da in dem Zusammenhang mit der Eigenheimzulage und mit den Entfernungsangaben gemacht wird, sind bundeseinheitliche Vorgehensweisen, sind bundeseinheitliche Stan-

(D)

(A) dards. Wir in Bremen prüfen ohnehin nur die Entfernungsangaben, die über 25 Kilometer sind. Das heißt, alle Angaben unter 25 Kilometer werden in der Regel nicht überprüft. Wenn wir überprüfen, dann sind es ganz gezielte Überprüfungen, bei denen dazu ein Anlass besteht, weil beispielsweise sehr große Entfernungen angegeben worden sind, die aus dem Rahmen fallen. Sie können davon ausgehen, dass die Masse in dieser speziellen Form hier so nicht überprüft wird.

Zu dieser speziellen Form kann ich gleichwohl darauf hinweisen, dass es im Sinne der Steuergerechtigkeit natürlich nicht der Auftrag an die Finanzämter sein kann, in diesen Fällen anlassbezogen, nur weil es Massenfälle sind, vor allen Dingen wenn es bundeseinheitlich vorgegeben wird, nicht nachzugehen.

Präsident Weber: Zusatzfrage? – Bitte, Herr Jägers!

Abg. Jägers (SPD): Ich habe mich auch wegen dieser Entfernungspauschale gemeldet. Ich bin jetzt einigermaßen beruhigt, dass da nicht massenhaft Ihre Leute sitzen und mit Routenplanern schauen, ob einer 4,8 Kilometer fährt oder 5,3 Kilometer. Vor dem Hintergrund aber: Sehen Sie bei 370 Milliarden Euro geschätztem Umsatz bei illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit nicht ein großes Handlungsfeld für Ihre Behörde, die Einnahmen des Staates zu verbessern?

(B) **Präsident Weber:** Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Nußbaum: Sicherlich sehen wir da ein großes Handlungsfeld. Deswegen sind wir auch in diesem Bereich aktiv. Nur kann ich natürlich nicht, und das war der Anlass der Frage, die Sie gestellt haben, auch das so genannte Grundgeschäft ganz vernachlässigen. Sie wissen, es gibt auch den Grundsatz der Steuergerechtigkeit in der Abgabenordnung. Wir müssen uns im angemessenen Rahmen auch um die Fälle kümmern, die Sie eben angesprochen haben.

Präsident Weber: Zusatzfrage? – Bitte, Frau Schwarz!

Abg. Frau **Schwarz** (SPD): Ich bin sehr dafür, das wir uns um Steuergerechtigkeit bemühen, aber ich möchte da ganz gern Prioritäten setzen, weil ich weiß, dass bei der geringen Personalausstattung nicht alle Steuern gesetzeskonform festgesetzt werden können. Ich weise darauf hin, dass bei der Umsatzsteuer 20 Milliarden Euro bundesweit hinterzogen werden. Meinen Sie nicht auch, dass man da Prioritäten setzen und nicht unbedingt bei den kleinen Lohnsteuerzahlern anfangen sollte, Steuergerechtigkeit zu üben?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

**Senator Dr. Nußbaum:** Das eine schließt das andere nicht aus, Frau Schwarz. Wir setzen Prioritäten.

Ich sagte Ihnen, wir kümmern uns um Karussellgeschäfte, der Umsatzsteuerbetrug ist in der Tat ein riesengroßes Problem. Die Schätzungen variieren möglicherweise sogar noch in einer größeren Höhe als 20 Milliarden Euro. Keiner weiß es so genau. Das ist von den Finanzämtern erkannt worden. Man geht da heran.

Nur, um auch die Relationen noch einmal klarzustellen, was hier in Ihrer Frage so mitschwingt, die so genannten Arbeitnehmerfälle, die Sie ansprechen: Das sind zirka 0,5 Prozent aller Fälle, die hier überprüft werden, während wir beispielsweise im Unternehmensbereich bei Außenprüfungen in den Bereichen Umsatzsteuer, sonstige Ertragsteuern, sieben Prozent der Fälle prüfen. Ich muss hier auch klar sagen, meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die diesen Job unter sehr erschwerten Bedingungen ausüben, wobei sich das Steuerrecht laufend verändert, machen herausragende Arbeiten. Sie setzen schon ihre Schwerpunkte, und sie wissen da auch ganz genau, wo sie im Grunde für den Staat und für uns alle an das Geld kommen können.

**Präsident Weber:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

(Abg. Frau Schwarz [SPD]: Ich habe noch viele andere Fragen, aber ich bin freundlich, ich höre auf!)

Die dritte Anfrage trägt den Titel "Umsetzung der Verpflichtung der Millenniumsagenda". Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Schwarz, Nalazek, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Ich bitte die Fragestellerin, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Frau Schwarz (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie stellt sich der Senat die Umsetzung des Beschlusses zwischen dem Bundeskanzler und den Regierungschefs der Bundesländer vom 17. Juni 2004 über die Umsetzung der Verpflichtung im Rahmen der Millenniumsagenda vor?

Zweitens: Welche Schritte hat der Senat bereits unternommen, um diese Verpflichtung zu erfüllen?

Drittens: Welche Mittel sieht der Senat im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2006/2007 für diese Aufgaben vor?

**Präsident Weber:** Die Anfrage wird beantwortet von Frau Staatsrätin Dr. Kießler.

**Staatsrätin Dr. Kießler:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Der gemeinsame Beschluss des Bundeskanzlers und der Regierungschefs der Länder vom

(A) 17. Juni 2004 über die Umsetzung der Verpflichtungen im Rahmen der Millenniumsagenda unterstreicht die Bedeutung der Zusammenarbeit von Bund und Ländern für die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele. Der Senat strebt an, einen Beitrag zur Erreichung dieser Entwicklungsziele zu leisten und im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel auch zukünftig Maßnahmen zu fördern, die zur Umsetzung der Entwicklungsziele beitragen und die Strategie des Bundes bezüglich der Millenniumsagenda ergänzen.

Zu zwei: Gefördert wurden Projekte von Bremer Nichtregierungsorganisationen und ihrer Partner in den Entwicklungsländern. Damit wird ein Beitrag zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele geleistet. So wurden in Indien, Ghana, Lateinamerika und im südlichen Afrika unter anderem Projekte zur Verbesserung der hygienischen Verhältnisse, zu HIV/Aids, Einkommensverbesserung, Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe von Frauen und im Bereich des Umweltschutzes durchgeführt.

Zu drei: Über die Bereitstellung von Mitteln wird der Senat bei der Aufstellung des Entwurfes des Doppelhaushaltes 2006/2007 entscheiden.

**Präsident Weber:** Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Schwarz** (SPD): Der Präsident des Senats hat den Beschluss der Umsetzung der Millenniumsagenda mitgetragen. Sind Sie mit mir einer Meinung, Frau Staatsrätin, dass hierdurch eine besondere Verpflichtung des gesamten Senats zur Finanzierung dieser Aufgabe besteht?

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Dr. Kießler: Der Senat, insbesondere mein Ressort, hat sich diese Ziele zu Eigen gemacht und die bremische Entwicklungszusammenarbeit an diesen Zielen ausgerichtet und wird im Rahmen der Möglichkeiten seinen Beitrag zur Erreichung der Ziele leisten.

**Präsident Weber:** Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Schwarz** (SPD): Zu Frage drei und zur Antwort drei: Mir ist natürlich klar, dass der Senat noch keine Antwort über den Haushaltsansatz für die Entwicklungszusammenarbeit geben kann. Das ist letztlich die Aufgabe von uns, des Parlaments. Meine Frage lautet deswegen auch: Welche Mittel sieht der Senat vor?

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

**Staatsrätin Dr. Kießler:** Sie wissen, dass wir jetzt bei der Aufstellung des Haushalts sind. Insofern kann ich Ihnen noch keine konkreten Haushaltszahlen vorlegen, und erst auf der Grundlage der konkreten Zahlen wird es möglich sein, die Mittel entsprechend zuzuordnen. Seien Sie aber versichert, der Senat wird sich dabei an dem ausrichten, was ich der Bremischen Bürgerschaft am 19. Oktober 2004 auch mitgeteilt habe. Wir werden uns bei der Aufteilung der Mittel vom Prinzip der sektoralen und regionalen Konzentration leiten lassen und dabei neben den humanitären Aspekten, die im Vordergrund stehen, selbstverständlich die Auswirkungen auf die bremische Wirtschaft im Auge behalten.

**Präsident Weber:** Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Schwarz** (SPD): Nun sind wahrscheinlich auch in Ihrem Bereich Einsparmaßnahmen geplant und erforderlich. Wie ist denn Ihre Planung, Frau Staatsrätin, bezüglich der Aufteilung dieser Einsparmaßnahmen bezogen auf die Aufgabe Bund, auf die Aufgabe Europa und die Aufgabe Entwicklungszusammenarbeit?

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Dr. Kießler: Ich werde das weiter so handhaben wie jetzt auch im alten Haushalt. Wir werden zunächst einmal die Pflichtaufgaben bedienen, die wir machen müssen, die grundgesetzlich vorgegebenen Aufgaben, und wir werden bei allen Mitteln, wie ich sagte, unter dem Gesichtspunkt der regionalen und sektoralen Konzentration die Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit fördern, die sich bewährt und die besten Auswirkungen für Bremen haben.

Präsident Weber: Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Schwarz** (SPD): Mehr eine Bitte! Vielleicht könnten wir das bei der nächsten Ausschusssitzung, die für diesen Bereich zuständig ist, noch einmal diskutieren?

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Dr. Kießler: Ich stelle anheim!

 $\begin{tabular}{ll} \textbf{Pr\"{a}sident Weber:} We itere Zusatz fragen liegen nicht vor. \end{tabular}$ 

Die vierte Anfrage betrifft die **Anzahl und Bearbeitungsdauer von Zwangsvollstreckungen in Bremen und Bremerhaven.** Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Grotheer, Tschöpe, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Ich bitte den Fragesteller, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Tschöpe (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie viele Zwangsvollstreckungen aufgrund zivilrechtlicher Titel, Forderungspfändungen und

(D)

(A) Sachpfändungen, werden j\u00e4hrlich in Bremen und Bremerhaven vorgenommen?

Zweitens: Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei den Amtsgerichten und Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher sind in diesem Aufgabenbereich tätig?

Drittens: Wie lange dauern zivilprozessuale Zwangsvollstreckungsmaßnahmen vom Eingang eines Antrages bis zur Erledigung eines Pfändungsauftrages durch Gerichtsvollzieherinnen beziehungsweise Gerichtsvollzieher?

**Präsident Weber:** Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Mäurer.

**Staatsrat Mäurer:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Im Jahr 2004 wurden bei den Amtsgerichten in Bremen und Bremerhaven insgesamt 12 125 Anträge auf Erlass eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses, Forderungspfändungen, bearbeitet. Im selben Jahr sind 75 814 Zwangsvollstreckungsaufträge ohne Zustellungsaufträge und Aufträge zur Abnahme der eidesstattlichen Versicherung bei den Gerichtsvollziehern angefallen. Die Sachpfändungen werden dabei nicht gesondert erfasst.

Zu zwei: Im Bereich der Forderungspfändung sind bei den Gerichten Mitarbeiter mit einem Beschäftigungsvolumen von zusammen 4,96 Stellen tätig. In Bremen und Bremerhaven sind insgesamt 40 Gerichtsvollzieher beschäftigt. Der auf Zwangsvollstreckungen entfallende Arbeitskraftanteil wird nicht gesondert erfasst. Gerichtsvollzieher nehmen neben Sachpfändungen und Zustellungen bei Forderungspfändungen noch weitere Dienstgeschäfte wahr, insbesondere weitere Zustellungen und die Abnahme eidesstattlicher Versicherungen.

(B)

Zu drei: Die Erledigungszeiträume einzelner Vollstreckungshandlungen werden statistisch nicht erfasst. Für den Gläubiger ist der Zeitraum bis zur endgültigen Erledigung auch nicht zwangsläufig relevant. Liegt zum Beispiel ein Pfändungsauftrag vor, bietet der Schuldner häufig schon bei Erscheinen des Gerichtsvollziehers Ratenzahlungen an. Der Auftrag ist dann zwar noch nicht erledigt, der Gläubiger erhält aber bereits Teilzahlungen. Erledigt wäre der Auftrag erst nach Zahlung der letzten Rate.

Wichtig für den Gläubiger ist die Frist des Paragraphen 64 der Geschäftsanweisung für Gerichtsvollzieher. Danach muss die erste Vollstreckungshandlung des Gerichtsvollziehers innerhalb eines Monats nach Auftragseingang erfolgen. Auf die Einhaltung dieser Frist wird bei den regelmäßigen Geschäftsprüfungen der Gerichtsvollzieher besonderer Wert gelegt. Diese Frist wird in Bremen und Bremerhaven generell eingehalten. Verzögerungen werden im Wege der Dienstaufsicht gerügt.

**Präsident Weber:** Haben Sie eine Zusatzfrage? – (C) Bitte, Herr Tschöpe!

Abg. **Tschöpe** (SPD): Ich entnehme den vorgelegten Zahlen, dass ein Gerichtsvollzieher pro Jahr ungefähr 1900 Zwangsvollstreckungsaufträge abarbeiten muss. Wie viele Gerichtsvollziehererinnerungen oder Dienstaufsichtsbeschwerden sind bei dieser Masse von Aufträgen dem Senat bekannt?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Mäurer: Sicher, es gibt Dienstaufsichtsbeschwerden bei Gerichtsvollziehern. Das liegt quasi in der Natur der Sache. Es ist keine sehr einfache Aufgabe. Sie erfordert auf der einen Seite Durchsetzungsfähigkeit, auf der anderen Seite natürlich eine hinreichende Umsicht. Es ist eine sehr sensible Tätigkeit. Von daher gesehen haben wir stets auch Dienstaufsichtsbeschwerden. Diese Dienstaufsichtsbeschwerden werden ernst genommen. Sie liegen aber in Zahlen ausgedrückt unter der 0,1-Promille-Grenze. Das heißt, ich habe noch einmal nachgefragt, um auch plastische Zahlen zu haben, in Bremerhaven gab es im Jahr 2005, also bis heute, insgesamt sieben Dienstaufsichtsbeschwerden. In fünf Fällen waren sie begründet.

Präsident Weber: Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Tschöpe** (SPD): Wenn wir unterstellen, dass das Gerichtsvollzieherwesen in Bremen unter Zugrundelegung dieser Zahlen hinreichend effizient ist, würde mich interessieren, womit diese Effizienz im Weiteren gesteuert werden soll. Sie hatten ausgeführt in Ihrer Antwort des Senats, dass es keine statistische Erhebung über die Erledigungsdauer gebe. Würden Sie eine Statistik über die Erledigungsdauer nicht für eine Steuerungshilfe, eine entsprechende Kennziffer halten, die sinnvoll wäre zu erheben?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Mäurer: Ich glaube nicht, dass wir neue Statistiken benötigen. Wir haben eine sehr enge Kooperation mit unseren Gerichtsvollziehern. Gerichtsvollzieher sind keine freiberuflich Tätigen, sondern es sind Beamte des mittleren Dienstes von uns, und wir treffen uns regelmäßig in Spitzengesprächen. Von daher gesehen, denke ich, wissen wir relativ gut, was im Lande Bremen vonstatten geht, und ich sehe zurzeit keine Veranlassung.

Alles das, was wir an Beschwerden haben, liegt im normalen Bereich. Im Einzelfall wird man dem immer nachgehen müssen. Von daher gesehen ist unsere Bilanz im Ergebnis positiv. Es ist eine sehr hohe Belastung, das wissen wir bei diesen Zahlen, und die Zahlen sind leider nicht rückläufig, aber insgesamt, glaube ich, machen die Kollegen eine sehr gute Arbeit.

#### (A) **Präsident Weber:** Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Tschöpe** (SPD): Nur um das zusammenzufassen: Sie sehen also weder Handlungs- noch Veränderungsbedarf bei der jetzigen Organisation des Gerichtsvollzieherwesens?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Mäurer: So ist es!

**Präsident Weber:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor

Die fünfte Anfrage ist vom Fragesteller zurückgezogen worden.

Die sechste und damit letzte Anfrage in der Fragestunde trägt die Überschrift "Berufungsverfahren an Hochschulen im Lande Bremen". Die Anfrage ist unterschrieben worden von den Abgeordneten Frau Dr. Spieß, Dr. Schrörs, Perschau und Fraktion der CDU.

Abg. Frau **Dr. Spieß** (CDU): Wir fragen den Senat:

Wie viele laufende Berufungsverfahren zur Besetzung offener Professuren an Hochschulen im Lande Bremen gibt es zurzeit?

Wie viele Professuren müssen in den nächsten zwölf Monaten erwartungsgemäß ausgeschrieben werden?

Welche Hochschulen, Fachbereiche und Studiengänge im Lande Bremen wären von einem Aussetzen von Berufungsverfahren betroffen, und welche Auswirkungen hätte ein solches Aussetzen auf die jeweiligen Studiengänge?

**Präsident Weber:** Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Lemke.

**Senator Lemke:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Derzeit befinden sich insgesamt 87 Professuren im Berufungsverfahren.

Zu Frage zwei: Professuren werden im Rahmen der Hochschulkontrakte zur Ausschreibung freigegeben. Die nächsten Kontrakte werden spätestens am 30. Juni 2006 geschlossen, so dass derzeit noch keine gesicherten Angaben gemacht werden können. Zu rechnen ist mit etwa 40 Anträgen der Hochschulen.

Zu Frage drei: Von einem Aussetzen von Berufungsverfahren sind alle Hochschulen, nahezu alle Fachbereiche und zahlreiche Studiengänge betroffen. Sofern die Stellen vakant sind, müssen die Hochschulen sicherstellen, dass die Lehre von anderen Professoren oder Angehörigen des wissenschaftlichen Mittelbaus übernommen wird. Sofern dies nicht möglich ist, müssen Lehraufträge an Dritte vergeben werden.

Diese Notmaßnahmen wirken sich in der Regel negativ auf die Studienbedingungen und die Forschungsleistungen aus. Daher wird angestrebt, die Entscheidungen über das künftig noch finanzierbare Studienangebot im Laufe des kommenden Jahres bei der Überarbeitung des Wissenschaftsplans zu treffen. In diesem Zusammenhang ist dann auch zu entscheiden, welche Professuren besetzt werden können und welche endgültig entfallen müssen. – Soweit die Antwort des Senats!

**Präsident Weber:** Frau Dr. Spieß, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Spieß** (CDU): Werden überhaupt Professoren bis zum 30. Juni 2006 ihr Amt antreten können und wie viele danach von den etwa 40 genannten Professoren, die Sie angesprochen haben?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Das kann man zurzeit noch nicht sagen. Wir befinden uns jetzt im Prozess, ich habe die Rektoren anschreiben müssen, um ihnen zu zeigen, dass wir hier gezwungen sind, eine Notbremse – so würde ich das bezeichnen – auszulösen. Wir sind jetzt dabei, mit den Rektoren zu sprechen, mit jedem einzelnen und dann mit der Landesrektorenkonferenz, um zu überlegen, wie wir umsteuern können. Das ist deshalb notwendig, weil wir jetzt nicht Lebenszeitprofessorenstellen besetzen können und dann möglicherweise in zwei oder drei Jahren werden sagen müssen, diesen Studiengang müssen wir schließen. Dann ist diese Stelle für 30 Jahre oder länger besetzt. Deshalb sind wir in der Situation, dass wir zunächst einmal mit den Hochschulen reden müssen, wo die Schwerpunkte gesetzt werden. Erst dann können wir entscheiden, welche Hochschullehrerstellen berufen oder eingestellt werden und welche nicht.

**Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Spieß** (CDU): Können Sie schon einmal einen zeitlichen Rahmen geben? Sie sprachen es selbst an, dass es schon eine Notlage ist, die sich auf die Qualität der Lehre auswirkt, das müsste jetzt dringend vorgenommen werden.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Ja, das ist überhaupt keine Frage! Wenn Sie nach dem zeitlichen Rahmen fragen, würde ich sagen, bis zum Ende des Jahres müssen wir diese Schwerpunktbildung mit den Hochschulen hinbekommen haben, weil es auch ein Unding ist, wenn man Berufungsverfahren eingeleitet hat, die sind abgeschlossen, die Unterlagen sind klar, wir wissen, wen wir haben wollen. Aber wir können jetzt nicht

(D)

(D)

(A) in die Details gehen, weil wir eben nicht wissen, ob die Studiengänge auch mit Sicherheit schwerpunktmäßig in den Hochschulen Bestand haben werden.

**Präsident Weber:** Eine weitere Zusatzfrage, Frau Dr. Spieß? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Spieß** (CDU): Geht der Senat davon aus, dass vor allem die auf Platz eins der Berufungslisten gesetzten Bewerberinnen und Bewerber nach einer so langen Pause noch zur Verfügung stehen, oder wird es da neue Ausschreibungen geben?

**Präsident Weber:** Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Das ist im Einzelfall sicher ganz unterschiedlich. Ich habe in den letzten Jahren immer wieder erlebt, dass es selbst, wenn Berufene in Verhandlungen mit uns sind, Monate und manchmal Jahre dauert, bis sie dann endlich ihre Arbeit hier aufnehmen. Deshalb kann ich das nicht pauschal beantworten, sondern ich kann nur sagen, das wird jeweils vom Einzelfall abhängen. Es kann sicherlich sein, dass uns der eine oder andere verloren geht, es kann aber auch genauso gut sein, dass es eine Chance ist, wenn wir in einem Jahr noch einmal ausschreiben müssten, dass wir dann möglicherweise auch eine noch bessere Bewerbungslage finden, als es heute eventuell der Fall gewesen ist. Das kann man nicht genauer beantworten.

**Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Spieß** (CDU): Da möchte ich gern noch einmal nachfragen: Gehen Sie denn davon aus, dass dann neu ausgeschrieben wird, oder würden Sie dann den Zweitgesetzten oder die Zweitgesetzte auf diese Stelle berufen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

(B)

Senator Lemke: Sie wissen, dass ich sehr stark auf die Autonomie der Hochschulen setze. Ich würde ungern diese Entscheidung in der Behörde fällen lassen, sondern ich finde, das muss ich zurückspielen in die Universität, in die Hochschulen. Diese müssten im Prinzip sagen, ob der Zweitqualifizierte so gut ist, dass sie sagen, der Erste und der Zweite haben sich kaum etwas genommen, dann nehmen wir den Zweitplatzierten, oder sie sagen, nein, da war so eine Distanz in der Qualität – das ist dann Sache der Universität und der Hochschulen –, nein, wir schreiben neu aus. Das muss man aber von Fall zu Fall unterschiedlich betrachten.

Präsident Weber: Frau Dr. Spieß, bitte!

Abg. Frau **Dr. Spieß** (CDU): Ja, ich habe noch eine Frage! Ich hätte gern noch gewusst, Herr Senator, das

ist natürlich auch eine Kostenfrage: Was kostet eigentlich so ein Berufungsverfahren? Haben die Universitäten überhaupt die Möglichkeit, das neu auszuschreiben? Stehen die finanziellen Mittel dafür zur Verfügung? Bei 87 Professoren ist das natürlich eine sehr hohe Summe, denke ich einmal.

**Präsident Weber:** Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Ich glaube, dass das im Vergleich zu einer lebenslangen Professur, die wir jetzt beginnen würden, sehr geringe Kosten sind. Natürlich kosten Berufungsverfahren Geld. Ich kann Ihnen jetzt nicht genau sagen, was da an Reisekosten et cetera konkret für jeden einzelnen Fall anzurechnen ist. Ich garantiere Ihnen aber, es wäre absolut falsch, angesichts der desaströsen Haushaltslage die Berufung vorzunehmen und dann anschließend mehrere Professoren zu haben in einem geschlossenen oder zu schließenden Studiengang, die wir dann lebenslang bezahlen müssen. Wenn ich das abwäge, dann, meine ich, ist es richtig zu sagen, wir ziehen die Notbremse in diesem Augenblick und diskutieren mit den Hochschulen in einem schwierigen Prozess, wie wir das Problem lösen können.

**Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Spieß** (CDU): Nur noch eine Bitte! Vielleicht können Sie uns dann die anfallenden Kosten in der Deputation nennen.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Ja, das kann ich gern machen!

(Abg. Frau Dr. Spieß [CDU]: Vielen Dank!)

**Präsident Weber:** Eine weitere Zusatzfrage von der Abgeordneten Frau Schön! – Bitte sehr!

Abg. Frau **Schön** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, wir haben jetzt von Ihnen erfahren, dass 87 Stellen im Berufungsverfahren sind, aber dass alle erst einmal gestoppt sind, so habe ich Sie verstanden. Meine Frage ist jetzt: Ist denn damit zu rechnen, dass diese 87 Professuren irgendwann freigegeben werden, oder ist damit zu rechnen, dass nach dem, was Sie jetzt vorhaben, einen neuen HGP zu schreiben, nur ein Teil davon freigegeben wird und dass ein Teil der Stellen ganz eingespart wird von den 40 Professuren, mit deren Beantragung durch die Hochschulen Sie rechnen, oder ist da schon klar, dass diese Professuren in der Perspektive nicht besetzt werden können?

**Präsident Weber:** Bitte, Herr Senator!

(A)

Senator Lemke: Die Frage kann ich Ihnen präzise momentan nicht endgültig beantworten. Wir müssen jetzt in den Sondierungsgesprächen mit den Hochschulen und der Universität herausbekommen, wo sie selbst ihre Schwerpunkte setzen wollen, das dann vergleichen und abgleichen mit den ausgeschriebenen Professorenstellen und sehen, wo wir ganz sicher sind, welche Studiengänge weiter erhalten bleiben und wo die Schwerpunkte sind. Dann können wir relativ schnell zu einem konkreten Abschluss der Verfahren kommen. Es wird aber Professorenstellen geben im Berufungsverfahren, die wir erst einmal auf Eis legen müssen, bis es eine Entscheidung gibt, in welcher Hochschule jeweils die Prioritäten gesetzt werden. Das können wir aber nicht innerhalb von Wochen, sondern das wird eher ein längerer Prozess sein, denn er muss auch nach Möglichkeit einvernehmlich und nicht in Konfrontation gelöst werden. Das muss man aber von Fall zu Fall sehen. Das kann ich Ihnen nicht pauschal beantworten.

**Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Schön** (Bündnis 90/Die Grünen): Die Frage richtet sich darauf, ob Sie darüber jetzt einen konkreten Abbau von Stellen planen oder ob es nur eine Frage der Zeitschiene ist.

(B) **Präsident Weber:** Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Es ist völlig klar, Frau Schön, da wir nach den Haushaltsplänen bis 2010 etwa 100 Millionen Euro weniger zur Verfügung haben, dass es eine unglaubliche Belastung für unser Ressort, die Hochschulen und die Universität ist. Es ist völlig klar, dass wir die eine oder andere Stelle streichen müssen, weil wir das Geld dafür nicht zur Verfügung haben. Jetzt müssen wir Prioritäten setzen, welches die wichtigen Bereiche sind, die uns nach vorn bringen. Da werden wir uns von dem einen oder anderen Studiengang im Einvernehmen, das machen die Hochschulen natürlich nicht gern, trennen müssen. Da wäre es fatal, wenn wir heute eine Stelle besetzten für einen Studiengang, den wir in fünf Jahren auflösen müssen.

**Präsident Weber:** Eine weitere Zusatzfrage, Frau Kollegin? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Schön** (Bündnis 90/Die Grünen): Sie sagten, dass Sie im Moment dadurch, dass die Stellen nicht besetzt werden, quasi mit einem Notprogramm arbeiten, das durch Lehrbeauftragte gemacht wird. Nun ist es so, dass auch die Hochschulen selbst damit ein großes Problem haben, weil sie die Lehrbeauftragten natürlich auch nicht so schnell bekommen können, wie sie das gern möchten, und die Hochschulen selbst sagen, dass es ihnen immer schwe-

rer fällt, eine ordnungsgemäße Lehre sicherzustellen und ein Studium in der Regelstudienzeit überhaupt noch zu garantieren.

Jetzt möchte ich Sie gern fragen, Herr Senator: Was ist denn Ihr Beitrag, auch gerade vor dem Hintergrund von Studiengebühren, zu garantieren, dass die Hochschulen sicherstellen können, dass Studierende in der Regelstudienzeit fertig werden können unter solchen Bedingungen, dass Stellen nicht besetzt werden können?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Nach wie vor, Frau Schön, schaffen es Studierende, die nicht gleichzeitig unter der Belastung leiden, dass sie für ihre gesamte Lebenshaltung aufkommen müssen, in der Regelstudienzeit zu ihrem Abschluss zu kommen. Es gibt übrigens auch Beispiele, bei denen beides verbunden wird. Man kann nicht sagen, dass es generell nicht geht. Sie haben aber völlig Recht, in der Lehre haben wir erhebliche Defizite in der Beratung, auch in der Orientierung übrigens. Viele Studierende kommen überhaupt nicht orientiert in die Hochschulen und fangen ein Studium an, das sie nach einigen Semestern wieder abbrechen. Hier haben wir erhebliche Defizite, da müssen wir deutlich besser werden. Sie haben völlig Recht, dass es nicht förderlich ist, was wir im Augenblick machen.

Ich habe aber keine andere Handlungsoption, es sei denn, dieses Haus hier – es entscheidet ja über den Haushalt – setzt klarere Prioritäten und sagt, okay, wir geben für die Hochschulen, für die Wissenschaft diese 100 Millionen Euro, die uns jetzt hier fehlen, zusätzlich, aber dann müssen Sie sie an anderer Stelle wegnehmen. Das ist unendlich schwer, wenn man weiß, dass wir vier Milliarden Euro ausgeben und drei Milliarden Euro einnehmen.

**Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage, Frau Kollegin? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Schön** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich glaube, wir haben uns da beide gegenseitig richtig verstanden, dass, wenn die Hochschulen große Probleme haben, die Lehre sicherzustellen, es auch ein großes Problem für die Studierenden ist, in der Regelstudienzeit fertig zu werden. Wenn Sie jetzt an einem Abbau von Professorenstellen, wie Sie das sagen, möglicherweise nicht vorbeikommen, ich sehe das ein bisschen anders, ich sehe das auch mit den 100 Millionen Euro etwas anders: Was heißt das in der Konsequenz? Werden Sie dann damit einen größeren Abbau von Studienplätzen hier in Bremen planen?

**Präsident Weber:** Frau Kollegin Schön, wenn ich mir das erlauben darf, Herr Senator, das ist eigentlich jetzt schon ein Tagesordnungspunkt, der im Par-

(D)

(A) lament auch hätte debattiert werden können! Sie steigen jetzt so tief in diese Materie ein, das übersteigt eigentlich den Rahmen einer Fragestunde, sehr geehrte Frau Schön, wenn ich mir das erlauben darf zu sagen!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Abg. Frau **Schön** (Bündnis 90/Die Grünen): Es ist meine letzte Frage! Es hat ja Konsequenzen, wenn Professorenstellen nicht besetzt werden können, dann hat das natürlich Konsequenzen an der Stelle.

**Präsident Weber:** Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Ich teile Ihre Auffassung, dass es kontraproduktiv ist für die Entwicklung der Lehre. Alle anderen Schritte müssen wir mit den Hochschulen und der Universität gemeinsam erörtern, wie wir dort zu Zielen kommen. Es ist die Hürde zu überspringen, mit weniger Mitteln in den nächsten Jahren bis 2010 an unseren Hochschulen klarzukommen.

(Abg. Frau S c h ö n [Bündnis 90/ Die Grünen]: Danke!)

**Präsident Weber:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Mit der Beantwortung dieser Frage ist der Tages-(B) ordnungspunkt eins erledigt.

## **Aktuelle Stunde**

Meine Damen und Herren, für die Aktuelle Stunde ist von der Abgeordneten Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgendes Thema beantragt worden:

## Finanzlage: Senat hat Überblick verloren – planlos und entscheidungslos in die Zukunft.

 $\label{eq:continuous} \mbox{Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Nußbaum.}$ 

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Linnert.

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir als Grüne können Ihnen, der Öffentlichkeit und diesem Haus diese Aktuelle Stunde nicht ersparen. Es ist wichtig, dass die Öffentlichkeit weiß, was im Senat gerade passiert oder auch nicht und welche Konsequenzen das für unser Bundesland haben wird.

Falls gleich diejenigen, die nach mir reden, mich fragen sollten, wieso diese Aktuelle Stunde – das ist ja hier der Standardsatz bei Aktuellen Stunden – eigentlich aktuell ist,

(Abg. Frau Wiedemeyer [SPD]: Ja, das fragen wir uns gerade!)

würde ich sagen, ja, dieses Mal gebe ich es zu, dieses Mal ist es nicht wirklich aktuell, aber so schlimm wie jetzt war es noch nie!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich glaube, mittlerweile ist in der Öffentlichkeit und auch hier im Haus erreicht worden, Einvernehmen über die Ausgangslage zu erzielen. Das will ich hier nur kurz skizzieren.

Die Bremer Finanzlage ist verzweifelt, im Jahr 2005 fehlen schon wieder 114 Millionen Euro, ein Nachtragshaushalt muss gemacht werden, der zweite, nachdem schon 500 Millionen Euro Nachtragshaushalt den so genannten Kanzlerbrief ausgleichen sollten. Der Haushalt 2006/2007 muss dringend aufgestellt werden. Die Zahlen, die den Deputationen vorgelegt worden sind, die Eckwerte, stimmen nicht. Es muss neue Eckwertbeschlüsse des Senats geben.

Bremen muss alle Kraft darauf setzen, die Klage vor dem Bundesverfassungsgericht vorzubereiten, sich mit anderen klagenden Bundesländern über eine Strategie zu einigen. Bremen muss überall herumtingeln, um unseren finanzpolitischen Kurs zu erklären, den in der Vergangenheit, den in der Zukunft, um den völlig ruinierten Ruf beim Bund und bei den anderen Bundesländern zu verbessern.

Wir müssen uns damit auseinander setzen, dass das Wirtschafts- und das Finanzressort auf Bundesebene Sachverständigengutachten herausgegeben haben zu der Frage, was man in Zukunft mit Gebietskörperschaften, die finanziell dermaßen aus dem Ruder laufen, wie Bremen das tut, machen wird. Ich weiß nicht, ob dieses Haus oder wer von den Kolleginnen und Kollegen sich jemals wirklich damit auseinander gesetzt hat, tun Sie das! Das sind die Perspektiven, die Bremen drohen, wenn es nicht jetzt in diesem und im nächsten Jahr gelingt, einen Kurswechsel zu machen und dies den anderen gegenüber auch glaubwürdig zu vertreten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Diese Sachverständigengutachten schlagen zwei Optionen vor. Eine ist, man lässt solche Gebietskörperschaften wie Bremen pleite gehen. Das halte ich für völligen Wahnsinn, letztlich gibt es auch die Verfassungslage nicht her, aber dies weist darauf hin, was da gedacht wird und worüber nachgedacht wird. Dann würde Bremen nämlich einfach irgendwann keine Kredite mehr bekommen. Das ist keine reale Option,

(A) dass wir uns hier nicht falsch verstehen! Trotzdem sind das die Planspiele, und das heißt eine Menge!

Die zweite Option ist, und das ist die viel realistischere, irgendwann ist Schluß mit lustig! Maastricht-Kriterien werden in Zukunft schärfer angewandt werden. Die Bundesregierung, wer auch immer das da jetzt macht, wird unter großen Druck geraten und wird Bremen an die Kandare legen. Also, unser Verstoß gegen die Bundestreue durch überbordende Kreditaufnahme, die fast in dieser Größenordnung aus grüner Sicht ja notwendig ist, wird dazu führen, dass man jemanden losschickt in Berlin, um uns hier an die Kandare zu nehmen.

Das sind die Optionen, die in der alten Bundesregierung gedacht werden, und das wird in der neuen auch nicht anders sein. Ist Ihnen das eigentlich klar, was das bedeutet?

Also, wenn man hier noch alle beisammen hat, dann weiß man, dass man jetzt in diesem und im nächsten Jahr alle Kräfte auf eine seriöse Haushaltspolitik konzentrieren muss, dass man Fehler einräumen muss, so wie das Seitz-Gutachten rät. Es hat auch Macken, darüber können wir hier auch gern reden, aber das Seitz-Gutachten gibt Ihnen einen richtigen Rat: Rücken Sie ab von der Sanierungspolitik der letzten Jahre, räumen Sie ein, dass es nicht funktioniert hat, schieben Sie nicht die ganze Schuld auf die anderen, sondern sagen Sie, es muss in Bremen einen Politikwechsel in der Finanzpolitik geben, und der ist eben nicht, jede investierte Mark ist eine gute Mark!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist die Ausgangslage, das sind die Notwendigkeiten, die auch niemand ernsthaft bestreiten kann.

Jetzt schauen wir uns einmal an, was der Senat stattdessen macht! Er hat zwar nun endlich einen Nachtragshaushalt vorgelegt, wo neue Kredite über 35 Millionen Euro aufgenommen werden sollen, aber mit welchem Zeitablauf?

(Abg. Frau Wiedemeyer [SPD]: Vorgelegt noch nicht!)

Seit der Sommerpause ist klar, dass es einen zweiten Nachtragshaushalt geben muss. Ein viertel Jahr ist das verplempert worden, obwohl Sie wussten, dass große Haushaltslücken entstehen, und obwohl Sie wussten, dass das dem Parlament vorgelegt werden muss!

Jetzt wird das Parlament im Dezember in zweiter Lesung einen Nachtragshaushalt beschließen. Das wird zu Haushaltsverstößen kommen, weil in den Ressorts zum Teil die Mittel verbraucht sind. Rührt Sie das eigentlich noch, oder ist Ihnen das mittlerweile alles egal, und Sie glauben, die anderen werden es noch nicht einmal merken? Space-Park-Probleme werden in die nächsten Jahre verschoben, wenigstens haben Sie ja jetzt verabredet, es dort zu lösen.

Der Kassensturz wird von Herrn Lemke ja nun so gern gefordert. Dann sage ich Ihnen, dann machen Sie einmal Ernst! Dann muss der Senat endlich den großen Vorrat an Verpflichtungsermächtigungen und inhaltlichen Beschlüssen, mit denen sich das Bau- und das Wirtschaftressort vorneweg ernähren und immer wieder neue Sachen anfangen, von denen das Parlament dann überrascht ist, einkassieren und der Öffentlichkeit gegenüber klarmachen, es ist uns ernst, wir wissen, dass wir nicht so weitermachen können!

Was tut der Senat? Dreimal verschiebt er die Haushaltsberatungen für 2006 und 2007. Der Haushaltsausschuss bekommt regelmäßig neue Terminplanungen für die Haushaltsaufstellung. Ich lege die nur noch in den Papierkorb. Es ist langsam nur noch peinlich. 150 Millionen Euro Probleme, abweichend von den den Deputationen vorgelegten Eckwerten, müssen eingearbeitet werden. Wo sind die vorbereitenden Maßnahmen dafür? Welche Strategie vertritt der Senat? Fehlanzeige! Keiner weiß es! Es wird dieses Geld fehlen, und außer, dass Sie weitere quotale Kürzungen in den Ressorthaushalten ankündigen oder Giftlisten mit lauter alten Bekannten, die zum Teil aus vielen guten Gründen noch nie funktioniert haben, ist bisher vom Senat nichts zu erkennen. Wie lange wollen Sie eigentlich warten, um dem Parlament einen Haushalt vorzulegen mit einem erkennbaren Konzept, wie es in Bremen in den nächsten Jahren weitergehen soll?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vor dem Hintergrund der verzweifelten Lage: Was tut der Senat? Alle wissen hier im Haus, im Senat und in den Ressorts, dass ein nicht verfassungskonformer Haushalt nur dadurch zu rechtfertigen ist, dass wir alle Ausgaben, übrigens auch die unserer vielen lieben Gesellschaften, genau unter die Lupe nehmen und alle Ausgaben begründen daraufhin, ob es unbedingt notwendig ist, diese Ausgaben jetzt zu leisten. Was tut der Senat? In allen Häusern oder in fast allen Häusern ist dieser Sachverhalt äußerst schlampig bearbeitet worden. Der Haushaltsausschuss bekommt dezentrale Ressourcenverantwortung, irgendwelche vollgeschriebenen Papiere auf den Tisch geknallt, und der Finanzsenator geht auf Tauchstation. Er sagt, ja, das müssen die Ressorts selbst bewerten, das können wir nicht. Das ist nicht richtig, Herr Senator Nußbaum! Sie müssen sicherstellen als Finanzsenator, dass die Verfassung da eingehalten wird, sonst dreht uns das Verfassungsgericht schon allein aus diesen formalen Gründen den Hals dafür um!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Was tut der Senat? Seit Jahren mahnen die Grünen eine transparente, durchschaubare Investitions(D)

(A) planung an auch für die Dinge, die außerhalb des Haushalts und auf der Basis von langfristigen Finanzierungen laufen. Seit zwei Jahren will die SPD, ich meine, es ist langsam auch ein Running Gag, eine Investitionsliste haben, durch die wir wissen, wie viel Geld wir schon bis 2014 – was Sie eigentlich sowieso nie hätten machen dürfen – verpflichtet haben. Was passiert? Nichts! Dieses Parlament weiß nicht, was der Senat im Jahre 2010 an Investitionen ausgeben will, weil Sie sich nicht einigen können, weil Sie Beschlüsse gefällt haben, weil Geldausgeben schön ist, und Sie kommen nicht davon herunter. Seit Jahren wird das Parlament hingehalten, schwerpunktslos und konzeptionslos, aber Hauptsache investiert!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Als letzte Notwehr ist der SPD-Fraktion ja jetzt eingefallen, nicht mehr an Wirtschaftsförderungsausschüssen teilzunehmen. Übrigens, absagen kann die Sitzungen nur der Senator, der kann auch nur dazu einladen. Letzte Notwehr eines Parlaments, das einem Senat ausgeliefert ist, der nicht mehr weiß, wie er die Probleme lösen soll!

Von Kleinigkeiten will ich hier nur kurz reden. Controllingberichte werden dem Haushaltsausschuss vorenthalten, wir suchen ja einen neuen Bürgermeister, oder vielleicht war es auch die Bundestagswahl, es ist egal. Die Öffentlichkeit soll nicht wissen, wie groß die Haushaltsprobleme sind. Die HVG darf einfach ihr Kapital aufzehren, investiv und konsumtiv geht in Bremen fröhlich durcheinander, auch das wird uns verfassungsrechtliche Probleme bereiten, und die x-mal angemahnte Evaluierung der Wirtschaftsförderungsprogramme, die brauchen wir nämlich, um weiter Wirtschaftsförderungsprogramme machen zu können, die müssen Sie nämlich begründen, ist auch irgendwie verschoben auf den Sankt-Nimmerleins-Tag.

(B)

Warum ist das alles so schlimm? Weil Sie selbst, das konnte man heute auch in der Fragestunde merken, die Bereitschaft im Haus und in der Öffentlichkeit für einen transparenten, gerechten, sozialen und verantwortbaren Sparkurs erodieren, wenn Sie weiterhin den Eindruck erwecken, es kann jeder machen, was er will, wer sich zuerst bewegt, hat verloren, und wer die prominenten Zugänge hat zu den richtigen Töpfen, der darf so weitermachen, während es anderen an den Kragen geht. Das ist das Schlimme daran, dass Sie so konzeptionslos agieren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

So sind Sie nicht regierungsfähig! Das ist auch nicht nur so, weil Bürgermeister Scherf seinen Rücktritt angekündigt hat. Sie verplempern hier die letzte, die allerletzte Zeit, die Bremen hat, um durch finanzpolitisch geraden Kurs den Hals noch einmal aus der Schlinge zu ziehen. Sie haben den Ernst der Lage immer noch nicht begriffen. Parlament und Öffentlichkeit haben ein Recht darauf, dass der Senat Strategie und Maßnahmen nennt. Dieser Senat, Herr Senator Nußbaum, ich spreche Sie hier noch einmal ganz direkt an, ist finanzpolitisch abgetaucht. Dass man Mehrheiten im Senat braucht für alles, was man möchte, das ist mir bekannt, aber das Ergebnis ist ein riesiger Schaden für Bremen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. Tittmann (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir müssen uns heute wieder einmal mit einer an den Haaren herbeigezogenen und nichts bringenden, vom Bündnis 90/Die Grünen sehr kurzfristig beantragten Aktuelle Stunde zeitraubend beschäftigen. Die wieder einmal von den Grünen an den Haaren herbeigezogene beantragte Aktuelle Stunde ist sinnloser als ein Kropf. Die großspurige Überschrift dieser Aktuellen Stunde lautet: "Finanzlage: Senat hat Überblick verloren – planlos und entscheidungslos in die Zukunft". Meine Damen und Herren, dass der Bremer Senat den Überblick verloren hat und planlos auf Kosten und zu Lasten der Bevölkerung schon seit Jahrzehnten eine schändliche, unsoziale, in allen Bereichen gescheiterte und verschwenderische Politik betreibt, das ist ja nun wirklich nichts Neues. Das hat schon eine jahrzehntelange Tradition des Bremer Senats. Dafür ist das Bundesland Bremen doch bundesweit bekannt.

Das war doch schon so, als die Vertreter vom Bündnis 90/Die Grünen mit im Senat gesessen haben. Ich erinnere Sie hier nur einmal an die berühmte, bundesweit bekannte Piepmatz-Affäre Ihres damaligen Senators Fücks. Also jetzt hier und heute eine solche überflüssige Aktuelle Stunde zu beantragen, ist mehr als nur scheinheilig. Jeder Bürger spürt täglich hautnah, dass dieser Senat völlig, aber auch völlig den Überblick verloren hat, planlos und entscheidungslos ist. Das spüren unsere Bürger täglich durch die unsozialen Kürzungen und unverantwortlichen unozialen Belastungen bei gleichzeitiger Steuergeldverschwendung und heute unerträglichen, unendlichen Skandalen.

Meine Damen und Herren, wir alle wissen doch, dass das Bundesland Bremen praktisch pleite ist, dass das Bundesland Bremen zirka zwölf Milliarden Euro Schulden hat, dass das Bundesland Bremen allein für die Zinsen jedes Jahr sage und schreibe eine Milliarde D-Mark aufbringen muss. Dass Sie nicht einmal einen verfassungskonformen Haushalt zustande bekommen, ist auch bekannt, dass die Selbstständigkeit des Landes gefährdet ist, wissen wir auch alle, dass wir – ganz besonders in Bremerhaven – eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit haben, dass wir zu wenig Steuereinnahmen haben, dass durch irrsinnige Großraumprojekte Millionen und aber Millio-

(C)

(A) nen an Steuergeldern verschwendet wurden, dass Bremerhaven immer noch das Armenhaus der Nation ist, das alles wissen wir, meine Damen und Herren. Ich könnte leicht und locker bis morgen früh noch unzählige solcher Beispiele Ihrer verfehlten Politik hier aufzählen. Das alles wissen wir ganz genau. An dieser verfehlten Politik tragen auch ehemalige Senatoren vom Bündnis 90/Die Grünen große Mitschuld.

Also, was soll heute eine solche sinnlose Aktuelle Stunde, meine Damen und Herren vom Bündnis 90/Die Grünen? Damals, mit Ihren Senatoren, waren Sie doch auch schon planlos und entscheidungslos und hatten den Überblick verloren. Sie haben auch mit Ihren Senatoren dieses Bundesland rücksichtslos mit ruiniert und somit der Bevölkerung großen Schaden zugefügt.

Meine Damen und Herren, wir haben bald Haushaltsberatungen. Da können Sie in Bezug auf die Bremer Finanzlage konstruktive Politik betreiben, aber doch nicht in einer pro forma beantragten Alibi-Aktuellen-Stunde! Das ist keine effektive Politik zum Wohle und im Interesse der Bürger dieses Landes. Das ist aber typisch grüne Politik: Anstatt politisch effektiv zu handeln, wird krampfhaft irgendein schon altbekanntes Thema an den Haaren herbeigezogen, dann werden vom Bündnis 90/Die Grünen darüber stundenlang nur sinnlose Scheindiskussionen geführt, ein vielleicht sonst wichtiges Thema wird dadurch in einer nicht enden wollenden, unendlichen und nervenden Diskussionsrunde zerredet und zerlabert. Am Ende wird dann ergebnislos gesagt, es war doch schön, dass wir darüber wieder einmal geredet haben. Das war es dann auch. Das ist grüne Politik pur! So sieht Ihre betriebene Politik aus. Der beste Beweis ist doch diese beantragte Aktuelle Stunde.

Meine Damen und Herren vom Bündnis 90/Die Grünen, vielleicht sollten Sie einmal die Tatsache zur Kenntnis nehmen, dass Sie viel zu viel zerreden und viel zu viel und zu lange sinnlos diskutieren, als effektive politische Politik zu betreiben.

## (Glocke)

**Präsident Weber:** Herr Abgeordneter Tittmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Pietrzok?

Abq. Tittmann (DVU): Ja, bitte!

Präsident Weber: Bitte, Herr Pietrzok!

Abg. **Pietrzok** (SPD): Herr Tittmann, ich habe eine Frage. Sie haben sich ja bisher noch nicht dazu geäußert, was Sie für eine finanzpolitische Linie vertreten wollen. Mich würde interessieren: Haben Sie eine finanzpolitische Linie, und wie sieht sie aus?

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Abgeordneter Pietrzok, das ist nicht in einer Aktuellen Stunde zu beantwor-

ten. Ich beantworte Ihnen die Frage gern und habe sie auch schon beantwortet. Wenn Sie in den Haushaltsdebatten bei meinen Redebeiträgen nicht immer hinauslaufen würden, dann hätten Sie das jetzt schon gewusst. Wir haben eine anstehende Haushaltsdebatte, und da können Sie gern hier sitzen bleiben und noch etwas lernen, wenn ich Ihnen die haushaltspolitische Sachlage des Landes Bremen darstelle.

Also, meine Damen und Herren vom Bündnis 90/ Die Grünen, vielleicht sollten Sie einmal wie eben erwähnt die Tatsachen zu Kenntnis nehmen, dass Sie viel zu viel zerreden und viel zu lange alles zerlabern. Diskutieren Sie weniger, und bringen Sie lieber Ihre ganze politische Kraft in die bevorstehenden Haushaltsberatungen ein! Das wäre zweckmäßiger und sinnvoller, als wieder einmal auf Kosten der Steuerzahler eine völlig unnötige und zeitraubende Aktuelle Stunde zu beantragen. Ich kann es durchaus verstehen, meine Damen und Herren vom Bündnis 90/ Die Grünen, koste es, was es wolle, dass Sie aus reiner Machtgier wieder im Senat vertreten sein wollen. Das kann ich verstehen, aber ich glaube, damit müssen Sie auch unter dem neuen Bürgermeister noch ein bisschen warten. - Ich danke Ihnen!

**Präsident Weber:** Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Wedler.

Abg. **Wedler** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst bitte ich um Nachsicht für meine Stimme. Sie ist leider sehr lädiert, und ich hoffe, dass ich gut zu verstehen bin und es auch durchstehen kann, die Rede hier zu halten.

Die Ausführungen von Frau Linnert möchte ich aus meiner Sicht noch ergänzen. Ich halte es nicht für eine an den Haaren herbeigezogene Diskussion. Diese Diskussion ist nämlich dringend notwendig, denn wir stehen gerade im Jahr eins nach der Sanierungsphase, und wir wissen alle, was das für uns in diesem Jahr und in den nächsten Jahren dann bedeutet. Wir sind gerade in einer Umbruchsituation, und deswegen ist eine solche Debatte mehr als dringend notwendig. Nicht erst der Rücktritt von Henning Scherf offenbart die Planlosigkeit und Entscheidungsschwäche der großen Koalition, nein, das war schon früher erkennbar. Seit dem Platzen der Luftblase Kanzlerbrief und dem fruchtlosen Gehampel der Koalition in dessen Gefolge muss auch dem letzten Verfechter der großen Koalition klar geworden sein, dass es nun wirklich hart auf hart kommen muss und wirklich große Entscheidungen gefordert sind.

Aber wie in der Vergangenheit schon ist von solchen Neubesinnungen in der Koalition nichts zu spüren. Jeder weiß, dass der Abgang von Henning Scherf mit einem politischen Neuanfang verbunden sein muss, dass es ein Weiter-so-wie-Bisher in der Haushalts- und Finanzpolitik nicht geben kann und dass dies Rückwirkungen auf den gesamten Politikentwurf haben muss. Henning Scherf hinterlässt kein wohl-

(D)

(A) geordnetes Haus, sondern ein haushalts- und finanzpolitisches Chaos. Die bremische Sanierung ist gescheitert, der bremische Haushalt kann nur jenseits seiner Verfassungsmäßigkeit gefahren werden. Das bremische Staatsschiff droht unterzugehen. Dennoch geht kein Ruck durch die politische Klasse Bremens.

Am Jahresanfang hat man es gerade noch geschafft, einen ersten Nachtragshaushalt 2005 zu verabschieden, der die ausfallenden Einnahmen aus dem Kanzlerbrief schlicht durch zusätzliche Kredite und damit durch einen weiteren Wechsel auf die Zukunft ersetzte. Schon damals wurde von einem zweiten Nachtragshaushalt 2005 geredet, und eigentlich hätte er nach der parlamentarischen Sommerpause, spätestens jetzt aber nach der Bundestagswahl vorgelegt werden müssen.

Bis heute liegt dem Parlament kein solcher Nachtragshaushalt vor. Gestern, wie ich den Medien entnommen habe, hat der Senat gerade einmal eben Eckwerte für diesen zweiten Nachtragshaushalt beschlossen, und es ist geplant, dass wir in der November-Sitzung dann in die parlamentarischen Beratungen dazu eintreten werden. Ich sehe das genau wie Frau Linnert, dass der Senat ganz offensichtlich in Haushaltsverstöße hineinläuft und damit auch in Rechts- und Verfassungsverstöße. Ein Muster an Entscheidungsfreudigkeit und planvollem Handeln ist dies jedenfalls nicht.

(B) Nach dem ursprünglichen Fahrplan hätte auch der Haushaltsentwurf 2006 und 2007 schon längst eingebracht und in der parlamentarischen Beratung sein sollen. Nichts davon ist zu sehen. Hat man anfangs noch im Haushalts- und Finanzausschuss Beratungstermine beschlossen, in der letzten Sitzung war keine Rede mehr davon. Es gibt derzeit keinen gültigen Terminplan für die Haushaltsberatungen. Zumindest dies hätte der scheidende Senatspräsident noch auf die Reihe bringen müssen.

Wenn man dann sieht, wie mühsam die Koalition zu Entscheidungen kommt, politische Koppelgeschäfte macht, sogar schon Ausschüsse boykottiert, dann ist klar, dass diese Koalition politisch am Ende ist und zu klaren und sicher auch bitteren Entscheidungen für die Zukunft nicht mehr fähig ist. Mit seriöser Regierungspolitik hat das alles nichts mehr zu tun. Gerade in dieser für Bremens Zukunft existenzbedrohenden Situation ist jedoch ein handlungsfähiger Senat gefragt, ein Senat, der sich nicht ständig blockiert, sondern dem Ganzen verpflichtet ist und nicht nur die partiellen Interessen der beteiligten Parteien im Auge hat. Die Konsequenzen aus der gescheiterten Haushaltssanierung und dem Platzen des Kanzlerbriefes müssen gezogen und politisch und haushaltsmäßig umgesetzt werden. Da sind große Entscheidungen und ein breiter Rücken gefragt, nicht ein politisches Klein-Klein parteipolitischer Interessen.

Wenn demnächst ein neuer Präsident des Senats zu wählen ist, tritt er zwar die Nachfolge von Henning Scherf an, er hat es aber auch damit zu tun, dessen letztlich erfolglose Politik neu zu konturieren und das untergehende Staatsschiff Bremen vor dem endgültigen Untergang zu bewahren. Dazu sind harte und bittere Entscheidungen nötig, ein Aussitzen und Abwarten und "So zu tun, als wäre nichts gewesen" geht nicht. Ich wünsche uns allen, dass der neue Mann, eine Frau steht ja nicht zur Disposition, die Kraft und die Fortune hat, in diesem Zusammenhang das Richtige zu tun.

Auf einen Punkt möchte ich in diesem Zusammenhang noch eingehen, der auch mit der derzeitigen Planlosigkeit und Entscheidungsschwäche der politischen Führung unseres Landes zu tun hat. In der letzten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses wurde darüber geklagt, dass Bremerhaven sich weigert, einen Nachtragshaushalt 2005 aufzustellen, obwohl auch Bremerhaven zu den Leidtragenden des Kanzlerbriefes gehört und ähnliche Probleme wie Bremen beim Haushaltsvollzug 2005 hat. Auch Bremerhaven ist in der Gefahr, in Haushaltsverstöße und damit in Rechts- und Verfassungsverstöße hineinzugeraten. Ich finde eine solche Verhaltensweise des Magistrats in Bremerhaven unverantwortlich.

## (Abg. Bödeker [CDU]: Sie haben keine Ahnung!)

Bremerhaven lebt zu einem großen Teil von bremischem Geld, notgedrungen, weil die staatsrechtlichen Strukturen leider so sind und wegen der wirtschaftlichen und finanzpolitischen Strukturschwäche der Stadt. Was liegt da näher, als beim Haushaltsgebaren und bei der Finanzwirtschaft sich keine Blößen zu geben! Ich kann die Kritik am Magistrat der Stadt Bremerhaven, was diesen Punkt anbetrifft, nur unterstützen. Bremerhaven muss ebenfalls schnellstmöglich einen Nachtragshaushalt für 2005 aufstellen und die Weichen für den nächsten Doppelhaushalt 2006/2007 stellen.

Sollte der Senat von seinen verfassungsrechtlichen Möglichkeiten als Kommunalaufsichtsbehörde Gebrauch machen, kann ich das als Bremerhavener Abgeordneter in diesem Fall nicht kritisieren. Wir haben doch hier im Landtag einen Abgeordneten, der in Bremerhaven verantwortlich in das politische Geschehen eingebunden ist. Mir scheint, dieser Abgeordnete sollte seinen Einfluss in Bremerhaven dringend zur Geltung bringen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

**Präsident Weber:** Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Wiedemeyer.

Abg. Frau **Wiedemeyer** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Linnert, ich muss eingestehen, auch ich fragte mich, wo eigentlich die Aktualität ist, was die Zeiten anbelangt, in denen wir nicht nur hier, sondern auch im Haushaltsausschuss

(A) diverse Themen diskutieren. Dies könnte tatsächlich Anlass zu der Frage geben. Ich glaube aber, aktuell ist es vor allen Dingen deshalb, weil die Zeit langsam drängt. Das Jahr geht dem Ende zu. Wir wissen, welche Fristen es gibt, auch was Nachtragshaushalte anbelangt, und wir sind eigentlich schon im Verzug mit dem Haushaltsaufstellungsverfahren.

Sie haben vorhin ein bisschen mit Verwunderung zum Ausdruck gebracht, dass es sich um einen zweiten Nachtragshaushalt handelt. Ich glaube, wir haben schon in der ersten Debatte, als es um die berühmten Ausgleiche des Kanzlerbriefes ging, deutlich gemacht, dass wir erwarten, dass es in diesem Jahr einen weiteren Nachtragshaushalt geben wird. Unsere Position war allerdings in dieser Frage eindeutig. Ein Nachtragshaushalt ist nichts, was inflationär zu behandeln ist, und schon gar nichts, was monatlich auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gehört, sondern wenn, dann muss es einer sein, und der muss auch die Probleme des Jahres abdecken.

Von daher glaube ich, dass man dafür Verständnis haben muss, dass nun zu einem ziemlich fortgeschrittenen Zeitpunkt ein Nachtragshaushalt vorgelegt werden soll. Sie haben eben davon gesprochen, der Senat legt einen Nachtragshaushalt vor. Ich kenne zumindest keinen.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Hoffnung stirbt zuletzt!)

Was ich kenne, ist die Pressemitteilung des Finanzsenators, aus der ich entnehmen kann, dass der Senat beschlossen hat, einen Nachtragshaushaltsentwurf vorzulegen. Einen Nachtragshaushaltsentwurf gibt es noch nicht, sondern der Senat hat beschlossen, einen Nachtragshaushaltsentwurf vorzulegen, und das wird dann im November sein. Frau Linnert hatte vorhin fälschlicherweise gesagt, er hätte einen Nachtragshaushaltsentwurf vorgelegt. Einen solchen kenne ich nicht!

Nach meiner Kenntnis darüber, was der Senat mit diesem Nachtragshaushalt und mit diesem weiteren Verfahren beschlossen hat, gibt es dazu einige Fragen. Ich habe meine Zweifel, inwieweit es gelingen kann, dass die Ressorts noch weitere Einsparungen von rund 20 Millionen Euro, so viel dürfte es sein, tatsächlich erbringen können. Wir befinden uns seit Anfang des Jahres in einer Phase, in der alle Ausgaben einer besonderen Begründung bedürfen, von daher, wenn wir feststellen, nach Artikel 131, dass Ausgaben notwendig sind, dass sie nicht in geringerer Höhe anfallen können, dass sie nicht durch erhöhte Einnahmen gedeckt werden können, habe ich doch meine Zweifel, wie wir denn heute, Stand Mitte Oktober, wirklich erreichen wollen, dass im Haushaltsvollzug 2005, nachgewiesen durch ein Konzept Anfang November, die betroffenen Ressorts diese Gelder auch tatsächlich noch erwirtschaften können. Alle Ressorts befinden sich mehr oder weniger seit Anfang des Jahres in Bewirtschaftungsmaßnahmen. Dafür gibt es klare Kriterien, und ich gehe einmal davon aus, dass die Ressorts diese auch eingehalten haben und somit schon ganz viele Spielräume ausgeschöpft worden sind.

Ich glaube, dass wir im Haushaltsausschuss darüber noch einige Diskussionen führen müssen. Wir werden sicherlich auch darüber reden müssen, wie diese Löcher gestopft werden, und es muss dann auch erlaubt sein, noch einmal zu fragen, wie sich eigentlich Abdeckungen aus Veräußerungserlösen darstellen. Das sind investive Gelder. Wir haben ein Problem mit dem verfassungskonformen Haushalt, das ist klar, aber die Verwendung investiver Einnahmen für Haushaltskonsolidierung, für konsumtive Probleme trägt nicht gerade dazu bei, dass sich dieser Haushalt in Richtung Verfassungskonformität verbessert. Das ist zwar relativ egal, wenn man die Primärsaldenbetrachtung macht, aber das ist leider keine, die im Haushaltsgesetz vorgesehen ist.

Des Weiteren habe ich mit Erstaunen zur Kenntnis genommen, dass auch Kürzungen bei den Investitionen getätigt werden sollen. Ich glaube, auch da werden wir noch einmal genau schauen müssen, worum es da geht. Ich habe bislang gelernt, dass wir auch mit den Investitionen äußerst sparsam umgehen wollen, und von daher ist es dann schon erstaunlich, wenn in dem normalen Grundinvestitionsprogramm zweistellige Millionenbeträge übrig sein sollen.

Was mich weiterhin verwundert hat, ist, dass in einigen Punkten die Ressorts mit ihren Belastungen allein gelassen werden sollen. Da ist es ganz klar Ressortzuständigkeit. Es gibt aber andere, die ressortieren dann unter allgemeine Probleme, und ich glaube, auch der Finanzsenator sollte in seinem Bereich da noch einmal schauen.

Frau Linnert, Sie haben die Gutachten angesprochen, die der Senat in Auftrag gegeben hat. Das ist ein bisschen schwierig, hier im Parlament etwas zu diskutieren, was wir nicht kennen.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/ Die Grünen]: Ich lese Zeitung!)

Wir lesen Zeitung, uns als Haushaltsausschuss, das ist das Gremium, das sich damit zu beschäftigen hat, sind solche Gutachten auf jeden Fall nicht bekannt. Wir kennen nur das Zeitungswissen, und ich glaube, auch da gibt es sicherlich einige Punkte, die wir unterschiedlich beurteilen werden. Wenn kritisiert wird, dass wir erhöhte Investitionen getätigt haben im Sanierungszeitraum, wie es der Presse zu entnehmen war, kann ich nur sagen, das war ein elementarer Bestandteil des Sanierungsprogramms, dass nämlich Bremen durch das Investitionssonderprogramm, gespeist aus den Zinsersparnissen, zusätzliche Investitionen tätigt, um die Wirtschaftskraft hier

(D)

(A) zu stärken. Das haben wir hier im Haus öfter diskutiert, und ich glaube, da gibt es sicherlich auch viele Punkte, an denen wir sagen können, in dieser Hinsicht ist die Sanierung gelungen.

Sie haben davon gesprochen, dass es Haushaltsverstöße geben wird. Diese Position teile ich. Das müssen wir befürchten. Wir wissen, dass im Haushaltsausschuss im Frühsommer ein Ressort zumindest angetreten ist und eigentlich schon einmal eine Nachbewilligung wollte, weil das Geld nicht reicht. Mittlerweile haben wir Oktober. Die nächste Haushaltsausschusssitzung ist im November. Ich bin schon erstaunt, wenn uns vom Fachressort zugesichert wird, es gebe derzeit keine Erkenntnisse über Haushaltsverstöße. Vielleicht regelt sich das alles noch zum Haushaltsende.

Wir stellen fest, sie haben alle noch ihre Schatullen liegen, darin ist genügend Geld, und wir haben keine Haushaltsprobleme. Ich glaube, dass wir es als Parlamentarier sehr ernst nehmen sollten auch mit der Frage Haushaltsverstöße ja oder nein. Es gibt ganz klare Regeln, wann wir zu befassen sind. Es hat einige Erkenntnisse gegeben, die darauf schließen lassen, dass es in den Ressorts Haushaltsverstöße gibt. Ich glaube, auch das werden Punkte sein, mit denen wir uns noch auseinander zu setzen haben.

Da kritisiert wurde, dass der Senat noch nichts vorgelegt hat, was die Zukunft anbelangt, ist das doch eine gute Gelegenheit, auch noch einmal unsere Erwartungen zu nennen. Ich glaube, ein striktes "Weiter so" wird es nicht geben können. Sie haben die Investitionsplanung angesprochen. Das ist tatsächlich eine Geschichte, die seit zirka eineinhalb Jahren hinkt. Übrigens hätte nach unserer Meinung überhaupt nicht erst zu den Wirtschaftsförderungsausschüssen eingeladen werden dürfen, weil der Senat selbst sich in Abarbeitung der Koalitionsbeschlüsse die Verpflichtung gegeben hat, eine überarbeitete AIP-Prioritätenliste den Wirtschaftsförderungsausschüssen vorzulegen, bevor weitere Sitzungen stattfinden.

(B)

Dies ist nicht geschehen, beziehungsweise ist das, was im Entwurf bekannt ist, wirklich nicht durchführbar, das kann man schlichtweg nicht umsetzen, da warten wir ganz dringend auf Antworten. Unserer Meinung nach sind die Zeiten überholt, in denen wir einfach so weitermachen können, auch in den Strukturen, so wie sie angedacht sind. Wir glauben, es ist richtig, eine Haushalts- und Finanzpolitik so auszugestalten, dass wir sämtliche Ausgabenpositionen im investiven Bereich bündeln, dass wir die konsumtiven betrachten und dass wir das in Einklang bringen mit den berechtigten Ansprüchen, die wir in einer Verfassungsklage geltend machen werden. Das alles muss kompatibel gemacht werden.

Was die Haushalte anbelangt, bin ich erstaunt, wenn wir zirka 120 Millionen Euro Probleme 2005 haben, dass das keine Auswirkungen auf 2006 und 2007 haben soll. Wenn man die Produktgruppenhaushalte anschaut, und das ist ja das Einzige, was uns vorliegt als Haushaltsausschuss – mittlerweile, muss man sagen –, kann man leicht darauf kommen, dass die Summen für 2006 und 2007 größer sein werden. Ich glaube, auch hier kann es ein Einfach-weiter-So nicht geben. Es greift ein bisschen kurz, wenn ich dann in der Pressemitteilung lese: Die Senatsressorts müssen zukünftig mit ihren Geldern auskommen. Dann möge der Senat bitte sehr doch einen Vorschlag unterbreiten, wie wir die Ressorts auch so bedarfsgerecht ausstatten, dass sie auch in die Möglichkeit versetzt werden, mit ihren Geldern auszukommen!

Ich glaube, auch da müssen wir etwas überdenken. Ein "Weiter so", dass der Haushalt des vergangenen Jahres automatisch präjudizierend für den nächsten ist und prozentuale Fortschreibungen mit der Gießkanne gemacht werden, gibt es nicht. Diese große Koalition muss in dieser schwierigen Zeit die Kraft haben, gemeinsam ein Haushalts- und Finanzierungskonzept vorzulegen, das neue Wege geht, das Rücksicht darauf nimmt, wie andere auf uns schauen, und das vor allen Dingen auch zukünftig die Selbständigkeit des Landes Bremen sichert.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Pflugradt.

Abg. **Pflugradt** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mich wirklich gewundert, was diese Aktuelle Stunde soll.

(Zuruf der Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen])

Wenn ich die Überschrift "Finanzlage: Senat hat Überblick verloren – planlos und entscheidungslos in die Zukunft" und das nehme, was Sie hier so an Argumenten vorgetragen haben – Sie sind nicht regierungsfähig, Giftlisten, Kassensturz, Politikwechsel –, dann ist das zwar eine typische Oppositionsrede, aber inhaltlich haben Sie hier nicht viel Neues beigesteuert.

Ich frage auch ein Stück weit nach Ihrer Glaubwürdigkeit. Man weiß doch, und das hat auch keiner bisher bestritten, dass wir uns in einer dramatischen Lage befinden. Das ist doch nichts Neues, darüber haben wir hier schon mehrfach geredet, und das bestreitet auch keiner von der Koalition. Wir haben auch gesagt, als der Kanzlerbrief nicht eingelöst wurde, dass dies ein entscheidender Beitrag dazu ist, dass sich unsere dramatische Lage verschlimmert hat. Das wissen wir alle, das ist nichts Neues, und das wissen Sie auch ganz genau. Nur mit neuen Formulierungen oder neuen oder anders gesetzten Worten hier

(A) eine Aktuelle Stunde herbeizuführen ist kein konstruktiver Beitrag.

(Beifall bei der CDU – Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber notwendig!)

Ja, dazu kommen wir gleich noch, warten Sie einmal ab! Sie müssen einerseits doch zur Kenntnis nehmen, dass die finanzielle Lage ein Stück weit auch eingebettet ist in eine bundesrepublikanische Lage. Wir haben in den letzten fünf Jahren vier Jahre Stagnation gehabt. Wir haben acht Steuerschätzungen gehabt, und jede Steuerschätzung ging nach unten. Dass dies immer auch Auswirkungen auf Bremen hat, das können Sie doch überhaupt nicht leugnen!

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Das mache ich doch gar nicht!)

Das gehört mit in einen Beitrag, wenn Sie hier nach vorn gehen und Kritik üben an dieser Koalition! Dann müssen Sie doch mit einbeziehen, dass wir die Konsequenzen der verfehlten Politik von Rot-Grün hier in Bremen spüren.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Das wird ja jetzt besser! – Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Das werden wir ja dann sehen!)

Denken Sie doch einmal daran: Ihre Koalition in Berlin hat doch 2005 versprochen, dass keine Schulden mehr aufgenommen werden! Wer verstößt denn ständig gegen die Maastricht-Kriterien? Das haben Sie doch in Berlin zu verantworten! Deswegen sind Sie doch auch abgewählt worden, deswegen regieren Sie doch nirgendwo mehr mit in Deutschland!

(Zuruf des Abg. Dr. Schuster [SPD])

Das merken doch die Bürger, dass Ihr Ansatz von Politik ein verfehlter Ansatz ist.

(Beifall bei der CDU)

Wissen Sie, Frau Linnert, es ist ja ganz toll, wenn Sie hier einen Kassensturz fordern und den Senat kritisieren, dass wir den Haushalt nicht in Ordnung bekommen. Wenn es aber an die konkreten Einzelfelder geht, wo sind denn da Ihre Kürzungsvorschläge, oder wo sagen Sie, da soll weniger ausgegeben werden?

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/ Die Grünen]: Campingplatz!)

Das Einzige sind die Investitionen, die fallen Ihnen immer wieder ein, und vielleicht noch ein paar

Gesellschaften. Bei allen anderen Bereichen wollen Sie mehr: Wenn der Sozialbereich ansteht, wollen Sie mehr, wenn der Bildungsbereich ansteht, der Gesundheitsbereich, der Justizbereich, der Kindergartenbereich, dann wollen Sie immer mehr Geld ausgeben. So kann ich alle Ressorts durchgehen, bis auf die Investitionen, sonst wollen Sie überall mehr Geld ausgeben, und gleichzeitig kritisieren Sie, dass wir zu wenig sparen. Das ist widersprüchlich!

(C)

(D)

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, das ist keine gute Zeit für eine Opposition. Das ist nicht meine Aussage,

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/ Die Grünen]: Meine!)

das ist Ihre Aussage, Frau Linnert.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, klar!)

Das merkt man auch, dass es keine gute Zeit ist, denn wenn Sie sich hier vorn hinstellen, einfach nur ein bisschen Kritik üben, aber keine Alternativen aufzeigen, das ist keine gute Opposition, und da haben Sie völlig Recht!

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Das habe ich nicht gesagt!)

Wie Sie das in der Öffentlichkeit gesagt haben, das stimmt. Ich will weiter zitieren, damit man einmal sieht, wie das denn ist, wenn Sie intern diskutieren, wenn Sie hier keine Parlaments- und Schaufensterreden halten. Dann sagen Sie: "Die Grünen machen Politik für 2007, das Jahr der Wahl in Bremen. Das Problem: Die finanziellen Zwänge gelten für alle. Man kann nur eine andere Sparpolitik machen. Keine gute Zeit für Opposition", stellt Frau Linnert nüchtern fest, es gebe keine Strahlkraft von der Art "Mit uns wird alles gut". "Die Akzente, die Grüne setzen können, liegen in Zwischentönen."

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, das stimmt alles!)

Also keine gute Zeit, im Grunde genommen haben Sie keine Alternativen, geben Sie zu, und dann sich so hier hinzustellen und den großen Maxe zu machen! Das sind schlicht Schaufensterreden, die Sie hier halten, und das hat mit dem Anspruch, eine seriöse Finanzpolitik betreiben zu wollen, nichts zu tun.

(Beifall bei der CDU – Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Und der Senat kann noch nicht einmal Regierungserklärungen machen und einen Haushalt aufstellen!)

(A) Zu unserer finanziellen Lage gehört doch auch, dass wir sagen, wir sind finanziell schlecht ausgestattet, und deswegen klagen wir. Wenn Sie diesen Ansatz teilen.

> (Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Damit haben wir Sie doch jahrelang unter Druck gesetzt!)

dann geben Sie ja auch indirekt zu, dass wir ein Stück weit auch alternativlos sind, was unsere Sparkürzungen anbetrifft, und dass wir entsprechende Schulden noch aufnehmen müssen, jedenfalls in absehbarer Zeit, wenn Sie den Ansatz mit teilen, dass wir klagen müssen. Dann geben Sie allerdings auch zu, dass Ihre Fundamentalkritik, die Sie hier jetzt geübt haben, so nicht zu halten ist.

Ein Wort wollte ich noch zu Frau Wiedemeyer sagen. Sie haben einerseits gesagt: Ein striktes "Weiter so" wird es mit uns nicht geben.

(Abg. Frau Wiedemeyer [SPD]: Kann es nicht geben!)

Darüber werden wir uns noch an anderer Stelle vertieft unterhalten. Andererseits haben Sie davon gesprochen – und das müssen Sie doch schon einmal ein bisschen näher erläutern –, dass Sie vor dem Hintergrund der verschiedenen Sparzwänge eine bedarfsgerechte Ausstattung der Ressorts anmahnen. Was heißt das denn? Wollen wir oben draufsatteln? Wollen wir erhöhen? Ich glaube, das kann es nicht sein. Ich glaube allerdings, dass mancher in Ihrer Fraktion das "bedarfsgerecht" anders versteht, als Sie das hier gesagt haben, wenn ich den Kollegen und die Kollegin einmal anschaue, die hinter Ihnen sitzen, die verstehen unter bedarfsgerecht wahrscheinlich etwas anderes als Sie, Frau Wiedemeyer.

(B)

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Zwischen Frau Wiedemeyer und uns passt kein Blatt Papier! – Heiterkeit bei der CDU)

Das hat schon einmal jemand anderes gesagt, der ist jetzt aber woanders gelandet! Da soll man vorsichtig sein mit solchen Aussagen!

Was den Nachtragshaushalt anbetrifft, meine Damen und Herren, so habe ich, als wir den ersten Nachtragshaushalt hier diskutiert haben, angesprochen, dass ich davon ausgehe, dass es einen zweiten Nachtragshaushalt gibt. Im Übrigen haben wir auch gesagt, wir wollen nicht jeden Monat einen Nachtragshaushalt haben. Wir wissen, dass es noch die Steuerschätzung im November gibt, deswegen ist unsere Auffassung, dass wir einen Nachtragshaushalt hier im Dezember abschließend beschließen und nicht jeden Monat hier einen Nachtragshaushalt machen, sondern das reicht für uns aus. Insofern macht der Senat das so, wie es auch unsere Auffassung ist.

Was den Haushalt 2006/2007 anbetrifft, auch da, Frau Linnert, die Kritik: Was haben Sie denn in Berlin mit dem Haushalt des Bundes gemacht? Sie wollten doch erst einmal gar keinen Haushalt vorlegen!

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, vor der Wahl ist es ja auch immer – –!)

Ja, vor der Wahl! Die Wahl war auch in Bremen! Deswegen haben wir gesagt, wir machen das nach der Wahl. Das ist doch auch sinnvoll, dass, wenn ein neuer Bürgermeister und Präsident des Senats gewählt wird, der Haushalt mit diesem neuen Präsidenten des Senats entwickelt und beschlossen wird und wir nicht mit dem alten Präsidenten einen Haushalt hier entwickeln und beschließen, und der neue hat ganz andere Vorstellungen. Deswegen ist es richtig, dass wir die Haushaltsberatungen verschoben haben.

Im Übrigen: Eine haushaltslose Zeit ist auch keine schlimme Zeit, das haben wir in der Vergangenheit gesehen. Insofern kann ich sagen: Es wäre besser gewesen, wir hätten einen Haushalt jetzt schon langsam in der ersten Lesung hier im Parlament, aber es ist nichts Schlimmes, wenn wir die Haushaltsberatungen später durchführen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Dr. Nußbaum.

**Senator Dr. Nußbaum:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Linnert, bei aller persönlichen Wertschätzung, aber das war Polemik XXL, die größtmögliche Fassung von Polemik. Was stimmt, ist in der Tat die Beschreibung der Situation.

Es ist ja bekannt, dass Bremen in einer dramatischen Haushaltssituation ist. Das hat sich mittlerweile herumgesprochen, dass von den vier Milliarden Euro ein Viertel nicht gedeckt ist, dass wir große Probleme haben, die Haushalte deswegen zu strukturieren und eine Finanzplanung zu machen, dass wir große Probleme haben, in dieser Situation eine nachhaltige Perspektive aufzuzeigen, all das ist richtig. Deswegen sage ich aus der Sicht des Finanzressorts und des Senats: Wir sollten einmal die Polemik herauslassen und überlegen, wie man das sachlich und vernünftig strukturieren und in dieser im Grunde haushaltswirtschaftlich und fiskalisch fast perspektivlosen Zeit trotzdem noch eine Eigenperspektive aufzeigen kann.

Ich muss ausdrücklich auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in allen Verwaltungen, die uns im Finanzressort zuarbeiten, aber auch insbesondere meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Schutz nehmen. Wir arbeiten in allen Bereichen unter Hochdruck, aber ich muss an dieser Stelle noch einmal sagen, es

(A) gibt natürlich viele Bereiche und viele Ebenen, wo wir heute arbeiten müssen.

> Wir müssen einerseits eine Klage vorbereiten. Wir haben hier alle gesagt, Bremen muss klagen. Diese Klage muss vernünftig vorbereitet werden, wir haben nur einen Schuss, und sie muss nicht nur juristisch-verfassungsrechtlich, sondern auch finanzwirtschaftlich-fiskalisch vorbereitet werden, denn wir müssen beim Bundesverfassungsgericht natürlich einen Finanzpfad aufzeigen, zumindest bis zum Jahre 2009 und wenn möglich noch darüber hinaus. Wir müssen auch definieren, was die Eigenbeiträge Bremens sind, was die so genannte kritische Ausgabenuntergrenze ist, wie weit Bremen einen Anspruch darauf hat, im Rahmen seiner Landesverfasstheit ausgestattet zu werden, und wie weit andere Länder und der Bund dieses Defizit, das wir haben und das wir nicht aus eigener Kraft aufbringen können, finanzieren müssen. Das muss sehr sorgfältig aufgearbeitet werden. Ich sage an dieser Stelle auch: Da werden sich der Senat und der Finanzsenator nicht unter Druck setzen lassen. Es geht darum, dass wir hier eine erstklassige handwerkliche Arbeit machen und unsere Position bestmöglich darstellen.

> Es geht natürlich auch darum, die Haushalte 2006/ 2007, aber auch, das haben Sie nicht angesprochen, die mittelfristige Finanzplanung aufzustellen. Wir müssen also nicht nur die Haushalte 2006/2007 ins Auge fassen, sondern wir müssen über den Tag hinaus denken und fragen, wie es nach diesen Haushalten weiter geht, was nachhaltig zu leisten ist, was Bremen selbst bringen kann, was wir nicht selbst bringen können. Auch da verbieten sich Schnellschüsse, denn ich unterstelle einfach einmal, wenn wir klagen - und damit kommt auch eine besondere Qualität in unsere Haushalts- und Finanzplanung hinein -, dann sind wir auf dem Prüfstand durch alle anderen Bundesländer und den Bund. Diese werden sich diese Planungen und nicht nur die Planungen, sondern auch den Haushaltsvollzug in aller Genauigkeit und aller Schärfe anschauen, das analysieren. Sie werden versuchen, Argumente zu finden, wie sie die Position Bremens diskreditieren können. Deswegen geht es mir und dem Senat in dieser Phase einer sehr schwierigen Weichenstellung darum, eine nachhaltige, belastbare und auch von Dritten überprüfbare Haushalts- und Finanzplanung vorzulegen. Auch da nehmen wir uns die Zeit, die wir brauchen, um hier glaubwürdig nach vorn zu schauen und argumentieren zu können.

> Des Weiteren bemühen wir uns natürlich parallel – das, was Sie auch angesprochen haben –, die Situation Bremens nicht nur haushaltsrechtlich und fiskalisch zu strukturieren. Ein großer Teil unserer Probleme besteht ja darin, wie wir hier auch gemeinsam festgestellt haben, dass wir eben nicht die Finanzausstattung haben, die uns nach unserer Meinung zusteht, und dass wir in Gesprächen mit dem Bund und den Ländern auch diese politische Komponente der

Position Bremens vorantreiben müssen. Wir können das nicht nur auf die haushaltsrechtliche Seite reduzieren. Deswegen sind wir in einer Art Dreiklang, den wir parallel vorantreiben müssen, und das möchte ich lieber ordentlich machen als unordentlich und dann möglicherweise schnell.

Aber nichtsdestoweniger, Frau Linnert, haben wir gestern den Nachtragshaushalt 2005 im Senat beschlossen. Wir haben ihn einmal vertagt, und ich finde, es ist überhaupt nichts Schlimmes daran, sich eine Woche Zeit zu nehmen, um in dieser schwierigen Situation mit möglichst wenig neuen Kreditermächtigungen auszukommen. Das halte ich für vertretbar. Es gibt andere Bundesländer, die viel größere Probleme damit haben. Ich erinnere an Nordrhein-Westfalen. Zu Zeiten der rotgrünen Koalition hat man dort, um Eckwerte zu machen, vier Anläufe gebraucht. Ich finde, da sind wir in einem vertretbar vernünftigen Rahmen.

Wir haben das auch konsensual gestern beschlossen und werden Ihnen das im November vorlegen. Wir können das dann in der zweiten Lesung im Dezember abschließend beraten, deswegen, Frau Wiedemeyer, halte ich nichts davon und werde es auch heute nicht tun, auf die einzelnen Probleme des Nachtragshaushalts einzugehen. Das ist Gegenstand der Debatte über den Nachtragshaushalt und gehört meines Erachtens nicht hier hin. Genauso werden wir dann auch eine Finanzplanung, die hier noch nicht angesprochen worden ist, für die Jahre 2005 bis 2009 vorlegen müssen.

Ich meine, Frau Linnert, Sie können nicht sagen, dass Sie von uns nicht bedient werden. Sie bekommen regelmäßig im Haushaltsausschuss, und auch die anderen, eine ganze Reihe von Berichten. Sie bekommen das zentrale Finanzcontrolling. Wir haben Ihnen gerade am 17. Oktober im Haushalts- und Finanzausschuss den Finanzcontrollingbericht bis Ende August vorgelegt. Sie bekommen ein PGH-Controlling, das ist die Einhaltung der Finanz-, Personalund Leistungsdaten auf der Ebene der Produktpläne und -bereiche. Sie bekommen das Eigenbetriebscontrolling. Sie bekommen den Beteiligungscontrollingbericht für die Pilotgesellschaften. Sie bekommen das Zuwendungscontrolling respektive -bericht. Sie bekommen das Liegenschaftscontrolling, Sie bekommen einen Sanierungsbericht. Also, Sie bekommen vom Finanzressort eine ganze Menge und umfassende Daten, die Sie ganz klar in die Lage versetzen, auch die haushaltsrechtliche Situation nachzuvollziehen. Deswegen kann keinesfalls davon die Rede sein, dass wir den Überblick verloren haben, es sei denn, Sie haben das nicht im Detail studiert.

Was die konkrete Haushaltsaufstellung 2006/2007 anbelangt, so kenne ich natürlich Paragraph 30 LHO, und wir müssten bis zum 1. September vorlegen. Natürlich ist das klar. Aber es gibt auch aus meiner Sicht übergeordnete Gründe, eben so zu verfahren, wie wir das jetzt tun. Die Wahl ist eben angesprochen

(C)

(A) worden. Natürlich war das keine bremische Wahl, aber das Bundesland Hessen hat in dieser Lage ebenfalls gesagt, es macht keinen Sinn, das Haushaltsverfahren jetzt vor dieser Bundestagswahl zu betreiben, weil die unterschiedlichen Aussagen der beiden Parteien zur Steuerseite und damit auch zur Einnahmenseite des Staates so unterschiedlich sind, dass man das abwarten muss, um auch eine vernünftige Einnahmenplanung zu machen auf der Basis dann möglicherweise umzusetzender Steuermodelle.

Was noch viel wichtiger ist: Wir haben schon beim ersten Nachtragshaushalt eindeutig und klar gesagt, wir werden wegen Hartz IV hier noch einmal einen Nachtragshaushalt machen müssen. Sie wissen auch, dass eine Revisionskonferenz im Frühherbst stattfinden sollte, und auch da hat die Bundestagswahl eine Veränderung der Terminierung herbeigeführt. Wir wissen heute noch nicht genau, welche Belastungen auf uns zukommen, und wenn sich jetzt neuere Überlegungen durchsetzen sollten, von den Kommunen einiges zurückzuverlangen, auch dann werden wir hier wieder anpassen müssen. Die eventuellen Risiken belaufen sich auf möglicherweise 40 Millionen Euro.

Also, Sie können doch nicht sagen, dass in Zeiten, in denen die externen Beeinflussungsfaktoren und die externen Einwirkungen auf unser Haushaltsverfahren so groß sind, wir nicht versuchen, möglichst zeitnah daran zu bleiben und wirklich realistisch zu sein. Ich lege Wert auf die Betonung: Wir wollen realistische Planung machen. Wir wollen in der Tat nicht mit jedem kleinen Problem hier antreten, sondern wir wollen Perspektiven aufzeigen, und ich denke, mit dem, was wir Ihnen vorlegen, wie wir die Verfahren zurzeit gestalten, respektieren wir das Primat des Parlaments.

(B)

Ich sage deshalb an dieser Stelle abschließend für den Senat: Wir werden uns von diesem Kurs nicht abbringen lassen. Wir haben den Anspruch, die Probleme erst einmal aufzuarbeiten. Sie sind schwierig, Sie haben das richtig beschrieben. Wir werden dort einen Kurs mit der ruhigen Hand fahren, mit dem wir versuchen, die unterschiedlichsten Bereiche auszusteuern ganz im Sinne dessen, dass es darum geht, bei dem Hauptproblem Bremens, nämlich der übermäßigen Verschuldung, die wir nicht selbstständig lösen können, aber bei der wir zumindest dazu beitragen können, sie nicht unnötigerweise und sehr vorschnell zu erhöhen, uns da die Mühe zu machen, schon im Detail hinzuschauen: Wo geht noch etwas, wo geht nichts mehr? Sie können vom Finanzsenator nicht verlangen, jeder Ausgabenerhöhung eben einmal zuzustimmen. Das wäre für mich auch das Einfachste, wenn ich Ihnen sage, lasst uns das machen, wir statten alle übermäßig, mäßig oder wie auch immer aus, und ich lege Ihnen dann im Haushaltsund Finanzausschuss entsprechende Anträge für Kreditermächtigungen vor. Das ist nicht mein Verständnis von meiner Rolle, sondern im Gegenteil: Ich versuche, die Verschuldung zu begrenzen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Weber:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Wiedemeyer.

Abg. Frau **Wiedemeyer** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich unterstreiche noch einmal, das ist natürlich das gute Recht einer jeden Fraktion, hier Aktuelle Stunden zu beantragen, und ich glaube, der Senat wäre gut beraten, auch die Wortbeiträge hier nicht zu bewerten.

Herr Pflugradt, Sie haben zum Nachtragshaushalt gesagt, wir sollten auch noch die Steuerschätzung abwarten. Wenn wir die November-Steuerschätzung abwarten, haben wir ein großes Problem, diese findet erfahrungsgemäß irgendwann im letzten Drittel des Novembers statt. Der Haushaltsausschuss kommt irgendwann Anfang November zusammen, und wir haben vor dieser Steuerschätzung auch noch hier die Beratung im Parlament. Ich glaube, wir sollten, und wir haben den Anspruch, ernsthaft mit dem Nachtragshaushalt umgehen, dazu gehört eine Beratung. Bei dem, was uns derzeit bekannt ist, was im Senat diskutiert oder auch beschlossen wurde, gibt es einige Punkte, die wir als Haushaltsausschuss doch noch diskutieren sollten. Von daher weiß ich nicht, wie Sie sich das mit der Zeitperspektive vorstellen.

Wir erwarten natürlich, dass der Senat alle Risiken, die er kennt, für 2005 in einen Nachtragshaushalt einbringt. Da gibt es auch ganz klare Regeln, das ist nichts Außergewöhnliches, was wir hier erwarten, das hat schlichtweg so zu sein.

Den Vorwurf zu machen, dass wir im Parlament hier zur Aktuellen Stunde nicht den Finanzplan ansprechen, kann ich nicht so ganz nachvollziehen. Der Finanzplan ist ein ureigenes Instrument der Regierung. Der Senat legt mit dem Haushalt einen mittelfristigen Finanzplan vor. Dieser wird vom Parlament zur Kenntnis genommen. Das ist die Handlungsmaxime des Senats. Gut, wenn der Senat meint, dass er an dieser Stelle die Aufforderung bekommt, dann möchte ich es dezidierter machen, wir erwarten natürlich, dass ein Finanzplan vorgelegt wird mit den Haushaltsentwürfen 2006/2007, etwas anderes hätte ich aber eigentlich von einem ordentlichen Senat auch nicht erwartet

Herr Pflugradt, Sie haben gesagt bedarfsgerecht! Wir haben die ganze Zeit darüber geredet, und wir haben auch letztes Mal im Haushaltsausschuss die Debatte geführt. Wir stehen unter besonderer Beobachtung. Es gibt klare Kriterien, nach denen wir als Haushaltsnotlageland beurteilt werden, es sind ja verschiedene Gutachter schon genannt worden. Wir werden Gutachten in die Hände bekommen, die das auch nicht anders sehen, es hat Gerichtsurteile gegeben, unter anderem für Berlin. Wir stehen unter

(A) besonderer Beobachtung, und Herr Nußbaum hat es noch einmal gesagt, wir werden auch Eigenbeiträge definieren müssen. Von daher gibt es klare Grenzen, wofür wir überhaupt Geld ausgeben können. Wenn ich sage bedarfsgerecht, dann meine ich damit, dass wir die Kraft haben müssen, nicht vorrangig eine Farbenlehre zu praktizieren, wenn es um Haushaltsaufstellung geht.

## (Beifall bei der SPD)

Dann muss man schauen, wo die Bedarfe sind. Wir haben seit Jahren ein von allen anerkanntes Modell der Verpflichtungsgrade. Wenn man zum Beispiel diesen Verpflichtungsgrad 3 nehmen würde, dann hätten Sie eine Spanne, worin Sie die Versorgung für Kindergärten haben. Sie hätten aber auch gleichzeitig solche Geschichten wie den Theatervertrag mit darin. Die Kraft gehört dazu, dass man sagt, in dieser schwierigen Zeit muss man sich auf die groben Linien verständigen. Wir müssen nicht in Koalitionsausschüssen darüber reden, ob wir 5000 oder 10 000 Euro in die eine oder andere Einrichtung geben. Wir müssen die groben Linien der Politik aufzeigen, und wir müssen zeigen, dass wir ein Konzept haben, dass wir eine Vorstellung haben, wie wir in knappen Haushalten gemeinsam diese Krise bewältigen können mit den kleinen Möglichkeiten, die wir überhaupt aus Bremer Sicht dazu haben.

Wenn wir da zum Beispiel einen Schnitt machen würden und sagen könnten, das ist von vornherein bedarfsgerecht, dann ist das eine Position, über die man sich noch nicht zu streiten braucht. Dann müssen wir definieren, was ist das Restliche, wozu wir noch fähig sind und was wir bereit sind auszugeben.

## (Beifall bei der SPD)

Das müssen wir nach Schwerpunkten, die sich aber am Gemeinwohl der Bürger und Bürgerinnen dieser Stadt zu orientieren haben, ausgeben. Das, glaube ich, ist das, was wir machen müssen, das ist die Kraftanstrengung, die wir erbringen müssen.

Sie widersprechen sich doch selbst. Sie verweisen darauf, dass wir hier auf einen neuen Präsidenten des Senats warten, und sagen gleichzeitig, für uns wird es aber nur ein "Weiter so" geben, wir werden das weiter so fortsetzen. Dann hätte es überhaupt keinen Grund gegeben, irgendwelche übergeordneten Gründe hier anzuführen.

## (Beifall bei der SPD)

Ich finde es auch unangemessen, hier darauf zu verweisen, dass Bundesländer wie Hessen dabeigehen und sagen, sie haben die Haushaltsberatung ausgesetzt, und das soll für uns nun die Maxime sein. Wenn

die Hessen so eine blödsinnige Begründung wählen, dass sie sagen, nach der Bundestagswahl weiß man doch nicht, was mit der Steuergesetzgebung ist, dann weiß ich nicht, welche Vorstellung sie davon haben, wie schnell sich irgendwelche Steuergesetzgebungen ändern. Ich glaube, dass man dann ganz lange auf Haushaltsberatungen warten müsste, bis man alles das umgesetzt hat und vergleichen kann, was Parteien in ihrem Programm haben.

Wir sollten uns weiter darauf verlassen – und bei der Einnahmenseite tun es alle Bundesländer –, es gibt die regionalisierte Steuerschätzung. Das ist die anerkannte Größe, die für die Einnahmen eingesetzt wird, womit der Finanzplanungsrat arbeitet. Wenn alle darauf warten wollten, bis jetzt irgendwann eine neue Bundesgesetzgebung greift, also, ich weiß nicht! Ich fand, das war ein Grund, der an den Haaren herbeigezogen ist. Es hat natürlich etwas für sich, dass man sagt, wir sind da in einer Wahl, und wir wollen wichtige Haushaltsberatungen für Bremen nicht belasten durch einen Wahlkampf. Aber dann muss man, wenn der vorbei ist, Konzepte auf den Tisch legen. Verwaltungen haben, glaube ich, nicht in Wahlkämpfen gestanden, die haben auch arbeiten können.

Mich hat eben richtig geärgert, Ihr Ressort hat ein eindeutiges Angebot vom Haushaltsausschuss erhalten, letzten Freitag von Frau Linnert als Ausschusssprecherin, und wir haben dem nicht widersprochen. Es gibt jede Menge Arbeiten, die zu erledigen sind, mit Haushaltsaufstellung, mit Klageverfahren und so weiter. Ich glaube, es reicht nicht zu sagen, da ist viel zu tun, wir nehmen uns die Zeit, die wir brauchen. Wir haben auch Termine, an denen bestimmte Sachen gemacht werden müssen. Dass der Sanierungszeitraum zu Ende ist, also, ich weiß das schon ein bisschen länger. 1992 mit dem Urteil war klar, es gibt ein Sanierungsprogramm. Das geht von 1994 bis 2004. Es gab eine erste Tranche Geld, die war festgesetzt bis 1998. Es gab eine festgelegte Revisionsverhandlung, die war 1997, und die hat gesagt, diese Zahlungen laufen 2004 aus.

Wir haben mehrfach auch in diesem Hause darüber diskutiert, und auch aus dem Senat ist es als Option öfter gekommen, dass Klagen anstehen. Das fällt nicht wie Manna vom Himmel. Wenn Sie nachweisen können, dass Sie da extreme weitere Bedarfe haben, bei denen wir Ihnen helfen können als Haushaltsgesetzgeber, kann ich nur sagen, dann haben Sie den Haushaltsausschuss ganz fest an Ihrer Seite, und wir werden Sie dort tatkräftig unterstützen. Wir haben großes Interesse daran, dass wir vernünftige Haushalte bekommen und vernünftige Planungen, die die Zukunft Bremens sichern.

## (Beifall bei der SPD)

**Präsident Weber:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Linnert.

(D)

(A) Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Polemik XXL!

(Abg. Pflugradt [CDU]: Das war eine gute Formulierung!)

Der Spruch ist gut, das finde ich auch. Das werde ich mir merken. Das kann man öfter einmal gebrauchen, aber um das aufrechtzuerhalten, haben Sie mir doch an ziemlich arg vielen Punkten Recht geben müssen, Herr Senator Nußbaum.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Pflugradt, es ist eigentlich immer dasselbe Problem. Sie sind nicht bereit oder in der Lage, das weiß ich jetzt auch nicht, sich mit Argumenten auseinander zu setzen. Ausflüge in die Bundespolitik kann man hier immer gern machen, nur, das trägt hier nicht zur Lösung der Probleme bei. Sie haben die Argumente, was die Probleme sind, einfach so weggewischt und sich dann über die Bundeslage ausgelassen und den Grünen vorgeworfen, dass ihnen als Einziges einfiele, Investitionen zu sparen.

Die Bundeslage, wie auch immer man sie bewertet, da werden wir uns wahrscheinlich ja nicht einigen können – jetzt gibt es einen neuen Wurf, einmal schauen, was jetzt passiert –, aber wie auch immer man sie bewertet, diese Bundeslage gilt für alle Bundesländer. Bremen ist aber in der Lage, sich ganz besonders Mühe geben zu müssen. Bremen ist in der Lage einer dauerhaften Haushaltsnotlage, aus der wir uns aus eigener Kraft nicht befreien können. Das ist einfach ein bisschen schade, wenn Sie glauben, dass man hier Debatten bestehen kann, indem man auf der alten Bundesregierung herumtrümmert. Das wird Ihnen auf Dauer keiner durchgehen lassen, auch noch nicht einmal auf der CDU-Basis.

(B)

Der Vorwurf mit den Investitionen, betrifft doch Ihr Problem, dass Sie bis heute nicht verstanden haben, dass der überbordende Investitionskurs Bremens auf jeden Fall zwei Effekte hatte: Einmal, die hohen Zinsen, die aus den Investitionen resultieren, erdrücken und erwürgen die konsumtiven Haushalte. Insofern reden Grüne, wenn sie über Investitionen reden wie gestern hier über die unnötigen Ausgaben zum Campingplatz oder Tunnel, durch die niemand fährt, oder überbordende Gewerbeflächen, immer auch über die konsumtiven Haushalte, denn die Fehlinvestitionen der großen Koalition sind die Sargnägel für die Kultur, die Bildung, die Kinder- und Jugendpolitik. Das ist der Mechanismus, und Sie wollen ihn einfach nicht verstehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Glauben Sie wirklich, dass Sie mit der flapsigen Bemerkung, den Grünen würde nichts anderes einfallen als eine Kritik an der Investitionspolitik, auf Bundesebene, wo man uns vorwirft, dass wir 218 Prozent Investitionsquote übersteigend gegenüber anderen Gebietskörperschaften haben, wirklich bestehen werden?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Senator Dr. Nußbaum hat hier gesagt, der Senat brauche Zeit. Da werden Leute wie ich immer milde, denn es ist gut, wenn man das verstanden hat, dass man Zeit braucht. Das zeigt nämlich, dass man über die Qualität seiner Arbeit nachdenkt und sich Ziele setzt. Aber das ist hier ja nicht zutreffend. Der Senat hatte ganz andere Zeitplanungen, er ist nicht an das Parlament gegangen und hat gesagt: Wisst ihr was, Haushaltsausschuss, wir schaffen das nicht, den Termin einzuhalten, die Probleme sind so riesig, wir haben dies und das vor, und wir werden den Termin nicht halten. Die Grünen wären die Letzten gewesen, die da irgendwie gemeckert hätten. Ich hätte mich gefreut, dann hätte man nämlich gesehen, dass eine Strategie aus dem Handeln des Senats resultiert. Sie haben das verschoben, weil Sie keine Lösungen haben, weil Sie sich nicht einigen können und weil Sie immer noch keine Strategie dafür haben, wie man mit diesen ungeheueren Geldmengen, die in den Jahren 2006/2007 fehlen, umgehen will.

Es ist aber wichtig, dass Sie diese Strategie haben, weil es droht, dass wieder nur quotal gekürzt wird, also prozentual aus den einzelnen Ressorthaushalten heraus. Ich will für den Haushaltsausschuss eine Darstellung haben, die mittelfristige Finanzplanung haben Sie angesprochen, die die Vorverpflichtungen der einzelnen Ressorts in den nächsten Haushalten beleuchtet und womit wir dann überhaupt sehen können, was theoretisch noch an Sparpolitik möglich ist. Ich will eine Auseinandersetzung mit einem Vergleich mit anderen Bundesländern, weil ich gerade verhindern will, dass Sie jetzt in Ihrer Not – finanzpolitisch gescheitert, jetzt wird aber einmal richtig ordentlich gespart - Verwüstungen in den Haushalten anrichten, wobei alle wissen, dass entweder nur gemogelt wird, am Ende des Jahres es wieder nicht stimmt - ich finde nicht, dass man so vor das Verfassungsgericht gehen darf – oder es zu Spargeschäften kommt, die wir nicht verantworten können gegenüber der Bevölkerung in Bremen und Bremerhaven.

Das müssen Sie vorlegen! Deshalb bestehen die Grünen so darauf, dass Sie eine Bewertung nach Artikel 131 der Landesverfassung machen, weil das die Grundlage dafür ist, in Zukunft endlich vielleicht einmal ressortübergreifend sich die Haushalte anzusehen und zu sagen: Das Spargeschäft, das immer nur in dem Jugendbereich spart, gleichzeitig aber bei Justiz, bei Inneres und bei Bildung finanzielle Bedarfe nach sich zieht, wollen wir so nicht mehr weitermachen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(A) Dazu gibt es nichts aus Ihrem Hause. Der Senat muss dem Parlament die Instrumente für eine verantwortbare Sparpolitik bereitstellen, damit wir auch herausbekommen können, wie weit es denn geht, und damit wir gemeinsam gegenüber dem Bund und den anderen Bundesländern sagen können, Leute, bis hierhin, das ist unser Eigenbeitrag, den vertreten wir gegenüber der Bevölkerung, aber darunter geht es nicht. Da, mit Verlaub, Herr Senator Dr. Nußbaum, nützt ein Verweis auf vorgelegte Controllingberichte nun wirklich überhaupt nichts, weil es um eine Strategie für die Zukunft geht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ein letzter Satz, Herr Präsident, zu Herrn Pflugradt, der mir vorgeworfen hat, dass ich gesagt habe, es sei keine gute Zeit für eine Opposition! Ich habe auf der grünen Mitgliederversammlung gesagt, es ist eine gute Zeit für die Opposition, weil der Senat so insuffizient und unfähig ist. Es ist aber keine gute Zeit für eine Opposition, weil wir nicht sagen können, es wird alles gut, weil wir – so wie Sie auch nicht – der Bevölkerung nicht sagen können, mit einer grünen Finanzpolitik sind wir hier in fünf oder zehn Jahren wieder flott, weil alles davon abhängt, wie die anderen uns bewerten.

Ehrlich gesagt, wie kann man so etwas ernsthaft kritisieren? Wir reichen Ihnen die Hand für einen realitätstauglichen Finanzkurs, wir werden mit in der Bevölkerung die Sparpolitik da, wo sie zu verantworten ist, vertreten. Wir werden keine populistischen Sprüche klopfen nach dem Motto, welche Handschriften auch immer in Zukunft wieder den Leuten vorgaukeln, dass es hier keine harte Sparpolitik geben muss. Das kritisieren Sie hier, das ist sehr sonderbar. So viel Entgegenkommen einer Opposition in einem anderen Landtag könnten Sie sich sonst vielleicht einmal wünschen. Wir wollen mitgestalten, auch als Opposition, an einer vernünftigen Sparpolitik und werden den Leuten auch reinen Wein einschenken über das, was hier die reale Lage ist. Normalerweise hätte ich dafür einen Dank verdient, aber, vielen Dank, ich verzichte!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Präsident Weber:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Aktuelle Stunde geschlossen.

## Altersdiskriminierung

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD vom 4. Mai 2005 (Drucksache 16/604)

Dazu

#### Mitteilung des Senats vom 30. August 2005

(Drucksache 16/732)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Röpke.

Gemäß Paragraph 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen.

Frau Röpke, Sie verzichten darauf, so dass wir gleich in die Aussprache eintreten können.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Karl Uwe Oppermann.

Abg. Karl Uwe Oppermann (CDU)\*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Am 1. Oktober, und deswegen ist dieser Termin dieser Debatte eigentlich sehr gut gefallen, war der internationale Tag der älteren Menschen. Bundesministerin Renate Schmidt, Familienministerin, hat das zum Anlass genommen, noch einmal darauf hinzuweisen, wie gravierend die demographische Entwicklung sich in der Bundesrepublik Deutschland in den nächsten Jahren darstellen wird. Im Jahr 2050 wird jeder dritte Deutsche mehr als 60 Jahre alt sein und nur jeder sechste jünger als 20 Jahre. Sagen Sie mir nicht, das dauert noch lange, die sind schon bald alle geboren! Wir leben heute 30 Jahre länger als vor 100 Jahren und erfreuen uns in der Regel doch einer ganz guten Gesundheit dabei, jedenfalls einer besseren Gesundheit als vor 100 Jahren, bei älteren Menschen vor allem.

Seit zehn Jahren bin ich Mitglied in diesem Parlament, und zumindest in dieser Zeit haben wir dieses Thema der Altersdiskriminierung nie aufgegriffen, meine Damen und Herren, ein Thema, das nach Auskunft unserer Senioren und der Seniorenvertretung für diese ein immer größeres Ausmaß annimmt, gewissermaßen ein immer schwerer zu schulterndes Päckchen. Diskriminierung kommt vom lateinischen Diskriminare, heißt, jemanden herabsetzen, herabwürdigen, jemanden von anderen absondern, ihn ungleich behandeln. Das ist die schmerzhafte Bedeutung des Wortes Diskriminierung, meine Damen und Herren.

Die lange Zeit, die der Senat für die Beantwortung dieser Großen Anfrage benötigt hat, zeigt, dass auch für ihn, für den Senat, dieses Thema relativ neu war, und um eine umfassende Antwort zu bekommen, haben wir den Fristverlängerungen gern zugestimmt. Mit einem Vorstoß, ein Altenparlament in diesem Haus ein- oder durchzuführen, bin ich in der Vergangenheit leider gescheitert, man hat eine solche Notwendigkeit nicht gesehen. In Schleswig-Holstein findet bereits das fünfzehnte Altenparlament statt.

(D)

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

(A) Mit dieser Großen Anfrage will die CDU-Fraktion deutlich machen, dass sie das Problem der Senioren sehr wohl erkennt und es deshalb heute an guter Stelle im Landtag debattiert. Den Kolleginnen und Kollegen der SPD bin ich dankbar, dass sie dieser Großen Anfrage beigetreten sind. Ich nehme an, dass sie damit auch die Problematik, die dahinter verborgen ist, erkannt haben.

Damit wir aber alle wissen, warum wir debattieren, gibt es für alle Begriffe eine fachliche Beschreibung. Unter Altersdiskriminierung versteht man die soziale und ökonomische Schlechterstellung von Personen aufgrund ihres fortgeschrittenen Alters, die die Betroffenen daran hindert, in angemessener Weise am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können. Diese Definitionen unterscheidet man noch in mittelbare Altersdiskriminierung und unmittelbare Diskriminierung. Der Senat hat dann auch noch die empfundene Altersdiskriminierung dazugeschrieben. Für diese konnte ich allerdings keine Definition finden.

Meine Damen und Herren, wenn das so etwas ist wie dieses Windchill, die empfundenen Kälte, dann ist die empfundene Altersdiskriminierung die gefährlichste. Die Menschen, die verunglücken in der Kälte, sterben nicht an der wirklichen Temperatur Fahrenheit oder Celsius, sondern an der Windchilltemperatur. Wir müssen uns davor hüten, in Bremen und Bremerhaven eine Grundstimmung aufkommen zu lassen, die Altersdiskriminierung toleriert oder in irgendeiner Weise verschweigt oder die Augen davor verschließt, meine Damen und Herren.

(B)

## (Beifall bei der CDU)

Ich glaube auch, Altersdiskriminierung gibt es generell wegen des Lebensalters von Frauen und Männern und nicht nur im fortgeschrittenen Alter. Übrigens, das ist für uns keine Aufgabe des Sozialressorts, das zu lösen, dass es keine Altersdiskriminierung mehr gibt. Wie so viele Dinge, die meistens dem Sozialressort zugeschoben werden, ist dies für uns durchaus etwas, was alle Ressorts beschäftigen muss, und wir wissen, zumindest im Bauressort wird da gut gearbeitet.

Der Senat sagt, dass es für zeitliches Handeln die Schwierigkeit der objektiven Feststellung von Altersdiskriminierung gibt. Ob das der Fall ist, kann man zumindest in Frage stellen. Es gibt in Europa einige Länder, die bereits Gesetze gegen Altersdiskriminierung erlassen haben, und nun glauben Sie nicht, dass ich hier von diesem Punkt aus für ein Bundesgesetz gegen Altersdiskriminierung bin! Das müssen wir anders regeln. Wir müssen das in den Köpfen regeln und nicht durch Gesetze.

(Abg. Schmidtmann [Bündnis 90/Die Grünen]): Das sehe ich aber anders!)

Es gibt Anregungen, meine Damen und Herren, Altersgrenzen für Beförderungen, Einstellung und Weiterbildung, das gibt es. Ist es nun gefühlte Altersdiskriminierung, oder ist es Altersdiskriminierung? Es geht darum, ich erinnere daran, wie die Bezieher in ihrem Neuland, das ist in den letzten zehn Jahren noch nicht debattiert worden, feste objektive Kriterien für die Feststellung von Altersdiskriminierung zu erreichen.

Eine europaweite Erhebung brachte 2003 hervor, dass das Alter als häufigster Grund für Diskriminierung angegeben wurde. Ob diese Erhebung nun als objektives Maß genommen werden kann oder nur ein subjektives Empfinden widerspiegelt, kann dabei nur zweitrangig sein. Es muss uns allen zu denken geben. An einem einzigen Beschwerdetag haben sich beim "Baldis", das ist das Büro gegen Altersdiskriminierung, 1600 Personen telefonisch beschwert. Das sind doch Zahlen, die uns zu denken geben müssen!

Meine Damen und Herren, Sie kennen alle diese Werbungen oder Annoncen in den Zeitungen, "belastbare und jüngere Arbeitnehmerinnen unter bestimmten Bedingungen". Dies lässt das europäische Recht ausdrücklich zu. Nun frage ich Sie: Ist das eine gefühlte Altersdiskriminierung oder eine objektive Altersdiskriminierung, wenn von vornherein gesagt wird, junge oder jünger?

In wenigen Jahren wird das Denken der Menschen anders sein, denn die jungen Alten werden für die Wirtschaft ein wichtiges arbeitsmarktpolitisches Kapital sein. Wirtschaftlich sind sie es jetzt ohnehin schon.

## (Vizepräsidentin Dr. Mathes übernimmt den Vorsitz.)

Wenn ich mir vorstelle, welchen Einfluss meine Generation, in der Fachliteratur wird sie Generation der Babyboomer genannt, einmal haben kann, dann kann ich mir manches, was im Moment läuft, nicht mehr ganz so recht vorstellen. Ich empfehle Ihnen allen einmal die Lektüre des Methusalem-Komplotts. Da wird deutlich aufgezeichnet, welche Macht die ältere Generation in wenigen Jahren schon haben wird und wie behutsam sie im Moment damit umgeht, das muss man auch dazufügen. Man muss das Buch nicht allein lesen, man muss auch Altenberichte der Bundesregierung dagegen lesen, und dann stellt man fest, dass die ältere Generation sehr wohl und sehr weise mit dieser Macht, die sie dort hat, mit der wirtschaftlichen Macht, umgeht.

Meine Damen und Herren, beim freiwilligen Engagement sind die älteren Menschen schon lange ein Schatz für unsere Gesellschaft. In den letzten zehn Jahren ist ihre Beteiligung um mehr als sechs Prozent in der Freiwilligenarbeit wieder angestiegen. Die ältere Generation will nicht, dass ihr ein Leben lang erworbenes Wissen und ihre Fähigkeiten verkümmern oder verloren gehen. Da gibt sie dieser Gesellschaft gern diesen Wissensschatz weiter.

(A) Der Senat wird von der Koalition gefragt, ob das Problem der Altersdiskriminierung in Bremen und Bremerhaven bekannt ist. An verschiedenen Stellen werden in unterschiedlicher Anzahl Beschwerden über empfundene oder tatsächliche Altersdiskriminierung vorgetragen. Es sind die Seniorenvertretungen, die Senatskanzlei, die Patientenberatungsstelle sowie der Seniorenbeirat der Seestadt Bremerhaven, bei denen solche Beschwerden eingehen. Es gibt also ein Phänomen in diesem Land, das nur schwer zu packen ist.

Noch ein Satz zur Seniorenvertretung der Stadtgemeinde Bremen! Wenn diese dieses Phänomen auch nicht einfangen konnte, so hat sie doch im Oktober 2004 mit ihrem Antrag gezeigt, dass ihr das Phänomen sehr wohl bekannt ist und dass es sie auch betroffen macht. Ob ein Gesetz etwas ändern kann, wage ich zu bezweifeln. In den Köpfen müssen Vorurteile abgebaut werden, damit Menschen mit höherem Lebensalter nicht von Zeit zu Zeit das Gefühl haben, diese Gesellschaft, die sie mit aufgebaut haben, würde sie mit Alterssystemen bestrafen, ob nun gefühlt oder objektiv. Ich habe das vorhin gesagt, bei der objektiven Kälte geht die Gefahr auch von der gefühlten Kälte aus und nicht von der tatsächlichen Kälte. Umso besser, dass wir dieses Thema mit dieser Großen Anfrage angehen, meine Damen und Her-

In der Antwort des Senats auf die Frage zwei, Sie haben sie sicherlich gelesen, wird ein bestimmter Fall geschildert! Es wird eine ältere Person in einem Altenheim nackt transportiert. Da könnte man sich natürlich auch die Frage stellen, ob es vorkommt, dass junge Personen in Heimen nackt transportiert werden. Darauf gibt es in dieser Frage keine Antwort. Sie haben diese Stelle sicherlich auch mit Empörung und Verwunderung gelesen.

Die demographische Entwicklung in unserem Land wird die Frage von vorliegender Altersdiskriminierung zunehmend wichtig machen. Der Senat antwortet: "Der Senat ist bestrebt, sich gegen unmittelbare ebenso wie mittelbare Diskriminierung älterer Menschen zu wenden." Das ist vernünftig, wir haben auch nichts anderes vom Senat erwartet bei unserer Anfrage. Das ist ein durchschnittlich junger Senat, auf ihn wird das Problem des Alters aber noch hoffentlich zukommen. Wäre das nicht so, wären wir mit der Antwort auch nicht zufrieden gewesen und hätten sie zurückgewiesen.

Wir haben diese Frage jedoch nicht gestellt, um den Senat bloßzustellen, er wird ja von uns getragen, sondern wir müssen an das Thema heran. Wir müssen das Thema aufgreifen. Wir alle, nicht nur der Senat, müssen an einer höheren Wertschätzung der älteren Menschen ebenso arbeiten wie an der Sensibilisierung der ganzen Gesellschaft für die besonderen Belange der älteren Mitmenschen.

Meine Damen und Herren, es tut sich ja etwas, wenn Sie die Landschaft beobachten: Senioren tref-

fen sich mit Schulkindern und tauschen sich aus, wir unterhalten ein Netz von Beratungsstellen, einige habe ich Ihnen aufgezählt, wir haben im Baurecht Veränderungen in Richtung mehr Bequemlichkeit eingeführt, wir haben die BSAG behinderten- und damit auch altenfreundlich umgestellt in den letzten Jahren, die nächsten neuen Bahnen konnte man zumindest schon in der Zeitung sehen. Ich würde mich freuen, wenn sich der Senat aufraffen könnte, gemeinsam mit der Seniorenvertretung der Stadt oder des Landes Bremen eine Plakataktion ins Leben zu rufen, mit der auf die Diskriminierung von älteren Menschen hingewiesen wird. Wir haben Ähnliches schon einmal gehabt, dass wir Plakataktionen für das Miteinander mit Menschen durchgeführt haben, und das ist auch gut angekommen.

Im Arbeitsmarkt haben wir bewusst Fördermaßnahmen für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Deputation, allerdings nur mit den Stimmen der Koalition, nicht mit den Stimmen vom Bündnis 90/Die Grünen, beschlossen. Die Situation für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist im Moment nicht rosig, etwas anderes zu behaupten, wäre schlicht falsch. Hier wird die demographische Entwicklung mit der Zeit zu einer Entspannung kommen. Was wir in Bremen und Bremerhaven im Bereich Arbeitsmarktpolitik für ältere Menschen erledigen können, haben wir zumindest aufgegriffen, hier ist die Koalition tätig. Ich sehe das Blinken, mit den anderen Punkten werde ich mich in einem zweiten Beitrag auseinander setzen.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Das Wort hat die Abgeordnete Frau Arnold-Cramer.

Abg. Frau **Arnold-Cramer** (SPD)\*): Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! In den letzten Monaten wurde in den unterschiedlichsten Zusammenhängen über Altersdiskriminierung gesprochen. In den Fachkreisen ist Altersdiskriminierung längst bekannt und ein ernst genommener und leider immer häufiger auftretender Diskriminierungsgrund. In die breite Öffentlichkeit gelangte dieses Thema vor allen Dingen im Zusammenhang mit der Diskussion um das von der derzeitigen Regierung im Bundestag erarbeitete Antidiskriminierungsgesetz, das die Berücksichtigung des Alters als Diskriminierungsgrund mit aufgenommen hat.

Die Mehrheit in unserer Gesellschaft ist leider nicht genügend sensibilisiert für dieses Thema, dabei kann es uns alle betreffen, denn es geht nicht ausschließlich um die Diskriminierung älterer Menschen, sondern generell um die Benachteiligung von Menschen in einem bestimmten Lebensalter. Dennoch sind in

(D)

<sup>\*)</sup> Von der Rednerin nicht überprüft.

(D)

 (A) der Realität meistens ältere Menschen betroffen, und so ist auch die Antwort des Senats hierauf abgestellt.

Tatbestände der Altersdiskriminierung wurden bisher in Bremen nicht systematisch erhoben und ausgewertet. Das Ergebnis der die Beschwerde annehmenden Stelle in Bremen, zum Beispiel der Seniorenvertretung, deckt sich aber mit dem in der gesamten Bundesrepublik. Diskriminierungen in Gesundheits-, Finanz- und Arbeitsmarktfragen wurden bei diesen Stellen am häufigsten vorgebracht. Für viele ältere Menschen gestaltet sich ein Ratenkauf zum Beispiel schwierig, da zahlreiche Banken Konsumentenkredite nur bis zu einem bestimmten Lebensalter vergeben. Es ist schwerer, Existenzgründungskredite jenseits der 50 zu bekommen, wenn überhaupt, dann nur mit teuren Risikolebensversicherungen als Zusatzverkaufsprodukt.

Einige Versicherungen entlassen ihre Kunden bei einem bestimmten Lebensalter einfach aus dem Vertrag. Bei Unfallversicherungen ist das Höchstalter meistens 65 Jahre, Krankenzusatzversicherungen zum Beispiel für Zahnersatz für ältere Kunden schließen einige Unternehmen ganz und gar aus. In einigen Fällen berichten ältere Bankkunden, dass ihnen mit Eintritt in das Rentenalter keine Kreditkarte mehr gewährt wurde. Eine Untersuchung der Universität Bremen ergab, dass Ärzte bei älteren Patienten oft weniger Aufwand betreiben. Bestimmte Medikamente oder Therapieverfahren werden bei älteren Patienten nicht mehr oder viel seltener genehmigt.

(B)

Besonders oft aber werden Benachteiligungen im Erwerbsleben genannt. Dies ist nicht verwunderlich, denn dem Fünften Altenbericht der Bundesregierung ist zu entnehmen, dass die Erwerbsquote älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland nur bei 41,2 Prozent liegt, die EU-Zielquote beträgt aber immerhin 50 Prozent. In Bremen liegt die Zahl der über fünfundfünfzigjährigen Beschäftigten bei nur elf Prozent. Mehr als die Hälfte aller bremischen Unternehmen beschäftigt überhaupt keine Mitarbeiterinnen mehr über 50 Jahre.

In der Einladung zu einer Fachtagung der Angestelltenkammer am 1. September dieses Jahres zu diesem Thema hieß es, ich darf aus der Einladung zitieren: "Auch wenn die Fähigkeiten älterer Beschäftigter durchaus geschätzt werden, haben sie bei Neueinstellungen kaum eine Chance. Das Ausschlusskriterium Alter ist im Erwerbssystem so wirkungsvoll wie kein anderes. Kein Zweifel, es gibt hierzulande Altersdiskriminierung, und Altersdiskriminierung gehört auch in Bremen zum Alltag. Altersdiskriminierung ist keine zu vernachlässigende Randerscheinung."

Es müssen bestimmte Instrumente eingesetzt werden, um gegen diese Form der Diskriminierung vorzugehen, sie zu verhindern und sie zu bekämpfen.

(Beifall bei der SPD)

Da sind einmal die vom Senat in seiner Antwort auf die Große Anfrage aufgeführten präventiven Maßnahmen, die eine Sensibilisierung der gesamten Gesellschaft für die Belange älterer Menschen unterstützen. Hierzu zählen die Öffentlichkeitsarbeit, die Unterstützung und Finanzierung von Beratungsstellen ebenso wie Maßnahmen im Bauordnungsrecht und im Bereich des Arbeitsmarktes.

Ein anderer Punkt, der in diesem Haus auch schon öfter thematisiert worden ist, sind Maßnahmen zur Bekämpfung der Gewalt in der Pflege. Die SPD-Fraktion teilt die Auffassung des Senats, dass diesen präventiven Maßnahmen ein sehr hoher Stellenwert eingeräumt werden muss.

#### (Beifall bei der SPD)

Dies allein kann aber nicht ausreichen, das hat die Seniorenvertretung Bremen auch erkannt. Auf der Basis ihrer Erfahrung auf dem Gebiet der Altersdiskriminierung fasste die Delegiertenversammlung im November letzten Jahres den Beschluss, ein Antidiskriminierungsgesetz von der Bundesregierung einzufordern. Es hat sich auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen gezeigt, dass die Verhinderung von Diskriminierung nicht dem freien Spiel der gesellschaftlichen Kräfte überlassen werden kann und darf.

### (Beifall bei der SPD)

Vielmehr brauchen wir gesetzliche Maßnahmen, um Diskriminierung wirkungsvoll zu verhindern und zu bekämpfen. Allein Sanktionen bei Verstößen lassen, und das ist leider so, viele Menschen lernen. Hier allein auf Freiwilligkeit zu bauen ist in meinen Augen aussichtslos.

#### (Beifall bei der SPD)

Leider, muss ich hinzufügen, aber es hat sich in vielen Bereichen leider so gezeigt!

Das EU-Recht hat Deutschland noch einmal aufgefordert, endlich geltendes EU-Antidiskriminierungsrecht in eine nationale Regelung umzusetzen. Umso mehr bedauere ich, dass dieser zwingend notwendige Schritt der Umsetzung an der CDU/CSU im Bundesrat gescheitert ist.

## (Beifall bei der SPD)

Somit ist Deutschland das letzte Land in Europa ohne Umsetzungsgesetz, denn eine erfolgreiche Bekämpfung von Altersdiskriminierung wird nicht allein durch schöne Reden bewirkt, sondern basiert aus meiner Sicht vielmehr auf den folgenden Säulen: gesellschaftlicher Meinungswandel, gezielte Öffentlichkeitsarbeit, begleitende öffentliche Unterstützung und finanzielle Anreize, Sanktionen aufgrund von gesetzlichen Vorschriften.

(A) Was bedeutet dies nun für die Bekämpfung der Altersdiskriminierung in Bremen? So richtig und wichtig die vom Senat in seiner Antwort auf die Anfrage aufgeführten Maßnahmen sind, so bin ich doch der Meinung, dass sie ohne eine bundesgesetzliche Regelung sowie die wissenschaftlichen und praktischen Erkenntnisse, Berichte und Untersuchungen einer zentralen unabhängigen Stelle leider nicht zum gewünschten Erfolg führen werden. – Danke!

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Das Wort hat der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Dass ausgerechnet diese große Koalition von SPD und CDU eine Anfrage mit der Überschrift "Altersdiskriminierung" eingebracht hat, ist an Unehrlichkeit und billiger Polemik nicht mehr zu überbieten. Meine Damen und Herren, im Land Bremen ist diese große Koalition von SPD und CDU für diese außer Frage stehende schreckliche Altersdiskriminierung doch politisch mit verantwortlich. Im Bund war es die rotgrüne Chaosregierung, und bald wird es die schwarzrote Chaosregierung sein.

Herr Oppermann, es nützt den älteren Menschen überhaupt nichts, wenn Sie hier namens der CDU eine große Schaufensterrede halten und im Bundestag als ehemalige große Oppositionspartei zusammen mit der FDP, das muss auch einmal deutlich genannt werden, ein dementsprechendes Diskriminierungsgesetz blockiert und verhindert haben. Da kann man schon die Ehrlichkeit Ihrer Anfrage erkennen. In dieser Großen Anfrage haben Sie zu Recht die Altersdiskriminierung zum Beispiel im Versicherungswesen angeprangert. Aber im Bund ist es gerade Ihre CDU zusammen mit der FDP meines Wissens, die durch eine Blockadepolitik dafür verantwortlich ist, dass unsere älteren Bürger auch im Versicherungswesen oder Kreditwesen und so weiter erst ausgegrenzt und dann brutal abgezockt werden. Das ist Ihre rücksichtslose Politik in Bezug auf die Altersdiskriminierung!

Tatsache ist doch, dass ältere Menschen zum Beispiel ab 75 Jahre plötzlich von den Versicherungen, zum Beispiel von der Unfallversicherung, gekündigt werden und sie dann ganz ohne Unfallversicherung dastehen, weil sie aus ihren bisherigen Verträgen rücksichtslos und skrupellos hinausgeworfen worden sind, erstens, weil sie zu alt sind, zweitens, weil das Risiko zu groß ist, drittens, das Traurige, weil sie keinen Profit mehr bringen. Das ist Altersdiskriminierung pur, und hier sollte Ihre CDU in Berlin dementsprechende Gesetzentwürfe einbringen, bevor Sie hier so eine herzergreifende Rede gegen Altersdiskriminierung halten. Das wäre ehrlicher.

Meine Damen und Herren, die Deutsche Volksunion hat sich nachweislich immer schon dafür eingesetzt,

dass zum Beispiel die normalen, billigeren Unfallversicherungen gerade für ältere Menschen unbegrenzt – ich betone unbegrenzt! – weiterlaufen müssen und dass endlich ein besonderes Altersdiskriminierungsgesetz effektiv umgesetzt wird. Also, meine Damen und Herren der großen Koalition, angesichts Ihrer politischen Verantwortung im Bund und im Land hier und heute eine solche Große Anfrage zu stellen, ist schon mehr als scheinheilig.

Meine Damen und Herren, die CDU in Berlin hat gesagt, die SPD hat keine Ahnung. Die SPD in Berlin hat gesagt, die CDU hat keine Ahnung. Ich sage namens der Deutschen Volksunion, beide haben zu 100 Prozent Recht! Jetzt haben wir bald eine Regierung der Ahnungslosen.

Meine Damen und Herren, unsere älteren Menschen, die Deutschland nach dem schrecklichen Krieg mit viel Mut, Kraft, Energie, Schmerzen, Trauer, Leid, Tränen und vielen Entbehrungen mit eigenen Händen und ohne Gastarbeiter wieder aufgebaut haben, haben es nicht verdient, im Rentenalter eine schäbige Altersdiskriminierung erleiden und erdulden zu müssen. Unsere ältere Generation ist schon viel zu lange um einen sozial gerechten und verdienten Lebensabend betrogen worden. Ich erinnere hier nur einmal an die nachweisliche Rentenlüge des ehemaligen SPD-Kanzlers Schröder.

Meine Damen und Herren, unsere älteren Menschen werden zum größten Teil von der Gesellschaft oft nur als lästiger Kostenfaktor angesehen. Sie werden im Berufsleben oft diskriminiert, ältere Mitarbeiter werden aufgrund ihres Alters nicht mehr befördert und bekommen überhaupt keine Arbeit mehr. Eine Altersdiskriminierung findet aber nicht nur auf dem Arbeitsmarkt oder im Berufsleben statt, sondern auch schon im vorhin erwähnten Versicherungswesen, Kreditwesen oder Wohnungsmarkt. Diese Diskriminierung nimmt unseren älteren Mitbürgern ihre Achtung und ihre Würde. Das ist für die Deutsche Volksunion unerträglich. Darum setzt sich die Deutsche Volksunion vehement für eine bundesweite Beendigung jeglicher Form der Altersdiskriminierung ein.

Darum fordere ich Sie auf, bringen Sie als SPD und CDU im Bundestag endlich ein Gesetz ein, welches Altersdiskriminierung verbietet, zum Beispiel mit den Forderungen, dass niemand bei der Einstellung nach dem Alter gefragt werden darf, oder aber, dass bei Stellenanzeigen keine Altersspanne für die gewünschten Kandidaten angegeben werden darf! Eine angegebene Altersspanne verhindert in vielen Fällen eine vielleicht erfolgreiche Bewerbung eines älteren qualifizierten Bewerbers! Immer mehr Arbeitgeber schätzen nach einem Vorstellungsgespräch die Erfahrung und die Reife älterer Arbeitnehmer und haben nach einem Vorstellungsgespräch ganz andere Wertvorstellungen über ältere Bewerber als vorher und geben diesen älteren Bewerbern vielleicht eine neue berufliche Chance.

(D)

(A) Meine Damen und Herren, es gibt in vielen Ländern ein Altersdiskriminierungsgesetz. Darum fordere ich Sie noch einmal dazu auf, reden Sie hier nicht lange um den heißen Brei herum, bringen Sie in Berlin endlich ein schon lange überfälliges dementsprechendes Gesetz ein, welches jetzt Grüne und FDP nicht länger blockieren dürfen! Sorgen Sie dafür, dass diese große Koalition von SPD und CDU ein solches Gesetz in Deutschland effektiv umsetzt! Das wäre endlich einmal im Sinne und im Interesse unserer älteren Mitbürger. Hierfür haben Sie immer und zu jeder Zeit die hundertprozentige Unterstützung der Deutschen Volksunion, aber verschonen Sie die Bürgerinnen und Bürger vor unnötigen, sinnlosen und nichts bringenden polemischen Großen Anfragen! Das haben gerade unsere älteren Mitbürger aufgrund ihrer einmaligen aufopferungsvollen und uneigennützigen harten Aufbauleistung zum Wohle Deutschlands und im Interesse der Gesellschaft nicht verdient.

(Unruhe bei der SPD)

Darum sage ich namens der Deutschen Volksunion: Schluss mit der unerträglichen und niederträchtigen Altersdiskriminierung! – Ich bedanke mich!

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Das Wort hat der Abgeordnete Schmidtmann.

(B) Abg. **Schmidtmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Tittmann, ich glaube, Sie haben schon wieder irgendetwas falsch verstanden. Dass man bei einer Bewerbung nicht mehr das Alter angeben soll, wie soll das denn gehen?

(Zuruf des Abg. Tittmann [DVU])

Das habe ich überhaupt noch nicht verstanden. Wie soll man sich ohne eine Angabe seiner Geburtsdaten bewerben? Das macht überhaupt keinen Sinn!

Das Zweite, noch einmal: Die von Ihnen bezeichneten Gastarbeiter haben sehr wohl mitgeholfen, diesen Lebensstandard zu schaffen, den wir jetzt hier in Deutschland haben.

(Zuruf des Abg. Tittmann [DVU])

Ich finde das eine richtige Diskriminierung von Ihnen, so etwas hier zu behaupten!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Ich spreche heute über die Große Anfrage der CDU und der SPD zur Altersdiskriminierung. Meine beiden Vorredner, Herr Oppermann und Frau Arnold-Cramer, haben ja bereits erklärt, was Altersdiskriminierung bedeutet. Herr Oppermann, ich bin Ihnen ausgesprochen dankbar, dass Sie das Thema hier auf die Agenda gesetzt haben und wir uns darüber unterhalten. Altersdiskriminierung bedeutet nämlich Benachteiligung von Personen aufgrund ihres Lebensalters, das ist hier ja schon erzählt worden. Die Betroffenen werden daran gehindert, in angemessener Weise am Arbeits- und gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Übrigens ist in der europäischen Charta der Menschenrechte ein Verbot von Altersdiskriminierung enthalten.

Die Altersdiskriminierung trifft häufig mit anderen Formen von Diskriminierung zusammen, zum Beispiel richten sich Altersdiskriminierung und Sexismus häufig gegen ältere Frauen, die zum Beispiel als unattraktiv angesehen werden. Eine ganze Industrie lebt von der Angst von Frauen, alt auszusehen. Da gibt es diverse Zeitungen, Cremes und so weiter, das ist ja bekannt. Das ist auch eine Art von Diskriminierung.

Altersdiskriminierung ist auch eine starke soziale Frage, denn diese Art von Diskriminierung trifft nicht alle alten Menschen im gleichen Maße. Reiche und mächtige Männer gelten auch im Alter noch als attraktiv, arme Alte dagegen haben kaum noch eine Chance, etwas gegen ihre Armut zu tun.

Ich möchte heute in meiner Rede über die Altersdiskriminierung drei Bereiche ansprechen. Der erste ist das altengerechte oder barrierefreie Bauen, der zweite umfasst alte Menschen im Arbeitsleben, und der dritte ist das Antidiskriminierungsgesetz, das auch von meinen Vorrednern schon aus verschiedener Sicht beleuchtet worden ist.

Es ist sehr viel im Baubereich passiert. Es gibt eine immer größere Sensibilität für diesen Bereich. Alte Menschen fordern mit Recht Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ein. Hierzu müssen jedoch viele bauliche Altlasten umgebaut werden, ein Beispiel aus meiner Region ist die Bahn nach Vegesack, dort werden alle Haltepunkte umgebaut.

(Abg. Karl Uwe Oppermann [CDU]: Aber nicht nur für ältere Mitbürger!)

In Walle und Burg ist das schon passiert, in Lesum ist das gerade im Bau, als Nächstes werden die Bahnhöfe Oslebshausen und St. Magnus umgebaut. Hier möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass es gerade in Burg und Oslebshausen zu Fahrstuhleinbauten gekommen ist, was sich unserer Meinung nach allerdings nicht bewährt hat. Das sind hohe Unterhaltungskosten, das sind Angsträume, sie sind zwar verglast, aber wer schon einmal mit so einem Fahrstuhl gefahren ist, weiß, wie es in diesen Fahrstühlen riecht. Das ist nicht sehr angenehm, sondern erinnert eher an eine Bahnhofstoilette. Wir sind dafür, dass an den neu anzubauenden Haltepunkten, speziell in Oslebshausen und St. Magnus, zum Beispiel

(A) über Rampen nachgedacht wird, die nicht so anfällig sind wie Aufzüge.

Des Weiteren bin ich der Meinung, dass auch mittelfristig im klassischen Wohnungsbau noch mehr altengerecht gebaut und umgebaut werden kann. Dies wären Schritte, um die Teilhabe alter Menschen am gesellschaftlichen Leben zu sichern und auszubauen. Nicht nur alte Menschen würden davon profitieren, sondern auch eine ganze Anzahl kleiner, wohnungsnaher Handwerksbetriebe. Hierzu wäre zum Beispiel für mich so eine Fachstelle Wohnen bei der Architektenkammer, die es ja schon einmal gegeben hat, denkbar oder auch ein kleines Sonderprogramm beim Senator für Bau, wo man so etwas eventuell auch gezielt fördern kann, also Umbauten in diesem Bereich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Für mich wäre auch vorstellbar, mittelfristig die Bauordnung dahingehend zu ändern, dass zu jedem neu zu bauenden Wohnhaus ein barrierefreier Zugang hergestellt werden muss und das gleich in die Planung aufzunehmen ist.

Alte Menschen im Arbeitsleben, das ist mein nächster Aspekt. Gerade im Arbeitsleben gibt es eine starke Tendenz zur Altersdiskriminierung. Besonders davon betroffen sind die Unterhaltungsindustrie und die Computerbranche. Programmierer und IT-Fachleute finden trotz hoher, hervorragender Qualifikation ab einem Alter von 40 Jahren kaum noch neue Arbeitsstellen. Arbeitsuchende aus der Computerbranche gehören mit 40 Jahren, das muss man sich einmal vorstellen, in die Kategorie schwer vermittelbar. Das ist leider kein Einzelfall.

In der Bundesrepublik beschäftigen, die Zahlen sind hier schon genannt worden, 41 Prozent der Betriebe keine Mitarbeiter, die älter als 41 Jahre sind, und die Erwerbsquote der Fünfundfünfzig- bis Fünfundsechzigjährigen beträgt lediglich 41,2 Prozent, das hat Frau Arnold-Cramer schon einmal gesagt. Diese Fakten empfinden wir Grünen als Alarmzeichen! Es darf daher auf keinen Fall eine Lockerung des Kündigungsschutzes, wie von der CDU und FDP gefordert, geben!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist ein Grund aufzupassen, und ich fordere die SPD auf, darauf ein waches Auge zu haben!

(Zurufe von der SPD)

Stattdessen brauchen wir endlich ein Antidiskriminierungsgesetz. Leider ist das vom Bundestag beschlossene, man muss schon sagen, auch da schon weich gespülte Antidiskriminierungsgesetz am 8. Juni 2005 im Bundesrat mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP in den Vermittlungsausschuss überwiesen worden. Alten Menschen soll das Recht auf Gleichbehandlung ausdrücklich nicht zugestanden werden.

Die EG-Rahmenrichtlinie 2078 verlangt jedoch die Gleichbehandlung alter Menschen von ihren Mitgliedstaaten. Das ist auch schon gesagt worden, in den meisten Mitgliedstaaten ist es schon umgesetzt worden, Niederlande, Belgien, Irland, Schweden und Dänemark haben das bereits gemacht. Es wird auch immer wieder von der CDU und der FDP angeführt, dass dieses Antidiskriminierungsgesetz neue Arbeitsplätze verhindert. Das ist auch Quatsch! Das Gegenteil ist der Fall.

Daher möchte ich Sie, Herr Oppermann, und Ihre gesamte Fraktion bitten, sich doch für ein Antidiskriminierungsgesetz einzusetzen. Sie werden sowieso nicht darum herumkommen, weil die EU uns das vorschreibt.

(Abg. Karl Uwe Oppermann [CDU]: So viel, wie die EU will, aber nicht all das, was Sie wollen!)

Aber auch darin ist die Altersdiskriminierung enthalten, und Sie werden nicht darum herumkommen, auch dies zu beschließen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich fordere Sie auf, endlich die Blockadehaltung zu beenden und sich dafür einzusetzen, dass Alte in dieses Antidiskriminierungsgesetz aufgenommen werden! – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Karl Uwe Oppermann.

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU)\*): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! All das, was Frau Arnold-Cramer über Versicherungswesen und Bankwesen gesagt hat, kann ich nur unterstreichen. Das ist so, das ist eine scheußliche Tatsache. Mit zunehmendem Alter gerät man ja vielleicht auch in diese Situation hinein.

Zu dem Antidiskriminierungsgesetz haben alle Fachleute gesagt, dass das zunächst erst einmal im Bundestag vorgelegte Gesetz weit über das, was die europäische Norm vorschrieb, hinausging und deswegen zu den dargestellten Situationen geführt hätte.

(Abg. Pietrzok [SPD]: Der Bundestag ist ja kein Vollzugsorgan Europas!)

Es geht weit über das hinaus und hätte für die Wirtschaft und die Beschäftigung arge Hindernisse bedeutet, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

(C)

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

(A) Ich habe vorhin sogar im Beispiel geschildert, wo die Europäische Gemeinschaft selbst Zugeständnisse macht, von ihren eigenen vorgelegten Punkten abgeht. Sie lässt eben zu, dass man annonciert, suche junge Bewerber.

> Zu Herrn Tittmann möchte ich nichts sagen, sonst bekomme ich über den Präsidenten wieder einen bösen Brief aus der Bevölkerung, dass ich ihm seine demokratischen Rechte abstreiten würde. Das mache ich nicht mehr.

> Herr Schmidtmann, zum Antidiskriminierungsgesetz habe ich etwas gesagt, das mit dem ÖPNV teile ich alles, aber mit Rampen ist es immer so ein Problem, das ist eine bauliche Sache. Ich glaube, wenn man in Walle auf den Fahrstuhl verzichtet hätte, hätte man mit der Rampe an der Utbremer Post anfangen müssen, und das wäre sicherlich auch nicht vernünftig gewesen.

(Zuruf des Abg. Schmidtmann [Bündnis 90/Die Grünen])

Es gibt eine Modellwohnung, und ich empfehle Ihnen gern, sich diese einmal anzuschauen. Das ist die Komforteinrichtung in Walle/Utbremen in der Nähe des Haferkamps. Dort sind alle alten- und behindertengerechte Wohneinrichtungen und Hilfsmittel ausgestellt. Es ist auch für andere, die sich mit dem Gedanken tragen, einmal zu renovieren, vielleicht sehr empfehlenswert, einmal dorthin zu gehen, wenn man ein gewisses Alter hat.

(B)

Meine Damen und Herren, das Grundgesetz kennt kein ausdrückliches Diskriminierungsverbot wegen des Alters, es legt im Artikel 3 Absatz 1 jedoch generell die Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz als Grundrecht fest. Dennoch gibt es in unserer Gesetzgebung viele Altersgrenzen, und diese fangen schon früh an. Ich zähle Ihnen einmal einige auf: Ende der Wehrpflicht mit 28 Jahren, bei Beamten auf Probe ist mit 30 Jahren Schluss, gehobener Dienst, also Lehrer, 35 Jahre, Bundespräsident darf man erst mit 40 Jahren werden, kein Adoptionsrecht mehr mit 45 Jahren, Verlust der Zulassung als Kassenarzt mit 68 Jahren, Ende der Hebammentätigkeit mit 70 Jahren. Das ist alles gesetzlich festgeschrieben, das sind nur einige der per Gesetz vorgegebenen offiziellen Altersgrenzen.

Ich habe mich einmal mit dem Schleswig-Holsteinischen Altenkongress beschäftigt und da in einem Vortrag eine ganz schlimme Darstellung von alten Menschen gefunden. Da gab es 2002 einen Werbespot, in dem sitzt ein junges Paar vergnüglich unter einer Lampe und verzehrt Bratkartoffeln. Die Lampe beginnt zu flackern, Schnitt. Die junge Frau steht auf, geht mit einem Teller Bratkartoffeln in einen nebengelegenen Schuppen, wo ein alter Mann auf einem Fahrrad sitzt und eine Turbine antreibt, und füttert ihn mit Bratkartoffeln, wieder Schnitt. Das Pärchen

sitzt am Tisch, und die Lampe strahlt. Ich finde, so etwas ist unmöglich, auch als Werbespot, die Firma hat ihn auch zurückgezogen. Das belegt, so kann man mit älteren Menschen nicht umgehen, und das würde heute auch keine Firma mehr wagen, bei der Marktmacht der älteren Mitbürger so etwas zu tun.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Wir haben, auch der Kollege Schmidtmann, ja schon des Öfteren, auch in der letzten Deputationssitzung, nach dem Altenplan gefragt. Da ist uns jetzt wieder gesagt worden, dass es einmal eine Datenwüste geben wird und einmal eine lesbare Version.

(Abg. Pietrzok [SPD]: Von Wüste war nie die Rede!)

Sie kennen doch solche Papiere!

(Abg. Pietrzok [SPD]: Blühende Landschaften! – Senatorin Röpke: Blühende Datenlandschaften!)

Nein, ich sagte: Datenwüste!

Wir müssen ganz bestimmt Vorsorge treffen im Bereich des Wohnens und des Wohnumfelds. Barrierefreiheit, das hat Herr Schmidtmann gesagt, dient nicht nur älteren Menschen, sondern dient Behinderten genauso, den ÖPNV haben Sie angesprochen. Bei der Polizei ist es auch wichtig, dass sie sich gezielt – und ich weiß, sie macht das auch – mit den Sorgen älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger auseinander setzt und deren Sorge ernst nimmt. Da gibt es auch wieder den berühmten Begriff der gefühlten Sicherheit. Dem entsprechen wir durch die KOPs, die Kontaktpolizisten, die für die alten Menschen auf der Straße ansprechbar und greifbar sind, in hervorragender Weise.

(Beifall bei der CDU)

Der Sport wird eine zunehmende Rolle spielen. Wer sich koordiniert bewegt, macht nicht nur etwas für seine physische Gesundheit, sondern trainiert auch seinen Geist. Ich mache seit einigen Jahren Koronarsport, und ich kenne da Beispiele von achtzig- und neunzigjährigen koronaroperierten Männern und Frauen, die geistig sehr rege sind und das darauf zurückführen, dass sie sich seit Jahren koordiniert und unter Anleitung und ärztlicher Überwachung bewegen und etwas für sich tun. Ich glaube, da kommt in der Zukunft auf die Sportvereine noch eine ganz große Aufgabe zu.

Die Hochschulen müssen sich darauf einstellen, dass viele von unseren älteren Mitbürgern etwas nachholen müssen oder wollen, was sie sich in jungen Jahren wegen Familienplanung versagen mussten, nämlich zu studieren, sich weiterzubilden. Werner Steinberg,

(A) Abgeordneter in der letzten Legislaturperiode, war ja ein gutes Beispiel dafür, er ist ja noch zur Universität gegangen. Ich glaube, darauf müssen die Hochschulen und Universitäten sich auch einstellen. Der Altenplan, wenn wir ihn denn hätten, würde sicherlich auf solche Dinge hinweisen und der ganzen Breite des Hauses eine Fülle von Anregungen geben, wo wir politisch tätig werden könnten, um das zu machen.

> Ich hatte schon gesagt, dass wir schon viel tun, auch ehrenamtlich, um die Erfahrungen der älteren Generation auch der jungen Generation zugute kommen zu lassen, und in der Bürgerbeteiligung findet dies ja einen Schatz. Das haben wir im Grunde genommen alles in der Debatte der Stadtbürgerschaft, als wir über die Bürgerstadt Kommune Bremen gesprochen haben, sehr gelobt, und ich muss lobend erwähnen, dass sich das Seniorenbüro bemüht, dieses hat das nämlich auch erkannt, wie wichtig es ist, auch das geistige Potential seiner Teilnehmer zu schulen. Die Folge davon ist auch, dass es Kosten spart, weil die Menschen durch längere Eigenständigkeit eigenständiger leben können, und das spart ganz einfach Kosten, wenn man geistig noch so rege ist, dass man nicht in ein Heim gehen muss oder auf Hilfe verzichten und seine Angelegenheiten noch selbst machen kann. Ich glaube, das ist auch menschlicher und humaner, daran zu arbeiten, dass die Menschen länger eigenständig bleiben können, als in andere Dinge zu investieren.

> Wir haben in Bremen und Bremerhaven genügend Anlaufstellen für ältere Menschen. Die Zahl, so glaube ich, ist ausreichend, und das ist schon ein Stück "Bremer Altenkultur". Das darf man sicherlich einmal so nennen, dass wir auch eine Altenkultur haben. Die Zahlen konnten Sie in der Statistik nachlesen. Eine Zahl möchte ich gern noch nennen: 30 Prozent der Besucherinnen und Besucher sind älter als 80 Jahre. Die meisten leben dann allein, und wenn diese Menschen diese Begegnungsstätten nicht hätten, würden sie sicherlich auch geistig vereinsamen und schneller verelenden. Deswegen, meine Damen und Herren, sind diese Altenbegegnungsstätten ein Pfund für unsere Stadt.

(Beifall bei der CDU, der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Die meisten dieser Begegnungsstätten werden von den Besuchern in Eigenregie gefördert, und ich glaube, das ist auch großen Dank und großes Lob wert.

Bremerhaven ist genauso gut aufgestellt in diesem Bereich. Möglicherweise werden wir durch Kostendruck einige Umstrukturierungen durchführen müssen. Aber der Anteil, den diese Alten- und Bürgerbegegnungsstätten mittlerweile selbst verdienen, nimmt von Jahr zu Jahr zu, und ich glaube, da sind wir auf dem richtigen Weg, dass man da auch fordert. Sie kön-

nen es ja, und es zeigen auch viele Beispiele, dass sie es können.

Zur Pflege hat Frau Arnold-Cramer genug gesagt, das will ich nicht noch einmal wiederholen. Über die Qualität und die Quantität sind wir in vielen Debatten einig gewesen, sie sind in Bremen in hervorragender Weise ausreichend gegeben. Ausreißer gibt es immer.

Ich will zum Arbeitsmarkt die Zahlen noch einmal sagen, weil sie so dramatisch sind. 41 Prozent aller Betriebe beschäftigen keine Mitarbeiter, die älter sind als 41 Jahre. Die Erwerbsquote der älteren Arbeitnehmer, das sind die von 55 bis 64 Jahre, beträgt ebenfalls 41 Prozent, das kann man alles im Fünften Altenbericht der Bundesregierung von 2005 nachlesen. Das passiert trotz Gewerkschaften und Tarifverträgen, meine Damen und Herren! Die Zahlen als Abschluss sollen noch einmal deutlich machen, warum die Altersdiskriminierung im Berufsleben als besonders groß angesehen wird. Dabei ist es eine anerkannte Tatsache, dass gerade altersgemischte Gruppen, die gemeinsam arbeiten, die besten Produktionsergebnisse haben und die besten Arbeitsergebnisse vorlegen können.

Das Thema ist auf der Agenda, und wir dürfen die Augen davor nicht verschließen. Ich möchte Sie noch einmal daran erinnern: Gefühlte Altersdiskriminierung, dass eine ganze Generation das Gefühl bekommen könnte, sie wird diskriminiert wegen ihres Alters, ist das Schlimmste, das wir uns in dieser Gesellschaft erlauben können. Ich danke Ihnen, dass Sie mir zugehört haben – ich bin 61!

(Heiterkeit – Beifall bei der CDU und der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Das Wort hat Frau Senatorin Röpke.

Senatorin Röpke: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Meine Vorrednerinnen und Vorredner haben ja schon sehr viel dazu gesagt, welche Formen von Diskriminierung im Alter wir hier erleben. Es ist Tatsache: Altersdiskriminierung passiert in Bremen und Bremerhaven jeden Tag in unterschiedlichsten Bereichen. Wir erleben das doch auch im Alltag, wenn, wie mir das kürzlich auf dem Weg zur Arbeit morgens passiert ist, mir eine alte Dame völlig aufgelöst entgegenkommt, weil sie gerade von jungen Männern angepöbelt worden ist, die sie gefragt haben, mit welcher Berechtigung sie eigentlich noch lebt, weil sie ja nur auf Kosten der jungen Generation lebe. Dann ist das ein ganz handfester Fall von Altersdiskriminierung!

Das setzt sich fort ins Arbeitsleben, das setzt sich fort über Pflege, Banken und so weiter. Das heißt, wir dürfen vor diesem Problem nicht die Augen verschließen. Da teile ich ganz klar die Auffassung meiner Vor(D)

(A) rednerinnen und Vorredner und finde es auch wichtig, dass wir das Thema hier heute besetzen und miteinander darüber reden, was wir an vielen Stellen noch mehr und noch besser tun können, um Altersdiskriminierung auch aufzugreifen und Altersdiskriminierung zu begegnen.

Ganz wichtig ist natürlich, von vornherein diese Diskriminierung in den Blick zu nehmen, das heißt, es ist die Frage: Wie können wir präventiv handeln? Wie können wir als Senat, oder wer auch immer sich da gefordert fühlt, so handeln, dass Altersdiskriminierung nicht erst auftritt? Das ist die wichtigste Aufgabe, da greife ich das auf, was Herr Oppermann auch gesagt hat: Das ist in der Tat eine Querschnittsaufgabe. Alle Ressorts sind gefordert, das in ihren Bereichen zu überprüfen, sich zu fragen: Wo können wir hier präventiv handeln?

Wir müssen alles daran setzen, dass Bremen und Bremerhaven altenfreundliche Städte werden. Das ist eine Aufgabe gerade auch vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung. Wenn wir uns das noch einmal vor Augen halten, wie sich die Bevölkerungsstruktur, die Zusammensetzung in beiden Städten in den nächsten 20, 30 Jahren verändern wird, dann ist das, denke ich, eine sehr wichtige Fragestellung, die wir immer wieder auch auf die Agenda setzen müssen.

(Beifall bei der SPD)

(B)

Ich teile die Auffassung von Herrn Oppermann, dass wir das Thema natürlich auch in die Köpfe bringen müssen. Es ist eine Frage, wie wir die gesamte Gesellschaft für die Frage älterer Menschen sensibilisieren können. Aber, Herr Oppermann, es wird auch nicht ohne ein Gesetz gehen. Ich bin ganz klar dafür, dass wir ein Antidiskriminierungsgesetz auf den Weg bringen. Nur beides miteinander kann eine wirksame Maßnahme und wirksame Instrumentarien gegen Altersdiskriminierung schaffen.

# (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Ein ganz wichtiger Bereich in diesem Spektrum ist die Öffentlichkeitsarbeit, das ist hier auch schon angesprochen worden. Wir haben hier in Bremen und Bremerhaven da schon eine ganze Menge an Medien vorzuzeigen, wenn ich nur an "Rostfrei" denke oder an Seniorentage, die stattfinden. All das trägt dazu bei, das Thema tatsächlich auch in den Medien, in der Öffentlichkeit zu verankern und alten Menschen klar zu machen: Ihr seid nicht allein, es gibt auch Ansprechpartner, es gibt Verbündete! Da haben wir in Bremen und Bremerhaven gute Anlaufund Beratungsstellen, die zur Verfügung stehen, sei es die Seniorenvertretung in Bremen, der Seniorenbeirat in Bremerhaven oder auch die unabhängige Patientenberatungsstelle oder die Pflegeberatung. All

diese Institutionen haben eine ganz wichtige Funktion.

Wir agieren auch mit ganz konkreten Maßnahmen. Ein Bereich ist schon genannt worden, darauf brauche ich jetzt nicht weiter einzugehen, das ist das barrierefreie Bauen, eine wichtige Aufgabe, wie das Stichwort demographische Entwicklung zeigt. Wir müssen dahin kommen, dass von vornherein möglichst jede neue Wohnung, die entsteht, so geplant wird, dass sie für ältere Menschen oder Menschen mit Behinderung genutzt werden kann. Das ist auch volkswirtschaftlich und fiskalisch absolut sinnvoll.

Wir machen eine sehr dezidierte Förderpolitik für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die älter sind. Es ist hier ja schon anschaulich berichtet worden, dass gerade da, im Feld des Arbeitsalltages und des Arbeitslebens, Diskriminierungen im großen Stil stattfinden, sei es bei Entlassungen oder bei der Frage, ob ältere Menschen überhaupt noch eine Chance haben, eingestellt zu werden. Die Kolleginnen und Kollegen aus der Arbeitsdeputation kennen die sehr ehrgeizigen Projekte, die wir über die Zuschussförderung von Lohnkosten in verschiedenen Bereichen zur Förderung von älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auf den Weg gebracht haben, um für sie Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt zu entwickeln.

Ich darf daran erinnern, dass wir gerade mit dem sehr umfangreichen Beschäftigungspakt für Ältere im Wettbewerb hier in der Stadt Bremen den Zuschlag bekommen haben, den der Bundeswirtschaftsminister ausgeschrieben hat. Das zeigt, dass wir doch einiges an konkreten Maßnahmen vorweisen können. Das ist aber natürlich keine ausreichende Antwort auf das, was Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die über 40 Jahre sind, jeden Tag erleben müssen.

Es machen sich auch etliche Betriebe auf den Weg, was ich sehr begrüße. Bei denen ist angekommen, dass sie in den nächsten Jahren ein Fachkräfteproblem haben werden, wenn sie sich nicht um die Strategie kümmern: Wie halte ich qualifizierte ältere Arbeitnehmer im Betrieb, wie kann ich ihnen eine Situation schaffen, in der sie stressfreier, altersangemessen – Arbeitsund Gesundheitsschutz ist da ein ganz wichtiges Thema – im Betrieb eine positive Rolle spielen? Dass sie Kompetenzen haben, die jüngere Kolleginnen und Kollegen nicht haben, ist sicherlich hier im Hause unbestritten.

Dazu gehört für mich auch, wenn wir bei der Situation der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind, dezidiert die Frage des Kündigungsschutzes. Es muss eine positive Regelung geben: Wir müssen diese Kündigungsschutzregeln erhalten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Maßnahmen gegen Gewalt in der Pflege spielen eine ganz wichtige Rolle. Wir haben dezidierte Projekte, die wir unterstützen, um diesen sehr schwie-

(A) rigen Bereich aufzugreifen. Es gibt Informations- und Koordinationsstellen, es gibt Notruftelefone. Das ist ein sehr sensibler Bereich, den wir ständig über Heimaufsicht, aber auch über die Heimbeiräte in den Blick nehmen müssen. Wir haben die Begegnungsstättenstruktur: 34 in Bremen, sechs in Bremerhaven. Herr Oppermann hat das eben gerade gesagt, sie haben eine sehr wichtige Funktion, um ältere Menschen aus der Isolation zu holen, ihnen die Möglichkeit zu geben, mit anderen zusammenzukommen, soziale Kontakte zu pflegen und hier auch die Möglichkeit zu haben, sich selbst in das gesellschaftliche Leben unserer Stadt einzubringen.

Wir werden sicherlich, das haben wir ja schon in der Deputation angekündigt, zu Veränderungen in der Stadt Bremen kommen müssen, was die Begegnungsstätten betrifft. Nicht jede Begegnungsstätte ist so, wie sie zurzeit arbeitet, gut angenommen. Da müssen wir auch zu besseren Strukturen kommen. Wir brauchen sie aber weiterhin, und wir brauchen vor allen Dingen Menschen, die sich ehrenamtlich einbringen. An dieser Stelle möchte ich auch den ehrenamtlichen Menschen, die älter sind, die viel Potential in unserer Stadt an verschiedenen Stellen einbringen, danken. Sie sind unverzichtbar.

(Beifall bei der SPD)

Viele junge Menschen profitieren davon, wenn äl-(B) tere Menschen zum Beispiel in Kindergärten oder in Schulen vorlesen. Da passiert ganz viel, und das möchte ich noch weiter fördern.

> (Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der Altenplan ist angesprochen worden, Herr Oppermann, die blühende Datenlandschaft wird Sie in der nächsten Deputationssitzung erreichen, aber auch die Kurzfassung. Wir haben angekündigt, dass wir einen offenen Diskurs in der Stadt über die künftige Altenhilfepolitik führen wollen. Das ist für mich eine gute Gelegenheit, in diesen Diskussionen, die wir dann in der Stadt führen, Anregungen aufzugreifen, wie man der Frage Altersdiskriminierung vielleicht auch mit ganz konkreten Projekten oder mit konkreten Ideen an vielen Stellen begegnen kann. Ich denke, diese Möglichkeiten sollten wir gemeinsam nutzen. – Danke schön!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 16/732, auf die Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD Kenntnis.

# Gesetz zur Änderung des Privatschulgesetzes und des Bremischen Schulgesetzes

Mitteilung des Senats vom 28. Juni 2005 (Drucksache 16/676)

Dazu

# Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 13. September 2005

(Drucksache 16/749)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Lemke.

Gemäß Paragraph 34 Absatz 1 der Geschäftsordnung findet in der ersten Lesung zunächst eine allgemeine Besprechung statt. Ihr folgt in der Regel die Einzelberatung. Ich schlage Ihnen jedoch vor, dass wir den Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU, Drucksache 16/749, mit in die allgemeine Aussprache einbeziehen.

Ich sehe keinen Widerspruch, dann werden wir entsprechend verfahren.

Die Aussprache ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Allers.

Abg. Frau Allers (CDU)\*): Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrte Frau Präsidentin! Uns liegt hier heute ein Gesetzentwurf vor, der sich mit der Änderung des Privatschulgesetzes und des Bremischen Schulgesetzes befasst, mit dem die International School Bremen als Ersatzschule anerkannt werden soll. Die ISB hat im September 1998 ihre Arbeit unter der Trägerschaft des Vereins Union von 1801 – er ist einer der ältesten kaufmännischen Vereine des Landes Bremen – mit der Aufgabenstellung, die Bildung und Kommunikation im Lande Bremen zu verbessern, aufgenommen.

Begonnen hat die ISB mit einer Jahrgangsstufe im Primarbereich 1998 und ist bis heute bis zur elften Klasse gewachsen. Es werden derzeit an der Schule 120 Kinder vom Vorschulalter bis zur elften Klasse beschult. Im kommenden Jahr, im Schuljahr 2006/2007, wird das erste Mal eine zwölfte Klasse einen Abschluss ablegen, der mit dem unsrigen Abitur vergleichbar ist.

Kleine Klassen, hoch qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer und ein verlässlicher Unterricht bilden hier einen exzellenten Ausbildungsstandard. Unterrichtet werden Fächer und Fertigkeiten einschließlich eines qualifizierten Musik- und Sportunterrichts, die an anderen deutschen Schulen auch unterrichtet werden. Wir haben uns davon am Montag mit einigen Kollegen der Bildungsdeputation der Fraktion überzeugen können. Die Unterrichtssprache ist Englisch.

(D)

<sup>\*)</sup> Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) Es können aber auch deutsche Kinder an dieser Schule am Unterricht teilnehmen, wenn die Eltern in international ausgerichteten Firmen arbeiten oder die Kinder schon einmal im Ausland eine Schule besucht haben.

In der Bürgerschaftssitzung im Mai dieses Jahres haben wir einen ersten Schritt unternommen, indem wir die ISB als anerkannte Ergänzungsschule in das Privatschulgesetz aufgenommen haben. Das war nötig, damit die Kinder an dieser Schule auch ihrer Schulpflicht nachkommen können. Bislang musste die Fachaufsicht immer für jeden Einzelfall das Kind von der Schulpflicht befreien.

Mit der Anerkennung der ISB als Ersatzschule stehen ihr natürlich auch die im Privatschulgesetz verankerten Zuschüsse zu. Wir sind verfassungsrechtlich dazu verpflichtet, dass Schulen in freier Trägerschaft genauso mit Personal und Sachmitteln ausgestattet sind wie öffentliche Schulen. Ich möchte auch gleich dem Einwand vorgreifen, dass diese Schule im Speziellen dann auch nicht besser gestellt sein wird als eine öffentliche Schule. Neben den Rechten übernimmt auch die ISB dann Pflichten wie andere öffentliche Schulen.

Meine Damen und Herren, Sie erinnern sich vielleicht noch an die Debatte, die wir im Dezember 2003 zwar nicht in diesem Hause, sondern im Rathaus in diesem Gremium geführt haben. Damals haben wir neben der schrittweisen Anhebung der Zuschüsse für Schulen in freier Trägerschaft auf den Bundesdurchschnitt auch einige Bedingungen in das Gesetz geschrieben, die Schulen in freier Trägerschaft genauso wie öffentliche Schulen auch übernehmen müssen. Die damals drohende Schließung der Edith-Stein-Schule in Bremerhaven ist vielleicht auch noch ein sehr eindrucksvolles Warnsignal dafür, wie wichtig es ist, zum Beispiel verlässliche Beschulung bis zum Ende eines Bildungsganges zu gewährleisten, um jetzt einmal nur eine der vier Bedingungen, die wir damals in das Privatschulgesetz aufgenommen haben, zu erwähnen.

(B)

Zum anderen sind Schulen in freier Trägerschaft Ersatz- und Ergänzungseinrichtungen, die mit Sicherheit zur notwendigen Vielfalt in unserer Bildungslandschaft gehören. Vielfältige Schulangebote fördern einen gesunden Austausch, eine gesunde Konkurrenz zwischen staatlichen und freien Trägern und dienen damit letztendlich auch zur Verbesserung der Qualität unseres bremischen Schulwesens. Die International School ist im System und in der Sprache im Angloamerikanischen verhaftet und leistet gerade im Zeitalter der Globalisierung, die in der heutigen Zeit eine zunehmende Bedeutung hat, einen solchen bereichernden Beitrag.

Nicht zuletzt ist die Existenz einer solchen Schule, einer anerkannten Ersatzschule, im Land Bremen ein wichtiger Standortfaktor für das Bundesland Bre-

men. Als Beispiel will ich hier nur einmal nennen: An der Schule werden derzeit Kinder aus 30 Nationen unterrichtet. Seit der Ansiedlung von Kia-Motors in Bremen-Nord auf dem ehemaligen Vulkan-Gelände ist die größte Gruppe dieser Kinder Koreaner. In vielen Familien wird natürlich auch der berufliche Wechsel einer Familie vor dem Hintergrund entschieden, welche Schulqualitäten vor Ort vorhanden sind.

Der Direktor der ISB hat uns am Montag noch mitgeteilt, dass derzeit pro Woche immer zirka fünf Anfragen nach der Schule gestellt werden, nebenbei bemerkt, trotz eines Schulgeldes von 700 Euro pro Monat, das an der Schule bezahlt wird. Nur einmal für den Hinterkopf zum Vergleich: Am Ökumenischen Gymnasium werden derzeit 250 Euro pro Monat gezahlt, an der Edith-Stein-Schule in Bremerhaven gab es bis vor kurzem gar kein Schulgeld. Erst auf freiwilliger Basis der Eltern werden seit August 2003 dort im Grundschulbereich 12,50 Euro und im Sekundarschulbereich 125 Euro bezahlt. Man darf natürlich auch nicht vergessen, die Eltern der Kinder, die auf die International School Bremen gehen, sind auch Steuerzahler im Lande Bremen.

Um es jetzt kurz zu machen: Wir als CDU-Fraktion sind davon überzeugt, dass die International School nicht nur ein wichtiges und gutes Aushängeschild für den Standort Bremen ist, sondern dass sie auch eine sehr wichtige und hervorragende Bereicherung für die hiesige Schullandschaft darstellt. Ich hoffe, dass deshalb alle Abgeordneten dem hier vorliegenden Gesetzentwurf und auch dem vorliegenden Änderungsantrag, der sich im Prinzip nur mit einer Präzisierung der Bezugnahme auf das Privatschulgesetz befasst, zustimmen können und auch werden. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Stahmann.

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen)\*): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch die grüne Bürgerschaftsfraktion wird dem Antrag zur Änderung des Privatschulgesetzes und des Schulgesetzes, der hier heute vorliegt und debattiert wird, zustimmen.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle noch einmal einen Ausflug zum Thema freie Schulen und Privatschulen im Lande Bremen! Wir Parlamentarier, und zwar die Bildungsdeputierten und die Fraktionsvorsitzenden hier aus dem Haus, sind am Montag von der Landesarbeitsgemeinschaft freier Schulen im Lande Bremen eingeladen worden. Es war ein sehr interessanter Abend. Der Bildungssenator war wegen eines anderweitigen Termins leider verhindert. Beim Grußwort habe ich als Sprecherin der Bildungsde-

<sup>\*)</sup> Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) putation die freien Schulen gebeten, an dem Abend auch relativ offen darüber zu reden, wo sie der Schuh drückt.

> Ich glaube, an den Tischen gab es an dem Abend sehr angeregte Gespräche und auch sehr offene Gespräche darüber, wie sich die Situation derzeit an den freien Schulen im Land Bremen darstellt. Es sind recht unterschiedliche Schulen. Wir haben die Tobias-Schule, wir haben die Waldorf-Schulen an der Touler Straße und in Sebaldsbrück. Wir haben die Freie Bekenntnisschule, wir haben die Privatschule Mentor, wir haben den Katholischen Gemeindeverband in Bremen und auch die Stiftung "Katholische Schulen Hildesheim", die sich für die katholische Schule in Bremerhaven engagiert. Wir haben das Ökumenische Gymnasium in Bremen und St.-Johannis-Schule. Es ist eine bunte Palette – das wollte ich damit deutlich machen - an freien Schulen im Land Bremen, die den Eltern und auch den Schülerinnen und Schülern ein breites Angebot liefern.

> Wir haben an dem Abend gelernt, dass es bei den Schulen doppelt so viele Nachfragen wie Plätze gibt und dass die Schulen gerade deswegen beliebt sind, weil es eben auch ein längeres gemeinsames Lernen von Klasse eins bis zehn oder auch noch darüber hinaus geben kann.

> Ich möchte darauf hinweisen, und da melde ich einfach auch noch einen Debattenbedarf an, dass die Tobias-Schule berichtet hat, dass es starke Probleme mit Niedersachsen in der Form gibt, dass die Kosten für die niedersächsischen Kinder nicht mehr übernommen werden. Das, finde ich, ist noch einmal ein Punkt wir haben ja schon einmal darüber debattiert, ob es denkbar ist, mit dem Land Niedersachsen einen Kooperationsvertrag bei der Betreuung von unter Dreijährigen abzuschließen -, über den man eigentlich noch einmal mit Niedersachsen sprechen müsste. Können von Niedersachsen nicht die Kosten für die Beschulung von behinderten Kindern übernommen werden? Sie wohnen teilweise recht nah an der Stadtgrenze von Bremen und müssten sonst zu weit entfernten Schulen fahren.

> Die Schule hat dadurch auch starke wirtschaftliche Probleme bekommen. Sie ist eine sehr anerkannte und auch beliebte Schule. Dort ist es zu starken Einnahmeausfällen gekommen. Darauf wollte ich an dieser Stelle aufmerksam machen.

Wir finden, dass die Tobias-Schule eine gute Arbeit leistet und dass wir als Bremische Bürgerschaft und auch als Bildungspolitiker – ich habe auch darauf hingewiesen, Herr Senator, dass wir nicht viel Geld haben – guten Willens sind, Strukturen zu verändern und zu schauen, wo es bei Privatschulen zu Verbesserungen kommen kann. Mir sind an dem Abend einige Bereiche genannt worden, und ich erhoffe mir bei diesem jetzt eröffneten Dialog mit den freien Schulen, dass wir dieses Thema noch einmal auf die Ta-

gesordnung der Bildungsdeputation setzen. – Dan- (C) ke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Bevor ich die nächste Rednerin aufrufe, möchte ich Ihnen mitteilen, dass wir die Debatte jetzt nicht unterbrechen, sondern zu Ende führen und die Mittagspause dann entsprechend verlängern.

Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Hövelmann.

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD)\*): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich mache es ganz kurz. Frau Allers hat den Inhalt der heutigen Debatte gut geschildert, und Frau Stahmann hat die Gelegenheit genutzt, um auch noch einmal auf die Privatschulen insgesamt hinzuweisen. Das fand ich alles richtig. Deshalb habe ich zuerst gedacht, ich melde mich gar nicht.

Nur einen Satz gestatten Sie mir: Wir können prüfen, wie die Kostenstrukturen sind. Ich bin aber ausdrücklich nicht bereit, für niedersächsische Schülerinnen und Schüler zu bezahlen, wenn wir hier dafür in Bremen möglicherweise dann Unterricht kürzen müssen et cetera. Das war mir sehr wichtig, das hier zu sagen! Da ist Niedersachsen gefordert, und die Kosten müssen da erhoben werden, wo sie anfallen. – Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Das Wort erhält Herr Senator Lemke.

Senator Lemke: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte nur zwei ganz kurze Bemerkungen machen: Es ist völlig richtig, das, was Frau Allers hier geschildert hat, ist in der Tat so, das ist eine Schule, die von den Menschen aufgesucht wird, die aufgrund kurzfristiger beruflicher Tätigkeiten – manchmal sind es auch mittelfristige Tätigkeiten – dringend eine derartige Schule benötigen, die von ihren Konzernen rund um die Welt geschickt werden. Wenn wir dieses Angebot nicht haben, dann schwächen wir unseren Standort. Das ist eher eine wirtschaftspolitische Maßnahme als eine pädagogische. Von daher bin ich Ihnen sehr dankbar, dass die Fraktionen des Hauses das genauso sehen.

Bei der Tobias-Schule wissen wir, welche hervorragende Arbeit sie macht. Wir stehen natürlich auch mit ihr im Dialog über ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten, aber, Frau Hövelmann hat darauf eben hingewiesen, wir wissen nicht, wie wir mit unserem Etat klarkommen. Diese Schülerinnen und Schüler brauchen eine besondere Betreuung, einen besonderen

<sup>\*)</sup> Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) Unterricht, der wesentlich kostenintensiver als der Unterricht in allgemein bildenden Schulen ist. Wir haben aber dieses Problem erkannt und arbeiten daran.

Die letzte kurze Bemerkung: Frau Allers, es ist mir eben aufgefallen, als Sie voller Begeisterung, so habe ich es empfunden, über 30 Nationen in dieser internationalen Schule in Bremen berichtet haben. Ich fand es deshalb schön, weil ich immer, wenn ich in anderen Stadtteilen bin, höre, unter welcher Belastung diese Schulen zu leiden haben, wenn ich höre, wir haben 24 verschiedene Nationen, wir haben 40 verschiedene Nationen in den Schulen, und es wird als Belastung empfunden.

Nein, meine Damen und Herren, es ist wichtig, dass wir es als Bereicherung erfahren, dass wir viele Kinder aus unterschiedlichen Kulturen, Religionen und unterschiedlichen Sprachen haben!

(Zuruf der Abg. Frau Allers [CDU])

Deshalb fand ich es so positiv. Ich wollte nur auf den Widerspruch hinweisen. Wenn wir mit Schulen, mit Elternvertretungen, mit Schulleitungen reden, erfahre ich das immer als eine Belastung. Ich würde mich freuen, wenn wir öfter darüber so diskutieren würden, wie es in Ihrem Beitrag klang, dass wir es auch als Bereicherung ansehen, denn so haben Sie es, glaube ich, gemeint.

(B) (Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die allgemeine Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Gemäß Paragraph 51 Absatz 7 unserer Geschäftsordnung lasse ich zuerst über den Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU, Drucksache 16/749, abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU mit der Drucksachen-Nummer 16/749 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

# (Einstimmig)

Jetzt lasse ich über das Gesetz zur Änderung des Privatschulgesetzes und des Bremischen Schulgesetzes, Drucksache 16/676, in erster Lesung abstimmen.

Wer das Gesetz zur Änderung des Privatschulgesetzes und des Bremischen Schulgesetzes mit der Drucksachen-Nummer 16/676 unter Berücksichtigung der soeben vorgenommenen Änderung in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

#### (Einstimmig)

Ich unterbreche nun die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) bis 14.35 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung 13.03 Uhr)



Vizepräsident Ravens eröffnet die Sitzung wieder um 14.34 Uhr.

**Vizepräsident Ravens:** Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

# Bundes- und Landesanteil an der finanziellen Existenzgründungsförderung

(D)

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 5. Juli 2005 (Drucksache 16/679)

Dazu

# Mitteilung des Senats vom 16. August 2005

(Drucksache 16/725)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Röpke.

(Zuruf)

Dann brauche ich auch nicht zu fragen, ob sie die Antwort mündlich wiederholen möchte, das ist wohl nicht der Fall. Wir treten in eine Aussprache ein.

Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Schön.

Abg. Frau **Schön** (Bündnis 90/Die Grünen)\*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Senatorin ist ja leider noch nicht da, aber vielleicht kommt sie ja noch. Wir haben diese Große Anfrage "Bundesund Landesmittel an der finanziellen Existenzgründungsförderung" gestellt, weil ein Weg aus der Arbeitslosigkeit auch ein Weg in die Existenzgründung sein kann, wohlgemerkt ein Weg, nicht der Ausweg aus der Arbeitslosigkeit. Dazu gehört dann aber, dass

<sup>\*)</sup> Von der Rednerin nicht überprüft.

 (A) die Arbeitslosen auf dem Weg in die Selbständigkeit auch unterstützt werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bei unserer Großen Anfrage ging es darum, auch dargelegt zu bekommen, wie groß denn die finanzielle Unterstützung von Bremer Existenzgründern und Existenzgründerinnen aus dem Land Bremen und aus dem Bund ist. Die Antwort ist an dieser Stelle erstaunlich und bemerkenswert, fast 97 Prozent der Startups werden mit Bundesmitteln unterstützt und nur drei Prozent mit Bremer Mitteln. Die Standorte Bremen und Bremerhaven wären ohne Bundesmittel ein ganz schlechtes Pflaster für Existenzgründer.

Eine herausragende Rolle spielt die Bundesagentur für Arbeit. Sie hat in den Jahren 2003 und 2004 knapp 4400 Personen über die Ich-AG und das Überbrückungsgeld den Eintritt in die Selbständigkeit ermöglicht. Sie hat damit Bremer und Bremerhavener Existenzgründern insgesamt 32 Millionen Euro an Zuschüssen zur Verfügung gestellt. Damit ist viel Geld nach Bremen geflossen. Das ist eine enorme Unterstützungsleistung für Bremer und Bremerhavener Arbeitslose gewesen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Nun wird über die Effektivität und Nachhaltigkeit dieses Instruments viel polemisiert. Die CDU würde auf Bundesebene dieses Instrument am liebsten wieder abschaffen, von der FDP hört man da Ähnliches und von diversen Wirtschaftsverbänden ebenfalls. Auch der Senat traut sich offensichtlich keine Aussage über die Effektivität dieses Instruments zu, aber das sehen die wissenschaftlichen Institute an dieser Stelle ganz anders. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sowie das Institut für Mittelstandsforschung, beides keine Institute, denen man unterstellen könnte, dass sie den Grünen besonders nahe stehen, kommen in ihren aktuellen Studien zu dem Ergebnis, dass 79 Prozent der Ich-AGs nach einem Jahr noch am Markt sind. Eine Beendigung der Förderung bedeutet nicht, dass sie erfolglos waren, sondern es ist teilweise auch so, dass sie wieder in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung übergehen oder zu erfolgreich waren und deswegen kein Geld mehr bekommen. Ein Scheitern, wurde festgestellt, ist selten mit Verschuldungsproblemen verbunden. Die Gründungen finden auf einem hohen Niveau statt, und es gibt eine hohe Frauenquote dabei. Das sind die Ergebnisse dieser beiden Institute, also die wissenschaftliche Auswertung sagt, die Ich-AGs sind bisher erfolgreich.

Wenn am Ende nach einer längeren Zeit herauskommt, dass nur 50 Prozent der Gründungen überleben, dann kann man sagen, dass die Existenzgründungszuschüsse der Bundesagentur für Arbeit zu den erfolgreichsten Arbeitsmarktprogrammen überhaupt gehören. Nun kann ich die Kolleginnen und Kollegen der CDU nicht verstehen – hier in Bremen weiß man es nicht so genau, aber auf der Bundesebene haben sie es ja immer wieder verkündet, und auch die FDP macht das ja auf der Bundesebene –, dass immer wieder dagegen polemisiert wird. Wir sind der Meinung, dass die Ich-AGs keine Nettigkeiten für Arbeitslose sind, sondern dass sie in Wirklichkeit knallharte Wirtschaftsförderung sind. Sie sind eine Wirtschaftsförderung für Kleinstunternehmen, die wir in Bremen auch dringend brauchen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vielleicht sind Sie vor Ort ja anderer Meinung, das werden wir dann ja gleich sehen, aber wir würden uns freuen, wenn die große Koalition in Bremen jetzt ihren Einfluss auf der Bundesebene einbringen würde, dass die Ich-AGs da erhalten bleiben werden. Es war die letzte Bundesregierung unter Rotgrün, die im Rahmen der Hartz-Gesetze die Ich-AG geschaffen hat. 4400 Arbeitslose haben sich selbständig gemacht, 32 Millionen Euro sind nach Bremen geflossen. Das ist gut angelegtes Geld für Bremen und Bremerhaven gewesen und für die Menschen hier im Lande Bremen, die arbeitslos sind.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich komme jetzt zur Bremer Förderung! Ich glaube, es ist in diesem Haus völlig unstreitig, dass wir mehr Selbständige brauchen. Wir haben eine Selbständigenquote von 8,6 Prozent, das ist die zweitschlechteste in den westdeutschen Ländern, Hamburg ist bei knapp 13 Prozent, also um ein Drittel höher, das sind ganz andere Zahlen. Bremen ist ein Bundesland, das immer noch überdurchschnittlich von Unternehmen ab 100 Beschäftigen geprägt ist, das heißt, wir haben bei den Landesprogrammen offensichtlich einen Reformbedarf.

Wenn 97 Prozent der Existenzgründungen vom Bund gefördert werden und nur drei Prozent aus Bremen, ist das ein schlechtes Zeichen. Die Landesprogramme in Bremen fördern auch hauptsächlich Männer, Frauen und Migranten werden benachteiligt. Wir haben eine Frauenquote, die zwischen 20 und 30 Prozent liegt, das ist in anderen Großstädten wie Hamburg und Berlin ganz anders. Sie haben da Frauenförderquoten von 50 Prozent, und das, würde ich meinen, sollten wir hier in Bremen auch erreichen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Abgesehen davon können wir es uns nicht leisten, dass wir das wirtschaftliche Potential ganzer Bevöl(D)

(A) kerungsgruppen hier ausgrenzen, und wir können es uns auch nicht leisten, dass wir darauf verzichten. Nur der Starthilfefonds macht da eigentlich eine gute Ausnahme, ansonsten gibt es ganz geringe Förderquoten bei Frauen.

Ich möchte hier an dieser Stelle festhalten, der Bremer Senat fördert nur wenig Existenzen im Gegensatz zum Bund. Sie grenzen bei Ihrer Förderung ganze Personengruppen aus. Eine Abschaffung oder eine Begrenzung der Ich-AGs würde unmittelbar zu einer deutlichen Verringerung der Selbständigenquote im Lande Bremen führen. Deswegen brauchen wir den Erhalt der Ich-AG. Die Ich-AGs sind knallharte Wirtschaftsförderungen, und die ehemalige rotgrüne Bundesregierung hat da ein ganz wichtiges Instrument für diese Republik und auch für Bremen geschaffen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es bleibt festzustellen, dass die große Koalition hier in Bremen wenig tut, um die Selbständigenquote zu erhöhen. Das können wir uns in Anbetracht der Arbeitslosigkeit hier nicht leisten. Es wäre für Bremen hilfreich, wenn Sie sich nicht nur um Hotelneubauten kümmern würden und nicht nur auf Großunternehmen schauen würden, sondern wenn Sie die marktwirtschaftlichen Potentiale der Menschen in diesem Bundesland mehr zur Kenntnis nehmen und sich darum kümmern würden! Hier wird viel Kompetenz verschenkt, und das können wir uns hier in diesem Bundesland nicht leisten. Wir hoffen, dass Sie da einen deutlichen Schwenk machen werden. – Herzlichen Dank!

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsident Ravens:** Nächster Redner ist der Abgeordnete Liess.

Abg. Liess (SPD)\*): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich finde es erfreulich, dass wir zur Abwechslung einmal nicht über wirtschaftliche Großprojekte reden, sondern dass wir hier über Existenzgründungen reden. Dies ist ja umso wertvoller, als wir alle wissen, dass der Strukturwandel, den wir in Bremen und Bremerhaven vorantreiben müssen, um insgesamt wettbewerbsfähig zu sein, gerade von Existenzgründern betrieben wird, die einen wesentlichen Anteil daran haben. Insofern handelt es sich hier um eine Programmstruktur, die auch in Bremen aufgelegt worden ist, die in der Darstellung, wie wir sie hier finden, nur nicht ganz vollständig ist. Die Bremer Existenzgründungsinitiative ist ja zum Beispiel nicht darin enthalten, das liegt aber nun natürlich auch an den Fragestellungen. Von daher

kann ich die Einschätzung, sehr geschätzte Frau Kollegin Schön, nicht teilen, dass wir hier nun nichts oder nicht ausreichend etwas für die Existenzgründung tun würden.

(Beifall bei der SPD)

Dass wir immer mehr tun können, ist klar.

Ich möchte mich dem Thema an zwei Punkten noch einmal nähern. Für mich ist wichtig, dass wir diese Programme, die wir haben, auch qualitativ bewerten. Der eine Punkt, den ich eben genannt habe, ist die Frage des Strukturwandels. Der andere Punkt ist der, dass wir hier einen wesentlichen Beitrag dazu leisten können, die Klein- und Kleinstunternehmen in Bremen zu stärken. Deswegen sind mir auch die Ich-AGs sehr wertvoll, und ich halte es auch nach wie vor für einen richtigen Ansatz, wenn wir alles daran setzen, die Ich-AGs weiter fortzusetzen, denn sie schaffen für die Betroffenen Lebensperspektive. Das, denke ich, ist ganz wesentlich, dass so etwas gemacht wird, insbesondere, dass Menschen, die arbeitslos gewesen sind, selbst die Initiative ergreifen können und dabei unterstützt werden, in die Eigenständigkeit zu gehen und damit auch für ihr eigenes Selbstwertgefühl eine ganze Menge zu schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte mich den in der Großen Anfrage benannten Instrumenten kurz nähern und will zu einigen kurze Anmerkungen machen, die durchaus auch kritischer Natur sind. Wir können sicherlich feststellen, dass der Starthilfefonds ein richtiger Erfolg ist. Ich finde es umso bemerkenswerter, als wir in anderen Teilen im Rahmen der Wirtschaftsförderung darüber reden, ob wir Darlehensvergaben machen oder nur noch Zuschüsse gewähren, dass wir feststellen können, dieser Fonds, der auf Darlehensbasis arbeitet, hat nur sechs Prozent Verlust. Das heißt, nur sechs Prozent der Gelder, die eingesetzt werden, kommen nicht wieder zurück. Das heißt, das Darlehen ist eine Chance und ist ein Mittel von Wirtschaftsförderung.

Zweiter Punkt: Bei der Bremer Unternehmensbeteiligungsgesellschaft ist mir etwas aufgefallen, und es hat mich doch etwas irritiert. Das Programm ist insgesamt erfolgreich, 22 Firmen sind gegründet worden, 680 Arbeitsplätze, das zeigt auch, dass es sich hier um größere Gründungen oder Unterstützungen handelt, aber irgendwie kommt es mir doch merkwürdig vor, wenn im Jahr 2004 überhaupt keine Unterstützungen gewährt werden mit der Begründung, man sei in einer Phase der Umstrukturierung und könne deshalb keine Gelder ausgeben. Ich glaube, dass dies ein Fehler gewesen ist. Mittlerweile gibt es ja den Unternehmerkredit, der verbilligte Zinskonditionen ermöglichen soll. Wir werden sehen, ob das ein sinnvolles Instrument ist, aber ich glaube, wir dürfen Instrumente, die wir haben, nicht einfach für

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

 (A) ein Jahr aussetzen in der Hoffnung, der Markt wird es schon regeln. Ich glaube, dass dies nicht geht.

# (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Hinsichtlich der Ich-AGs hat Frau Kollegin Schön sehr richtig ausgeführt, was auch unsere Einschätzung ist, ich muss aber vielleicht auch hinzufügen, es ist ja nach wie vor etwas umstritten, wie sich die Situation insgesamt tatsächlich darstellt und wie das zu bewerten ist. Die Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung und die BA in Düsseldorf haben gemeinsam ein Gutachten herausgegeben und natürlich auch auf die Probleme hingewiesen, die es insgesamt gibt. Da gibt es eigentlich zwei richtige Probleme.

Erstens: Diese Ich-AGs haben niedrige Geschäftsergebnisse. Das heißt, wenn sie starten, ist das, was sie dann machen, womit sie Gelder erwirtschaften wollen, gering. Es ist so gering, dass sie nur ungefähr 60 Prozent ihres Lebensunterhalts aus dieser eigenen Tätigkeit erwirtschaften können. Das macht die Sache im Augenblick noch etwas problematisch, wobei man eines klar sagen muss: Offensichtlich ist das auch das Problem von Gründern überhaupt, nämlich die Frage der niedrigen Umsatzvolumina, und damit wird deutlich, es geht um das Problem der Markterschließung. Das heißt, die neuen, kleinen Unternehmen kommen nicht richtig an den Markt. Die Frage ist, die müssen wir uns hier, glaube ich, auch stellen, ob wir unsere Förderprogramme nicht auch einmal daraufhin überprüfen müssen, in welcher Weise wir in der Lage sind, eine Markterschließung für Neugründungen zu begleiten.

# (Beifall bei der SPD)

Es ist genannt worden die herausragende Rolle der Bundesförderung, der Bundesagentur für Arbeit, das ist schon gesagt worden, das will ich nicht wiederholen. Ich möchte noch drei Punkte benennen, die mir wesentlich sind: Erstens, der unterdurchschnittliche Frauenanteil, den wir in Bremen insgesamt haben, darauf ist schon hingewiesen worden. Die Frage wird sein, ob wir hier ein eigenes Förderprogramm brauchen oder ob wir nicht eine andere Form der Unterstützung und Begleitung brauchen, wie ich überhaupt glaube, dass wir mehr ein Schwergewicht darauf legen müssen, Existenzgründer etwas stärker und etwas länger zu begleiten und nicht nur den Prozess einzuleiten, sondern dafür zu sorgen, dass sie auch über einen längeren Zeitraum begleitet und unterstützt werden.

# (Beifall bei der SPD)

Dann wird zum Bereich der Migranten vom Senat gesagt, er sieht die Aufgabe beim Starthilfefonds und

bei der Agentur für Arbeit. Das wird aber nicht begründet. Mir ist irgendwie nicht klar, warum ausgerechnet diese Bevölkerungsgruppe nur für diese Möglichkeiten vorgesehen sein soll, das würde ich nun nicht unbedingt als Ausgrenzung bezeichnen, wie das eben geschehen ist, aber es ist zumindest fragwürdig, für diesen Kreis von vornherein zu sagen, es kämen nur diese Fördermöglichkeiten in Betracht. Ich glaube, das ist nicht der richtige Weg. Ich finde, der Senat wäre gut beraten, noch einmal darüber nachzudenken.

# (Beifall bei der SPD)

Schließlich zur Lage in Bremerhaven: Das ist, wenn man sich die Zahlen anschaut in der Beantwortung der Kleinen Anfrage, eigentlich ein erschreckendes Bild, denn wir müssen feststellen, dass das Angebot, das wir haben, offensichtlich die potentiellen Gründer in Bremerhaven nicht erreicht. Ich glaube, hier haben wir ein Problem. Vielleicht haben wir auch ein Problem mit der Kultur der Selbständigkeit, wie das immer so schön genannt wird, das mag auch sein, aber ich glaube, wir haben das besondere Problem in Bremerhaven, dass wir anders als in Bremen dort deutlicher machen müssen, welche Möglichkeiten der Existenzgründungen es gibt und dass wir vielleicht klarere Strukturen brauchen, wie solche Existenzgründungen betrieben werden können. Selbst wenn wir B.E.G.IN haben, ein sehr erfolgreiches Projekt, ist es für viele immer noch relativ undurchsichtig. Mir scheint es wichtig, dass wir für Bremerhaven darüber nachdenken müssen, ob wir dort nicht noch verstärkt andere Anreize geben müssen.

Grundsätzlich möchte ich sagen, auch dieser Bericht zeigt, wir haben Gründungen, wir machen Gründungen in Bremen. Wir sind ganz offensichtlich auch darauf angewiesen, dass wir Bundesunterstützung bekommen. Wir erleben, dass Ich-AGs in Bremen einen hohen Anteil an den Gründungen haben, und ich glaube, wir müssen in der Tat dafür sorgen, dass diese Mittel, die für uns und für die Wirtschaftskraft in unserem Land wichtig sind, auch weiter erhalten bleiben. – Vielen Dank!

# (Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Ravens:** Das Wort hat die Abgeordnete Frau Winther.

Abg. Frau **Winther** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Schön, mir ist es ähnlich gegangen wie Herrn Liess. So ganz stringent ist Ihre Große Anfrage nicht. Sie haben nach der Finanzierung von Ich-AGs gefragt, nach Gründungen aus der Hochschule, von Frauen und Migrantinnen, Sie haben auch nach der Finanzierung durch die BAB gefragt, aber weggelassen haben Sie die ganze finanzielle Förderung der Gründungen durch B.E.G.IN, und weggelassen haben Sie auch die

(D)

(A) Förderprogramme, zum Beispiel das LIP 2000 und damit auch die GA-Förderung. Wenn Sie nur so einen Teilbereich abfragen, dann ergibt das ein schiefes Bild dessen, was wir hier im Land Bremen für die Gründer tun, und in manchen Teilen fehlen auch Elemente. Sie haben nach der Meistergründungsprämie gefragt, das ist ein Wettbewerb, aber nach dem Startup-Wettbewerb zum Beispiel haben Sie nicht gefragt. Es sind also nur Segmente, die Sie abgefragt haben, und deswegen ist es auch sehr schwierig, Ihnen in einem großen Zusammenhang zu schildern, was wir tun. Ich werde das in den einzelnen Bereichen nachholen.

Ich gehe einmal auf den ersten Punkt Ihrer Rede ein, das waren die Ich-AGs, und das gibt mir Anlass, etwas Grundsätzliches zu den Ich-AGs zu sagen, und da muss ich Ihnen leider etwas Wasser in den Wein kippen. Die Ich-AGs, das ist ganz unbestritten, sind ein hervorragendes arbeitsmarktpolitisches Instrument, um Arbeitslosen eine Zukunft zu ermöglichen, ihnen ein kleines Unternehmen zu ermöglichen oder um ihnen den Einstieg in eine feste Beschäftigung zu erleichtern. Ein Konzept, um stabile mittelständische Unternehmen zu generieren, sind sie aber leider nur bedingt. Ich will Ihnen auch gern sagen, warum. Ich weiß nicht, ob Sie zitiert haben aus der Studie, die zu den Ergebnissen der Ich-AG in Nordrhein-Westfalen jetzt gerade vorgestellt worden ist. Es gibt dort eine Evaluation, und die Studie besagt, dass diese kleinsten Unternehmen durchschnittlich einen Jahresüberschuss von 7000 Euro erwirtschaften und durchschnittlich 0,3 Arbeitsplätze schaffen. 40 Prozent erwirtschaften nicht einmal ihre Kosten und sind auf ihre Familien angewiesen.

(B)

Richtig ist, dass mit diesem Instrument insbesondere Frauen sich ein zusätzliches Einkommen erarbeiten, 48 Prozent sind das. Insofern ist es in diesem Bereich sicherlich eine Hilfe. Frauen haben die Möglichkeit, auf diese Weise am Arbeitsleben teilzuhaben, in Teilzeit oder auch in Vollzeit in den Job zurückzukehren. Ein Mittel aber, um Strukturwandel zu schaffen, ist es aus diesen genannten Zahlen nur sehr begrenzt. Uns muss es neben dem Engagement für diese kleinsten Unternehmen gelingen, kleinere und größere High-Tech-Schmieden auf den Weg zu bringen und dafür zum Beispiel auch den Technologietransfer zu beflügeln.

Die genannte Studie sagt aber auch, dass das größte Defizit bei den Ich-AGs in den meisten Bundesländern bei der Beratung in der Vorbereitungsphase liegt. Gerade in diesem Bereich haben wir mit B.E.G.IN ein Instrument, das bundesweit als Leuchtturm ausgezeichnet worden ist und sich mit vielen tausend Beratungsstunden speziell auch gerade den Ich-AGs widmet, und herausragende Arbeit leisten nicht nur die Arbeitsämter selbst, sondern sowohl hier in Bremen als auch in Bremerhaven ebenso der Bremer Senior Service. Ich würde mich freuen, wenn das Engagement des BSS auch in Bremerhaven bekannter

wäre, wenn man häufiger darüber berichten würde – da haben wir immer ein Defizit –, um damit noch mehr Menschen zu mobilisieren, auch in Bremerhaven den Schritt in die Selbständigkeit zu wagen und die Unterstützung, die dort vorhanden ist, auch anzunehmen.

Die Studie zeigt auch auf, dass Ausländer bei den Ich-AGs deutlich unterrepräsentiert sind, und als Grund hierfür wird insbesondere genannt, dass die meisten von ihnen Sprachschwierigkeiten haben. Das ist ein Thema, das wir nicht mit Wirtschaftsförderung lösen können. Dieses Thema werden wir an anderer Stelle behandeln müssen.

Ich komme zum zweiten Teil, zu den Finanzierungsfragen, die Sie in der Großen Anfrage angesprochen haben. Der Starthilfefonds ist hier erwähnt worden, auch das Überbrückungsgeld ist eine gute Unterstützung, beide sind eine gute Hilfe für die kleinen Unternehmen, Herr Liess hat darauf hingewiesen. Die KfW hat besondere Programme, gerade auch für Minigründungen beziehungsweise Teilzeitgründungen, und die Bremer Aufbaubank wird zukünftig den Bremer Unternehmerkredit anbieten. Das heißt, die schon um zwei Prozent verbilligten Kredite der KfW werden vom Land Bremen noch einmal um ein halbes Prozent verbilligt, und die BAB rechnet mit einem Zusagevolumen von 40 bis 70 Millionen Euro per annum. Das ist, denke ich, ein großer Topf.

Ich sage aber auch, dass es sehr hilfreich wäre, wenn Bremen so genannte Eigenkapitalgarantien geben würde, um die angespannte Situation des Mittelstands insgesamt zu erleichtern. Ich möchte daher den Senat bitten, diese Frage mit auf den Weg zu nehmen und sich zu diesem Thema Gedanken zu machen. Der Wirtschaftssenator ist leider nicht da, aber ich werde ihn auch noch einmal darauf hinweisen.

Sehr geehrte Frau Schön, was weitere Instrumente angeht, so haben sich die Koalitionäre hierzu bereits vor einem Dreivierteljahr Gedanken gemacht. Wir haben zum Beispiel im T.I.M.E.-Programm einen Eigenkapitalfonds vorgeschlagen und hoffen, dass er jetzt auch in Kürze auf den Weg gebracht wird. Das ist ein Instrument, um Mittelständler zu unterstützen, wenn sie Eigenkapitalverstärkung brauchen.

Wir haben als CDU-Fraktion noch ein weiteres Element zur finanziellen Hilfe angeboten, und zwar in einem Mittelstandsfördergesetz. Dort haben wir einen ganz eigenen Absatz angebracht, um auch gerade verstärkt die Finanzierung von kleinen und mittelständischen Unternehmen zu unterstützen. Es wäre wirklich gut, wenn dieses Haus nun endlich einmal dazu käme, dieses Mittelstandsfördergesetz zu beschließen. Alle Maßnahmen, die ich Ihnen hier eben genannt habe, gelten natürlich auch für Frauen und Migrantinnen, das ist selbstverständlich, und ich sehe nicht, dass da Unterschiede entstehen.

(A) Liebe Frau Schön, es gab nun aber während des Wahlkampfes viel Informationsmaterial, und ich habe mir dann auch einmal das Wahlkampfprogramm der Grünen angesehen, was sie denn zur Verbesserung der Situation von Existenzgründern vorschlagen, abgesehen davon, dass wir die Zahlen erhöhen sollen. Ich werde Ihnen das sagen, ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten. Sie sagen "ein neues Klima für Unternehmensgründungen", sie sagen "gezielte Maßnahmen für Gründer", "geeignete Finanzierungselemente" und "mehr Tempo". Was das dann inhaltlich konkret sein soll, das erschließt sich mir angesichts dieser Sätze nicht so ganz.

Lassen Sie mich abschließend sagen, wir brauchen sowohl in Bremen als auch in Bremerhaven beides, in Bremerhaven möglicherweise noch stärker als hier, viele kleine Gründungen, gerade auch von Frauen und Migranten, und wir brauchen die High-Tech-Schmieden! Um beides müssen wir uns intensiv kümmern!

Wir haben eine ganz herausragende Gründungsund Beratungsszene für alle Bereiche. Wir haben uns auch viele Gedanken über Innovationen gemacht. Es gibt zum Beispiel in Bremerhaven ein ganz neues Modell, das dort von der BIS vertreten wird, die so genannte Zwillingsgründung bei innovativen Gründungen aus dem wissenschaftlichen Bereich. Hier wird dem Wissenschaftler ein Unternehmer zur Seite gestellt, um ihm die Management-Alltagsfragen abzunehmen.

Schließlich und endlich hat B.E.G.IN im letzten Jahr 5000 Gründungen auf den Weg gebracht. Ich denke, das ist ein großer Erfolg und ein hervorragendes Ergebnis, und dass wir hier zu wenig tun, sehe ich an dieser Stelle überhaupt nicht. Ich begrüße die neuen Ansätze, die bei der BAB auf den Weg gebracht worden sind, aber, sehr geehrte Frau Schön, es wäre am besten, wir würden insgesamt für eine Wirtschaftspolitik für mehr Arbeitsplätze und Wachstum sorgen. Ich glaube, das würde allen am meisten helfen.

# (Glocke)

**Vizepräsident Ravens:** Frau Kollegin Winther, Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage der Kollegin Schön anzunehmen?

Abg. Frau Winther (CDU): Ja!

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Kollegin Schön!

Abg. Frau **Schön** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Winther, Sie sagen, Sie tun hier genug in Bremen. Wie erklären Sie sich dann, dass Bremen eine Selbständigenquote von 8,6 Prozent hat und Hamburg eine von 12,8 Prozent? Es ist ja auch ein Stadtstaat, und es ist um ein Drittel mehr, das ist ja eine ganze Menge. Scheinbar ist da noch eine ganze Menge Potential.

Abg. Frau **Winther** (CDU): Ich hoffe, Sie haben es meinen Ausführungen entnommen, ich habe nicht gesagt, dass es ausreichend ist, sondern ich habe gesagt, wir haben eine gute Szene. Sie wissen auch, dass ein Vergleich mit Hamburg wirklich schwierig ist. Hamburg ist eine absolute Boomtown, die in den vergangenen Jahren unendlich viel auf den Weg gebracht hat. Wir hatten einen Nachholbedarf. Ich denke aber, mit den Zahlen von B.E.G.IN, die ich Ihnen eben genannt habe, sind wir auf einem guten Weg. Wir müssen weiter kämpfen, das ist in Ordnung, und das tun wir auch.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Ravens:** Das Wort erhält Frau Senatorin Röpke.

Senatorin Röpke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sind uns sicherlich darüber einig, das habe ich jedenfalls auch den Wortbeiträgen entnommen, dass Existenzgründungen für Bremen und Bremerhaven außerordentlich wichtige Träger für den wirtschaftlichen Strukturwandel und ein wichtiger Bestandteil unserer Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik in der Region sind.

Es ist doch so, Frau Schön, dass wir in der Tat über eine Vielzahl von Institutionen verfügen, die Gründungswillige unterstützen. Sie können ja gern einmal mit Frauen oder Männern, die sich da auf den Weg gemacht haben, einen Weg der nicht einfach ist, sprechen und über ihre Erfahrungen mit ihnen sprechen! Ich habe schon an vielen Veranstaltungen teilgenommen und auch viele Rückmeldungen bekommen. Es ist sicherlich nicht an jeder Stelle optimal, das ist gar keine Frage. Ich denke aber schon, dass sich die Institutionen, die sich hier in Bremen und Bremerhaven auf dem Sektor tummeln, große Mühe geben, die Existenzgründerinnen und -gründer auf diesem Pfad, den sie sich vorgenommen haben, zu begleiten und dass das, was in diesem Netzwerk funktioniert, sich durchaus auch sehen lassen kann und es auch durchaus viele Hilfestellungen für Gründerinnen und Gründer gibt. Das Netzwerk B.E.G.IN ist aus meiner Sicht genau der richtige Weg, wie wir in Bremen und Bremerhaven weitermachen müssen, um Gründungswillige zu unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Wir stellen auch sehr viel Transparenz her. Ich empfehle wirklich, einmal auf eine dieser Veranstaltungen von B.E.G.IN zu gehen, sei es in Bremen oder in Bremerhaven, wo sehr viele Informationen, Erfahrungen von Gründerinnen und Gründern berichtet werden, die auch anderen Mut machen oder auch sagen, lasst davon die Finger, das ist nicht der richtige Weg. Das funktioniert unheimlich gut und schafft wiederum auch Netzwerke unter den Gründerinnen.

(D)

(A) Wir haben schon etliche Veranstaltungen in Bremen und Bremerhaven nur für Gründerinnen gehabt, auch das ist gut, die außerordentlich gut besucht sind, zu denen sind viele Frauen gekommen, um sich zu informieren, sich auch zu fragen: Ist es überhaupt der richtige Weg für mich, oder mute ich mir da etwas zu, das vielleicht überhaupt nicht mein Ding ist? Das habe ich jedenfalls als sehr erfolgreich, als sehr hilfreich für die Interessentinnen empfunden. Ich finde, auch diesen Weg der Transparenz, den Weg der Veranstaltung, den Weg der Information müssen wir dringend weitergehen, und das ist sehr erfolgreich!

# (Beifall bei der SPD)

Wir liegen nicht an der Spitze bei den Existenzgründerinnen. Das hat auch niemand von uns hier behauptet. Ich denke aber, wir liegen auch nicht so schlecht, wie Sie es versuchen darzustellen. Nach meinen Informationen liegen wir im Ranking der 20 größten deutschen Städte auf Rang sechs, das ist also nicht schlecht. Das heißt aber nicht, dass wir uns nicht anstrengen sollten, noch besser zu werden.

Wir haben eine umfängliche öffentliche Förderstruktur, und der Starthilfefonds ist schon erwähnt worden. Es ist wirklich eine Erfolgsstory über die vielen Jahre. Es ist bundesweit das älteste Förderprogramm, das unheimlich gut funktioniert, das eben Kleinst- und Kleingründungen unterstützt und insbesondere auch für die arbeitsmarktpolitischen Zielgruppen von großer Bedeutung ist. Viele dieser Existenzgründungen konnten über den Starthilfefonds initiiert und gesichert werden. Das habe ich auch von allen Rednerinnen und Rednern gehört, das ist ein sehr guter Ansatz, den wir dort entwickelt haben, der sich in der Praxis gut etabliert hat.

(B)

Dieser Starthilfefonds stellt im Übrigen auch eine gute Möglichkeit für Frauen dar. Das mag vielleicht darin begründet sein, dass Frauen in der Regel doch noch eine andere Herangehensweise an Existenzgründungen haben. Frauen gehen da vielleicht ein bisschen vorsichtiger heran, versuchen erst einmal, klein anzufangen, um dann darauf aufbauend, wenn es gut läuft, zu wachsen, so dass sie daher vielleicht eher in die Zielgruppe derjenigen fallen, die der Starthilfefonds erreicht. Wir haben im Starthilfefonds aber immerhin festzustellen, dass seit nunmehr drei Jahren fast die Hälfte der unterstützten Gründer Frauen sind. Ich denke, auch das zeigt, dass wir da auf dem richtigen Weg sind, wenn es um die Existenzgründungen von Frauen geht.

Insgesamt, da haben Sie Recht, ist die Förderlandschaft hier in Bremen, was Frauenexistenzen betrifft, schon sehr heterogen, wenn man den Starthilfefonds einmal ausnimmt, wobei neben den Veranstaltungen doch auch da sehr viele Hilfestellungen geleistet werden. Ich erinnere nur zum Beispiel daran, was bei "belladonna" läuft, welche Veranstaltungen dort stattfinden, um Frauen zu beraten, die sich auf den Weg

machen wollen. Viele andere Institutionen leisten da auch ihren Beitrag.

Ich denke auch, dass die Vernetzungsstruktur, die wir haben, einerseits von der Arbeitsagentur in Bremen und der Arbeitsagentur in Bremerhaven mit ihren Instrumenten, die Ich-AG ist gerade genannt worden, andererseits Überbrückungsgeld, auch ein wichtiger Baustein ist, um diesen erfolgreichen Weg weiterzugehen und insbesondere Menschen die Möglichkeit zu geben, aus der Arbeitslosigkeit herauszukommen. Da widerspreche ich Ihnen auch, da ist die Ich-AG aus meiner Sicht schon ein wichtiges Instrument, diesen Menschen eine Chance zu geben. Ich finde schon, dass die Ich-AG auch in Zukunft weiter eine Möglichkeit sein sollte, Existenzgründungen zu ermöglichen.

(Abg. Frau S c h ö n [Bündnis 90/Die Grünen]: Das habe ich doch die ganze Zeit gesagt! Da waren Sie noch gar nicht hier, da habe ich das gesagt! Das war mein zentraler Punkt, dass wir darauf nicht verzichten können!)

Gut, dann habe ich es falsch verstanden, dann sind wir uns da ja einig, das ist ja schön!

Dann möchte ich noch einmal auf die Gründungsquote eingehen, die Personen mit Migrationshintergrund betrifft. Auch da ist es sehr heterogen. Da haben wir in der Tat auch eine schwierige Datenlage, weil die Daten, die bei der Gründung erfasst werden, eben nur personenbezogen sind. Hinsichtlich der Frage aber, ob ein Migrationshintergrund besteht oder nicht, sind sie nicht differenziert. Es ist im Übrigen nicht so, dass jetzt nur der Starthilfefonds die Migrantinnen und Migranten erfasst, wobei es nahe liegt, dass viele über den Starthilfefonds erreicht werden, weil der Starthilfefonds sehr stark auf die Gruppe der Kleinstund Kleingründerinnen setzt.

Sie sehen auch aus der Antwort auf die Anfrage, es ist zum Beispiel ermittelt worden, dass rund zehn Prozent aller Kredite von der Bremer Aufbau-Bank an Personen mit Migrationshintergrund vergeben worden sind. Da gibt es also auch eine etwas heterogene Ausgangslage. Ich teile aber das, was hier gesagt worden ist. Ich glaube schon, dass wir noch ein großes Potential an Menschen mit Migrationshintergrund haben, die wir ermutigen und unterstützen können, um sich auf den Weg zu machen, eine Existenz in Bremen oder in Bremerhaven zu gründen. Dieser speziellen Frage müssen wir uns noch einmal etwas genauer zuwenden, wie wir das erreichen können.

Wenn wir uns noch einmal auf Bremerhaven konzentrieren, dann stellen wir fest, dass wir da bei den Förderprogrammen doch eine ziemliche Schwankungsbreite haben. Einerseits werden 15,6 Prozent über die Bundesagentur, 29,6 Prozent über die KfW und 22,5 Prozent über den Starthilfefonds gefördert. Das heißt

(A) also, auch diese Zahlen belegen, wie groß die Bedeutung der Gründungsinitiativen für Bremerhaven ist. Wir sollten nicht nur auf die Quantität sehen, sondern insbesondere auf die Qualität der Förderprogramme. Da ist es immer wieder richtig zu fordern, dass wir schauen – das machen wir unter anderem auch in der Arbeitsdeputation –, sind unsere bremischen Förderprogramme wirklich so effektiv? Sind das die Ziele, die wir damit erreichen wollen, damit erreichen können, oder müssen wir umsteuern? Sind vor allem die Erkenntnisse über die Gründungen auch so, dass wir Nachhaltigkeit erreichen?

Das ist ein großes Problem, und da kommt es in der Tat schon während der Gründungsphase darauf an, die Gründerinnen und Gründer so gut zu beraten, dass sie sich möglichst mit ihrer Idee am Markt etablieren und die richtige Geschäftsidee umsetzen. Da sehe ich noch eine große Herausforderung für die Zukunft, dass wir da sehr genau hinschauen, wie wir das noch besser erreichen können und die Begleitung so gestalten, dass die Gründerinnen und Gründer tatsächlich auch eine gute Chance haben, sich nachhaltig am Markt zu etablieren und ihre Chancen für einen weiteren Aufbau dann auch nutzen zu können. Die Wirksamkeitsfrage ist aus meiner Sicht eine zentrale Frage.

In diesem Sinne würde ich unsere heutige Debatte auch als Aufforderung begreifen zu schauen, dass wir die Förderprogramme, die wir haben, vielleicht noch an einigen Stellen optimieren können oder müssen, insbesondere auch noch einmal die Frage aufgreifen, ob wir nicht doch stärker an Menschen mit Migrationshintergrund herankommen können. – Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Ravens:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 16/725, auf die Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Kenntnis.

# In Kinder investieren heißt in die Zukunft investieren: Qualifikation der Erzieherinnen und Erzieher in Tageseinrichtungen erhöhen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 8. Juli 2005 (Drucksache 16/684)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Lemke.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält der Abgeordnete Crueger.

Abg. Crueger (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wieder einmal das Thema Kindergärten, Herr Pietrzok lacht schon! In Sonntagsreden sind wir uns ja mittlerweile alle einig, und hier in der Bürgerschaft kämpfen wir es dann immer wieder aus: Der Kindergarten muss gestärkt werden, der Kindergarten ist ein Bildungsgarten, und wir müssen vorschulische Bildung bei den ganz Kleinen beginnen, damit wir dann auch gute Bildungsergebnisse erzielen können.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Es lebt auch von der Wiederholung!)

Es lebt auch von der Wiederholung, deshalb sage ich es ja hier auch noch einmal!

Wenn es aber dann darum geht, diese schönen Worte auch in die Tat umzusetzen, dann haben wir hier die Debatten, in denen wir uns streiten. Ich glaube, der Punkt, den unser Antrag behandelt, nämlich die Frage, wie qualifizieren wir unsere Erzieherinnen und Erzieher, ist ein ganz gutes Beispiel dafür, wie man zwar auf der einen Seite mit schönen Worten sich in der Öffentlichkeit darstellen kann, wie es aber auf der anderen Seite, wenn man da einmal nach den Taten schaut, doch relativ mau aussieht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist ja nun so, dass überall in Europa, mit Ausnahme von Deutschland und Österreich, mittlerweile die Erzieherinnen und Erzieher für Kindergärten in der Hochschule, mindestens aber in der Fachhochschule ausgebildet werden. Deutschland ist neben Österreich das einzige Land, wo das nicht der Fall ist. Wir haben hier in Deutschland den Fachschulstandard. Ich möchte es hier, um es vorweg zu sagen, nicht schlecht reden. Es geht nicht darum, die Erzieherinnen und Erzieher, die im Moment unter denkbar schlechten Umständen einen richtig guten Job machen, in irgendeiner Form zu diskreditieren. Es muss aber auch klar sein, wenn wir als Politiker uns bei den Aufgaben, die auf Erzieherinnen und Erzieher zukommen, die wir hier regelmäßig beschließen - ich erinnere nur an den Rahmenbildungsplan, der dafür gewisse Maßstäbe festsetzt, was wir von pädagogischer Arbeit im Kindergarten erwarten -, einerseits zwar hinstellen und zu Recht sagen, wir müssen die Qualitätsstandards verbessern, andererseits aber die Erzieherinnen und Erzieher nicht mitnehmen und ihre Ausbildung nicht den veränderten Anforderungen anpassen, dann, glaube ich, kommen wir da in eine Schieflage, wo wir über kurz oder lang qualitativ nicht weiter nach vorn kommen können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben in unserem Antrag den OECD-Länderbericht zitiert. Ich möchte darauf nicht zu weit ein(D)

(A) gehen. Ich meine nur, dass es durchaus, wenn man der Kritik der grünen Opposition nicht immer so viel Gehör schenken möchte, auch ganz spannend sein kann, sich einfach einmal diesen Länderbericht durchzulesen, der nämlich auch genau diesen Punkt kritisiert und sagt, dass das Niveau der Ausbildung und die Qualität des Lernens im Kindergarten in Zusammenhang stehen und es deshalb hier Nachbesserungsbedarf gibt.

Wir sind uns also im Grunde klar, was wir wollen. Jetzt möchte ich gern sagen, was wir in unserem Antrag vorhaben, damit es auch für die Zuschauerinnen und Zuschauer zu Hause und für die Menschen am Radio etwas deutlicher wird. Wir wollen, dass wir mittelfristig, und das sagen wir ganz deutlich, weil es klar ist, dass wir es nicht von heute auf morgen bewältigen, die Erzieherinnenausbildung auf Hochschulniveau anheben, Punkt eins!

Punkt zwei: Kurzfristig wollen wir durch berufsbegleitende Weiterbildungsprogramme, und zwar sowohl für die Leiterin der Einrichtung, der als Führungsfigur auch eine besondere Rolle zukommt, als auch für die Erzieherinnen und Erzieher selbst, ihnen eine Stütze geben und versuchen, auch auf die Weise schon Erfolge zu erzielen.

Drittens: Wir wollen, dass wir in Bremen unseren Bachelorstudiengang, den wir mittlerweile an der Universität haben, als ein auf einen Berufsabschluss aufbauendes Studium zur frühkindlichen Bildung, weiter ausbauen, eine zusätzliche Säule schaffen für die Qualität der Ausbildung der Erzieherinnen. Das sind die drei Kernpunkte, und darum geht es heute.

(B)

Ich möchte nun das Ganze kurz reflektieren mit der Bremer Realität und mit dem, womit wir uns tagtäglich konfrontiert sehen, um einmal zu schauen, welche Erfolge beispielsweise die Qualifizierungs- und Beschäftigungsoffensive, die wir im letzten Jahr hier diskutiert haben, real gebracht hat. Da hieß es dann ganz groß, wir haben darin ein Programm installiert, 400 Erzieherinnen und Erzieher sollen jeweils in Hunderter-Kohorten im Laufe von vier Jahren eine zusätzliche Ausbildung bekommen. Das soll berufsbegleitend laufen, und da können wir ihnen dann zusätzliche Qualifikationen mitgeben.

Der Personalrat hat damals gesagt, das ist uns wichtig, da machen wir mit. Wir als Grüne haben auch gesagt, das ist das einzig Gute, was an dem ganzen Programm wirklich überzeugt. Also schauen wir, was dabei herausgekommen ist! Die Situation ist, wir haben es in der letzten Sozialdeputationssitzung diskutiert: Dadurch, dass wir auf der einen Seite nicht so viele Leute in diesem Programm mitnehmen konnten, wie wir es eigentlich wollten, dass nicht so viele arbeitslose Erzieherinnen gesagt haben, wir lassen uns in diesem Programm kurz qualifizieren, gehen dann innerhalb dieses Programms in die Arbeit in den Einrichtungen, fehlen uns an der einen Stelle die Kräf-

te, die an der anderen Stelle eigentlich personellen Ersatz schaffen sollten. Das heißt, 400 Erzieherinnen und Erzieher können, zumindest wie es zum derzeitigen Zeitpunkt aussieht, nicht alle planmäßig in die Weiterbildung gehen, weil der personelle Ersatz nicht da ist, weil niemand weiß, wer sie in der Zeit vertreten soll. Ich meine, dass man in einer Einrichtung, einer Gruppe, wo eine Erzieherin auf 20 Kinder kommt, nicht einfach sagen kann, ich gehe jetzt in meine Weiterbildung, das ist natürlich auch klar. Von daher entsteht da das Problem, dass der Senat etwas versprochen hat, was auf jeden Fall gut war, aber es in der Realität nicht möglich ist, weil die personelle Entlastung fehlt.

#### (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dann verbirgt sich in dieser Vorlage und geht auf die Erfolge des Koalitionsausschusses zurück, damals von uns schon heftig kritisiert, mittlerweile so ein bisschen aus der öffentlichen Aufmerksamkeit entschwunden, ein weiteres Problem: Da geht es darum, dass das Anerkennungspraktikum von Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen auf der einen Seite und das bezahlte Praktikum, das Anerkennungspraktikum, in der Erzieherinnenausbildung in Zukunft nicht mehr bezahlt werden sollen. Im Rahmen der allgemeinen Haushaltskonsolidierung sagt man, wir haben für diese zwei Praktika nicht mehr das Geld, das Anerkennungspraktikum soll in das Studium integriert und das Erzieherinnenpraktikum direkt kostenfrei in Zukunft abgeleistet werden.

Ich meine natürlich, das ist aus finanzieller Sicht erst einmal sicher eine Möglichkeit, die man in Betracht ziehen kann. Was es aber auf der Ebene in den Kindergärten bedeuten wird, ich glaube, das können wir uns nur ausmalen. Es ist zumindest nicht der Schritt hin zu mehr Qualität. Wir sind in Bremen eine kleine Insel inmitten von Niedersachsen, und ich befürchte, dass wir in die Situation kommen werden, die Silvia Schön hier im Bereich der Hochschulpolitik häufig diskutiert, nämlich den Brain Drain, dass dann die guten Leute, die wir gern hier hätten, damit sie hier ihre Ausbildung machen, dann plötzlich nach Niedersachsen gehen, denn das ist nicht wirklich weit, und da sind die Bedingungen vielleicht auch besser. In Niedersachsen sind diese Praktika dann bezahlt, in Bremen muss man sie umsonst ableisten. Wenn wir sagen, wir wollen auch bei den Erzieherinnen und Erziehern den Wettbewerb um die klügsten Köpfe, und wir wollen die besten Leute hier haben, dann ist das ein Schritt in die falsche Richtung.

## (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

So glaube ich, dass im Moment noch nicht viel zu sehen ist von Anstrengungen, die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher zu verbessern. Im Moment gehen wir geradezu in die entgegengesetzte (C)

(A) Richtung. Ich habe auch nicht gehört, aus welcher Richtung auch immer, dass der Senat bei den 3400 Euro, die beispielsweise das weiterbildende Bachelorstudium an der Universität kosten würde, vorsieht, für die Mitarbeiter beispielsweise des städtischen Eigenbetriebs Kita Bremen eine Lösung zu finden, dass sie diese Kosten übernommen bekommen. Der kirchliche Träger macht das. Ich denke, auch das ist eine Möglichkeit, wenn Erzieherinnen und Erzieher sagen, sie wollen das freiwillig in ihrer Freizeit machen, dann muss man zum einen ihnen dazu die Möglichkeit geben, das heißt, es muss eine Freistellung organisiert werden, und es muss eine Finanzierung organisiert werden.

Dann müssen wir uns natürlich auch sagen am Schluss, wenn wir gute Leute haben wollen, dass wir sie auch besser bezahlen müssen. Ich würde auch darauf gern eine Antwort hören, ob man mit dem Argument, noch "besser" bezahlte Erzieherinnen und Erzieher können wir uns schlicht und einfach nicht leisten, dann im Rückschluss sagt, dann brauchen wir an der Qualifizierung auch nichts zu verändern, weil es ja alles gut so ist, wie es ist. Das, glaube ich, kann nicht die Antwort sein, und in diesem Sinne bedanke ich mich!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) **Vizepräsident Ravens:** Das Wort hat der Abgeordnete Bartels.

Abg. Bartels (CDU)\*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrter Herr Kollege Crueger, ich möchte eigentlich in meiner Rede mehr auf das Einende eingehen als auf das, was uns ein Stück weit auch trennt. Schließlich ist dieser Antrag, und das ist unser Angebot, auch so verständlich, dass wir sagen, wir wollen das gern weiter diskutieren, erörtern in der Deputation, und das, was Sie gerade gemacht haben, war doch eher, dass Sie alles in einen Topf geworfen haben, was sicherlich ein Stück weit diskutabel ist, aber ich möchte gern auf diesen Themenkomplex Qualifizierung der Erzieherinnen näher eingehen.

Sie haben das mehrfach wiederholt, die Erziehung und Betreuung beginnt nicht in der Schule, sondern schon weitaus vorher, auch nicht im Kindergarten, sondern im Elternhaus. Das darf man bei der ganzen Lage nicht vergessen. Die Weltbank, und das sollten wir uns immer wieder ins Gedächtnis holen, meine Damen und Herren, sagt, dass wir in der Bundesrepublik an Platz 185 von 190 Nationen in der Geburtenrate sind. Wir sind also Schlusslicht in Europa, und ein Mosaikstein bei der Frage, wie familienfreundlich ist unsere Gesellschaft, wie kinderfreundlich ist unsere Gesellschaft, ist eben auch, wie kön-

nen wir mit Erziehung unseren Kindern eine Zukunft gestalten.

Zunächst möchte ich also ins Gedächtnis rufen, dass Eltern die Erst- und Hauptverantwortung für die Erziehung, Betreuung und Bildung ihrer Kinder haben. Lassen Sie mich sagen, dass es überwiegend die Eltern sind, die ihre Erziehungsverantwortung mit großer Kompetenz und auch Hingabe wahrnehmen und unabhängig davon, wie ihr persönliches Zeitmanagement aussieht! Es gibt natürlich Eltern, die sich dieser Verantwortung entziehen oder denen es an Wissen um das Notwendige fehlt. Aber darüber hinaus leisten Erziehende in unseren Kinderbetreuungseinrichtungen und auch in Schulen ein eben solches großes Engagement unter immer schwierigeren Bedingungen.

Für sie alle gilt unser Respekt, auch Sie haben das, Herr Crueger, zum Ausdruck gebracht, denn es ist eine ganz wertvolle gesellschaftliche Aufgabe. Aber es ist eben nicht nur ein Hobby, sondern es ist ein Job, der von Profis gemacht werden muss, und so müssen wir uns bei diesen veränderten Lebensbedingungen, die wir zu verzeichnen haben, auch immer wieder ins Gedächtnis rufen, dass wir hier eine qualifiziertere Aus- und Weiterbildung unserer Erzieherinnen brauchen.

(Beifall bei der CDU)

Das ist auch die beste Voraussetzung dafür, dass die Wertschätzung der Erziehungsleistung in der Gesellschaft verbessert wird, meine Damen und Herren. Es geht nicht darum, ein Entweder-Oder zu diskutieren, sondern Verantwortlichkeiten und Qualifikationen und das Zusammenspiel aller an Erziehung Beteiligten zu klären.

Es ist wichtig, dass Eltern in die Arbeit von Kindertagesstätten eingebracht und stärker eingebunden werden, weil damit die umfassende Verantwortung für die Erziehung und Entwicklung der Kinder zur Geltung kommt. Es ist auch eine ehrliche Diskussion über die Orte von Sozialisation zu führen. Erziehung und Bildung sind ein Gemeinschaftsprojekt der Gesellschaft und nicht von irgendwelchen Institutionen, das habe ich jetzt, denke ich, deutlich gemacht.

Die internationalen Studien wie TIMSS, die Pisa-Studie, aber auch Iglu sagen, dass wir ergänzend zu den nationalen Auswertungen einen erheblichen Reformbedarf im Bereich von Bildung und Erziehung haben. Das ist richtig. Mit unseren Reformen im Bremer Bildungssystem haben wir einen ersten Anfang gemacht, aber wir dürfen dann natürlich nicht anhalten, sondern es muss jetzt auch den Kindergarten erreichen. Trotz der schwierigen finanziellen Lage denke ich, dass wir hier gemeinsam auf den richtigen Weg kommen müssen, und die Koalition ist natürlich dazu bereit.

Bei der frühkindlichen Bildung ist es doch so, und wissenschaftliche Untersuchungen belegen das, dass (D)

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

(A) Kinder bereits in den ersten Lebensjahren am meisten lernen durch spielerisches Lernen. Da sind schon viele Ansätze in den Kindergärten. Wir besuchen ja auch regelmäßig diese Einrichtungen. Es sind da große Erfolge zu verzeichnen, und das ist ganz toll, wie dort die Erzieherinnen mit den Kindern umgehen. Das ist Wahnsinn, was in gerade frühen Altersgruppen dort erlernt wird.

Bildung und Erziehung des Kindes stehen ja als Auftrag im Kinder- und Jugendhilfegesetz. Allerdings muss man sich fragen, ob diese Ziele auch gleichwertig behandelt werden. Ich glaube, in der täglichen Praxis wohl eher nicht. Allerdings, so etwas geht auch nur über einen Umdenkungsprozess in den Köpfen der Menschen. Das ist, glaube ich, der Punkt bei der ganzen Sache ein Stück weit. Also, uns ist es wichtig seitens der CDU-Fraktion, auch über die Qualität nachzudenken und nicht, wie das sonst bei solchen Debatten der Fall ist, über Quantität. Bei diesen Reformen im Kindergartenbereich haben wir in den letzten Wochen und Monaten, Sie haben das ja ein Stück weit auch getan gerade eben, zu sehr über die Quantität der Erzieherinnen gesprochen. Ich glaube, es ist sinnvoller, da auch über die Qualität zu sprechen.

# (Beifall bei der CDU)

Durch Betreuung, Bildung und Erziehung ist die Förderung der Entwicklung der Kinder zu eigenständigen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten zu leisten. Für die pädagogische Praxis ist es erforderlich, dass betreuende Personen sich darüber bewusst sind, welches Bildungsangebot zeitgemäß und für Kinder wichtig ist und wie Kinder in ihren Bildungsprozessen unterstützt werden können. Dazu brauchen wir Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, die auch akademisch gestützt sind, und zwar so, dass sie der Nachfrage entsprechen. Ich glaube, da kann man noch viel machen.

(B)

Die Länder und auch wir hier in Bremen und Bremerhaven haben uns als Antwort auf die Pisa-Ergebnisse auf einen Handlungsrahmen verständigt, den es umzusetzen gilt. Er wird auch in den vielen Institutionen gut angenommen, aber bei der Optimierung des Übergangs vom Elementar- auf den Primarbereich müssen wir weiter vorankommen, das ist keine Frage. Das ist kein Prozess, den man mit einem Hebel umlegen kann, sondern ein Prozess, den man in Stufen umsetzen muss, aber auch darauf wird die Senatorin uns Antworten geben. Ich finde, dass wir da auf einem guten Weg sind.

Entscheidend für eine gute pädagogische hochwertige Erziehung und Betreuung sind motivierte und gut ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher, deshalb ist eine Reform der Ausbildung der Fachkräfte dringend erforderlich. Davon sind wir in der CDU-Fraktion überzeugt, und wir können uns einen wie im Antrag formulierten Stufenplan gut vorstellen.

Die SPD-Fraktion, meine Damen und Herren, hat ja auch darum gebeten, dass wir diesen Antrag in die Deputation überweisen. Dem folgen wir sehr gern, weil auch wir meinen, dass es notwendig und richtig ist, hier noch einmal vor dem finanziellen Rahmen genau darauf zu schauen, was können wir machen, was können wir umsetzen, und da wird sicherlich, Frau Senatorin Röpke, das Ressort uns eine Perspektive aufzeigen können. – Herzlichen Dank!

#### (Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Ravens:** Das Wort hat der Abgeordnete Pietrzok.

Abg. **Pietrzok** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn wir über die Bildungspolitik reden, dann haben wir es ja in Deutschland mit einer richtigen Großbaustelle zu tun, wo an allen möglichen Bauabschnitten zu gleicher Zeit gearbeitet wird, und das findet auch unter Hochdruck statt.

Es ist richtig, dass wir in Deutschland den Schritt in die Ganztagsschulangebote geschafft haben. Das ist historisch notwendig und eine der zentralen Fragen gewesen im Hinblick auf unsere Großbaustelle Bildungspolitik. Es ist richtig gewesen, dass wir gesagt haben, wir müssen im Bereich der Null- bis Dreijährigen Förderungen nicht nur aus Gründen der Betreuung, sondern auch aus Gründen der frühkindlichen Bildung zusätzliche Angebote schaffen, und wir müssen über die Bundesregierung einen Einstieg in die Verbesserung dieser Angebote anleiern.

Es ist auch richtig, was die Grünen hier gefordert haben und was natürlich auch die Forderung der Sozialdemokraten ist, dass wir das Qualifikationsniveau bei dem pädagogischen Personal in den Kindertagesheimen anheben wollen, völlig richtig!

#### (Beifall bei der SPD)

Eine solche Forderung können wir nur unterstützen, auch wenn wir, genau wie das von den anderen Fraktionen deutlich gemacht worden ist, großen Respekt vor dem haben, was das Personal dort jetzt in diesen Einrichtungen unter diesen leider sehr schwierigen Bedingungen, die wir bieten können, leistet. An dieser Stelle vielen Dank für dieses Engagement!

# (Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Bedingungen sind nicht gut, die Personalausstattung ist gerade einmal ausreichend. Wir haben in Bremen im Vergleich zu anderen Bundesländern eine relativ ungünstige Personalausstattung. Daran müssen wir weiter arbeiten, und daran werden wir auch weiter arbeiten.

(Beifall bei der SPD)

(A) Im internationalen Maßstab, das haben die OECD-Studien und auch andere Analysen gezeigt, ist Deutschland einen völlig anderen Weg gegangen, deswegen haben wir hier ein niedrigeres Ausbildungsniveau, das muss man deutlich sagen, das müssen wir auch zugestehen. Das muss für uns auch eine Herausforderung sein, uns mit dieser Frage offensiv auseinander zu setzen, und das wollen wir tun.

Diese Frage bekommt eine zusätzliche Aktualität, wenn wir uns anschauen, wie sich die Lebensbedingungen der Kinder nicht nur in diesem Bundesland Bremen, sondern in der Bundesrepublik verändert haben. Kinderarmut, höhere Raten von Alleinerziehendenhaushalten, dann die Probleme mit den neuen Medien, die mittlerweile auch für junge Kinder ein Problem sind, das alles sind große zusätzliche Herausforderungen an die staatlichen Bildungsinstitutionen, hier mehr zu leisten, als bisher geleistet wurde. Das sind Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen, das muss man offen sagen. Deswegen müssen wir dabei auch an die Qualifikation des pädagogischen Personals denken.

#### (Beifall bei der SPD)

Historisch sind wir in Deutschland, was den Bereich der elementaren Bildung betrifft, einen anderen Weg gegangen. Wenn man das mit Frankreich vergleicht, dann sind die Vernetzungen zwischen schulischen Angebotsformen der ab Sechsjährigen zu denen, die jünger sind, der ab Vierjährigen, viel enger als in Deutschland. Das liegt daran, dass im Kern in Deutschland früher weniger an die frühkindliche Bildung gedacht worden ist bei der Frage der Kindertagesbetreuung, deswegen heißt sie nämlich auch so, sondern in erster Linie an die Kindertagesbetreuung gedacht worden ist. Hier ändert sich gerade, glaube ich, das Bewusstsein aller, die für diese Bereiche politisch verantwortlich sind, denn Diskurs heißt nicht mehr nur Kindertagesbetreuung, sondern der Diskurs heißt zunehmend frühkindliche Bildung, das können wir hier im Hause auch deutlich feststellen.

# (Beifall bei der SPD)

Jetzt stehen wir aber vor der großen Herausforderung, wir wollen das Qualifikationsniveau bei diesem Personal anheben und müssen gleichzeitig feststellen, dass das eine verflucht schwierige Aufgabe ist, weil man immer darauf achten muss, welchen finanzpolitischen Spielraum wir für diesen Teil unserer Großbaustelle überhaupt haben. Das ist die große Problematik.

Deswegen sagen wir auch, wir wollen diesen Antrag jetzt hier nicht einfach beschließen und sagen, wir machen das einmal und engagieren uns, obwohl das eine relativ abstrakte Beschlusslage ist, die Sie da eigentlich wollen – man soll dies unterstützen und

das fordern und fördern –, das könnte man im Prinzip auch so beschließen, nur, entscheidend ist am Ende, wie wir das konkret abarbeiten im Hinblick auf die finanzpolitischen Spielräume. Da müssen wir in der Deputation genau schauen, was wir an dieser Stelle machen können, und deswegen wollen wir auch eine Überweisung dieses Antrags erst einmal an die Deputation und den Jugendhilfeausschuss, um uns das genauer anzusehen.

# (Beifall bei der SPD)

Die Situation hat übrigens eine ganz wichtige Besonderheit, das haben Sie überhaupt nicht gesagt. Wir haben zwar in Deutschland, das muss man einmal ganz offen sagen, im Vergleich zu den anderen europäischen Ländern ein vergleichsweise niedriges Qualifikationsniveau, und wenn man an Steigerungen des Qualifikationsniveaus denkt, assoziiert man damit natürlich automatisch auch, dass entsprechende BATanaloge Arbeitsverhältnisse höher eingruppiert werden, wenn man sich aber anschaut, wie das andere pädagogische Personal in den entsprechenden Einrichtungen in Europa bezahlt wird, dann stellen wir fest, dass die Eingruppierung in der Bundesrepublik Deutschland und den anderen europäischen Ländern ungefähr gleich ist. Das heißt, wir werden sehr schnell die Auseinandersetzung bekommen, wenn es uns wirklich gelingt, neue Ausbildungsgänge zu stärken, mit welchen Tarifen wir da überhaupt eine Vergütung hinbekommen können. Wenn wir uns nämlich nicht nur bei dem Qualifikationsniveau, sondern auch bei den Tarifen an europäischen Niveaus orientieren, wird da mit Gehaltssteigerungen nicht viel möglich sein.

Von der Kultusministerkonferenz haben Sie ja gesprochen. Ich habe ein bisschen die Papiere untersucht und bin da vor allem auf Beschlüsse der Jugendministerkonferenz gestoßen. Sie sagt ja auch ganz deutlich, wir sollen in diesem Bereich und an den verschiedenen Teilen weiter arbeiten, in denen da in den Bundesländern gearbeitet wird, das fordert und fördert die Jugendministerkonferenz auch. Aber die Jugendministerkonferenz sagt auch deutlich, dass sie in dem Zusammenhang sehr skeptisch ist, dass sie realisieren könne, dass wir mittelfristig tatsächlich zu einer Hochschul- oder universitären Ausbildung überwiegend kommen werden.

Ich möchte das kurz mit Genehmigung des Präsidenten zitieren: "Die Jugendministerkonferenz geht davon aus, dass die Fachschul- beziehungsweise Fachakademieausbildung noch für viele Jahre vorherrschend sein wird." Das dokumentiert, glaube ich, wie selbst in anderen Bundesländern im Moment die Einschätzung ihrer Handlungsspielräume ist. Wenn man sich dann noch einmal anschaut, welche Lage wir hier in Bremen gerade haushalts- und finanzpolitisch haben, wird mir ein bisschen schwummerig dabei, das will ich Ihnen offen sagen. Trotzdem habe ich diese

(D)

(A) Ambition genauso wie Sie, wir müssen uns genau anschauen, was wir da treiben.

Es gibt ein paar Geschichten, die wir gemacht haben. Das Qualifikationsprogramm, das mit einigen Schwierigkeiten behaftet ist, haben Sie gerade wieder einmal kleingeredet. Ich bedauere das sehr. Es ist eine Erfolgsgeschichte, die wir weiter betreiben wollen!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Es ist klar, dass die Opposition an so einer Stelle natürlich versucht, den Finger in die Wunde zu legen.

(Zuruf der Abg. Frau Hoch [Bündnis 90/ Die Grünen])

Aber man muss einmal deutlich sagen, was da läuft, ist besser als das, was vorher gelaufen ist. Das ist ein Fortschritt. Der Fortschritt ist nicht so groß, wie wir es gern gehabt hätten, aber es ist und bleibt ein Fortschritt!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU – Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen)

Worin besteht denn der qualitative Sprung? Dass wir es geschafft haben, auf der einen Seite Erzieherinnen in dieses Programm hineinzubringen, die als Ersatzpersonal dann für die Erzieherinnen, die im Job stehen, fungieren können! Das sind bei weitem nicht so viele, wie es eigentlich werden sollen.

(B)

Das ist übrigens interessant, das muss man sich einmal anschauen: Wie kommt es eigentlich, dass sozusagen das Reintegrieren von arbeitslosen Erzieherinnen nicht in dem Maße funktioniert hat, wie wir uns das eigentlich gewünscht haben? Das hat verschiedene Faktoren. Bei einigen müssen wir auch etwas wirklich an der Systematik ändern. Ich sage nur einmal ein Stichwort: Ist die Kindertagesbetreuung für solche Personengruppen eigentlich gut genug, dass sie das Programm auch tatsächlich machen können? Aber was wir erreicht haben, ist doch, dass wir die Freistellung hinbekommen können.

Jetzt läuft allerdings hier in der Stadt Bremen im Moment ein Deal. Der Deal ist der: Wie viel Ersatzpersonal bekommen wir eigentlich dafür, wenn andere Erzieherinnen aus den Einrichtungen heraus sind? Da werden gerade Geschäfte gemacht, das kommt auch einmal politisch hoch. Da sollte man aber vorsichtig sein, dass man dem nicht hinterherläuft, sondern genau schaut, was dahintersteckt. Das ist jedenfalls meiner Meinung nach ein richtiger Schritt. Ich will, dass das Programm weitergeführt wird, und wenn es nach mir geht, dann wird es noch in deutlich größerem Umfang durchgeführt, weil ich der Überzeugung bin, dass das ein richtiges Programm ist.

(Beifall bei der SPD)

Den Bachelorstudiengang, dazu haben Sie einiges gesagt, kann ich nur unterstützen. Die Finanzierung, die wir mit der BEK über die Robert-Bosch-Stiftung hinbekommen haben, so dass wir an der Universität einen Studiengang haben, in dem Grundschullehrerinnen und Erzieherinnen gemeinsam ausgebildet wer-den, ist ein richtiger Schritt. Das ist genau eines von diesen Elementen, die in der Jugendministerkonferenz auch beschrieben worden sind. Das zeigt, dass wir neue Wege gehen, aber es zeigt eben auch, dass wir wie alle anderen Bundesländer das als ein Element benutzen, aber dass wir genau sehen, dass das nicht komplett die gesamte Systematik kurz- oder mittelfristig ändern kann, sondern dass wir das fördern, aber gleichzeitig die, die jetzt im Job sind, weiter aufbauen wollen. Das ist unsere Strategie, und da stehen wir politisch sehr dahinter.

Im Hinblick auf die Praktikanten haben Sie gerade etwas geschildert. Der Sachstand im Jugendhilfeausschuss war der, dass das düstere Bild, das Sie an die Wand gemalt haben, noch nicht Realität ist, sondern

(Glocke)

das müssen wir uns an dieser Stelle noch genau ansehen. Es darf meiner Meinung nach nicht passieren, dass Praktikanten einfach kein Geld bekommen, deswegen für sie in Bremen die Ausbildung unattraktiv ist und dann die Konsequenz ist, dass nur die, die keinen anderen Ausbildungsplatz bekommen, nach Bremen kommen. Das meinten Sie, glaube ich, mit dem Fremdwort Brain Drain. Ich jedenfalls will mich dafür engagieren, dass wir eine solche Situation nicht schaffen.

Es ist aber auch schon deutlich gesagt worden, dass natürlich Wege gesucht werden, über Modularisierung, über Verflechtung von Theorie und Praxis genau das zu organisieren, dass das verhindert wird. Das hat Michael Schwarz, der Referent für diesen Bereich, im Jugendhilfeausschuss deutlich gesagt. Deswegen will ich nur sagen, die Welt ist nicht so düster, wie es die Opposition geschildert hat, auch in diesem Fall nicht. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Ravens:** Das Wort erhält Herr Senator Lemke.

Senator Lemke: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Als ich diese Vorlage bekommen habe, habe ich mich zunächst gefragt: Warum ist das Ressort Bildung und Wissenschaft, warum bist du eigentlich jetzt für diesen Bereich, der ja im Wesentlichen den Kindergarten, die frühkindliche Erziehung betrifft, zuständig? Klar, für die Ausbildung, die in der Universität und den Hochschulen stattfindet, ist der Bildungs- und Wissenschafts-

 (A) senator zuständig, allerdings, die Feinsicht aus dem Ressort habe ich mit der Kollegin Röpke abgestimmt.

> Zunächst muss ich Ihnen sagen, dass ich dem Tenor dieses Antrags absolut zustimme. Warum? Wenn wir den Thesen der Hirnforscher folgen, die belegen, dass innerhalb der ersten sechs Jahre die wesentlichen Synapsenbildungen abgeschlossen sind und dann bis zum zehnten Lebensjahr eigentlich alles erledigt ist, auf was wir später bei der Beschulung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen aufbauen können, dann ist es eigentlich überhaupt nicht nachzuvollziehen, warum diejenigen, die mit den ganz Kleinen arbeiten, deutlich schlechter qualifiziert und bezahlt werden als die, die anschließend mit den Grundschulkindern zusammenarbeiten, dann mit den Sekundarschulkindern und den gymnasialen Oberstufenkindern bis hin zum Universitätsprofessor. Eigentlich müsste das Ganze genau andersherum sein. Eigentlich!

> > (Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Pietrzok [SPD])

Bitte?

(Abg. Pietrzok [SPD]: Wenn Sie das schaffen, sind Sie der Star!)

(B) Ich sage ja nur, wenn ich mir anschaue, wie auch skandinavische Länder das machen, gibt es in Finnland zum Beispiel, das haben wir ja gesehen, Hochschulausbildung für all diejenigen, die mit Kindern ab dem Vorschulalter bereits im Kindergarten beginnend arbeiten. Das ist meine Anerkennung für die inhaltliche Zielrichtung. Da gibt es kein Vertun.

Aber jetzt gibt es noch eine andere Frage, wir haben das übrigens vor einem Jahr in der KMK genauso auf dieser Ebene diskutiert: Was heißt das eigentlich? Uns betrifft das aus zweierlei Gesichtspunkten. Erstens: Wir müssen die Ausbildungskapazitäten dafür zusätzlich schaffen. Gar keine Frage!

Ich erinnere an die Fragestunde von heute Morgen. Frau Schön hat mich entsprechend gelöchert, was bedeutet das für die Lehre, wie ist die Schwerpunktsetzung in der Universität. Da haben Sie Recht, da müssen wir überlegen: Wo setzen wir denn in Zukunft an unseren Hochschulen und in der Universität die Schwerpunkte, auch die Schwerpunkte unmittelbar im ziemlich nahe liegenden politischen Prozess? Wir werden darüber nachdenken müssen, wie es in den nächsten Jahren in unserem Land weitergeht.

Natürlich müssen wir uns mit Blick auf die KMK auch daran orientieren, was andere Bundesländer machen. Sie werden ja sehr erstaunt schauen, wenn wir als sehr armes Bundesland unseren eigenen Weg gehen, alimentiert von anderen Bundesländern, klein-

gerechnet, kurzgerechnet, wenn wir auf einmal sagen, wir haben es jetzt gelernt, wir müssen ein Hochschulstudium anbieten.

Was machen wir übrigens mit den vielen jungen Menschen, die in diesen Beruf hineingehen wollen, aber nicht die Qualifikation dafür haben? Auch das müssen wir einen Augenblick überlegen. Ich schiebe diesen Gedanken aber zunächst einmal beiseite, weil eigentlich das Kind im Mittelpunkt unseres Interesses stehen sollte. Deshalb sage ich, wir können es nur dann hinbekommen, wenn wir auf KMK-Ebene hier einen Schulterschluss bekommen und wenn wir in unserer Schwerpunktsetzung für die Bildung und die Vorschulbildung, ich zähle sie einfach mit dazu, sagen, wir sind bereit, dieses Geld in die Hand zu nehmen.

Dann muss ich innerhalb der Hochschule andere Schwerpunkte setzen, das heißt aber natürlich bei 100 Millionen Euro weniger von fünf bis zehn, dass ich dann noch mehr andere Berufe nicht zulassen kann, weil ich sage, in der Produktionstechnik oder bei den alten Sprachen oder bei der alten Musik reduziere ich jetzt zugunsten der ganz Kurzen. Aber das, meine Damen und Herren, geht nur über die KMK, Alleingänge können wir da überhaupt nicht machen. Es geht natürlich auch dann nur, wenn wir selbst, wenn Sie, Sie entscheiden das, Sie haben das Haushaltsrecht, entsprechende Prioritäten setzen.

Ich bin sehr angetan, so sind jedenfalls die Reaktionen aus der Universität, von der Initiative des Landesverbands der Evangelischen Kirchen zusammen mit der Bosch-Stiftung, die hier diesen Bachelorstudiengang gemacht haben. Das ist ein sehr guter Ansatz. Er soll ja insbesondere, das ist so mit der KMK abgesprochen, dazu führen, dass wir die Leitung zumindest auf diesem Niveau dann ausbilden und auch entsprechend bezahlen können. Das trauen wir uns auf der KMK-Ebene zu. Das haben wir gemeinsam entsprechend so besprochen.

Ich glaube, meine Damen und Herren, dass dieser Antrag in die richtige Richtung geht. Aus inhaltlichen Gründen kann ich mich jetzt nicht verbiegen und sagen, weil er jetzt von der Opposition kommt, finde ich ihn furchtbar. Ich finde es richtig, was Sie hier aufschreiben. Ich kann Ihnen nur nicht versprechen, dass wir das ohne die KMK und angesichts der dramatischen Haushaltslage umsetzen können. Der Gedanke, der hier vorgetragen worden ist, diesen Antrag in der eigentlich zuständigen Deputation weiter zu behandeln, ist richtig. Ich sage Ihnen gern zu, dass wir über die Wissenschaftsdeputation, über die Bildungsdeputation hier einen Schulterschluss suchen, um dieses Problem, das im Prinzip alle drei Bereiche betrifft, so weiter auf den Weg zu bringen. - Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

(D)

(A) **Vizepräsident Ravens:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Es ist Überweisung zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration beantragt worden.

Wer der Überweisung des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 16/684 zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag entsprechend.

(Einstimmig)

#### Gesetz zur Einführung des Verbandsklagerechts für Tierschutzvereine

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12. Juli 2005 (Drucksache 16/685) 1. Lesung

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Röpke.

Wir kommen zu ersten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet.

(B)

Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir Grünen haben das Gesetz zur Einführung des Verbandsklagerechts für Tierschutzvereine eingebracht, damit die Rechte der Tiere endlich besser geschützt werden. Die Voraussetzungen dafür sind gegeben. Mit der Verankerung des Tierschutzes im Grundgesetz muss die ethische Vertretbarkeit von Tierversuchen bewertet werden. Hierfür gibt es aber bisher kein einwandfreies, ausgewogenes rechtsstaatliches Verfahren. Diese Lücke zu schließen und hier für mehr Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zu sorgen, ist das Ziel des grünen Gesetzesantrags.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, das Gesetz ist mehr als überfällig und darf nicht weiter auf die lange Bank geschoben werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf des Abg. Perschau [CDU])

Bereits am 11. Mai, Herr Perschau, hören Sie zu, das war ein ganz besonderes Datum für die CDU, und ich bin da gerade am Marktplatz vorbeigegangen, haben wir den Gesetzentwurf den Fraktionen der SPD und CDU mit der Bitte um Unterstützung zukommen lassen. In fünf Monaten war die große Koalition nicht in der Lage, darüber zu entscheiden und dieses Gesetz mitzutragen. Das kann man wirklich nicht als handlungsfähig bezeichnen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, das in Anbetracht der Tatsache, dass die Zeit drängt! Herr Kreiter hat bereits einen Neuantrag zur Fortführung der invasiven Affenversuche an der Universität gestellt. Nach den vorgegebenen Fristen muss über diesen Antrag nach bisherigem Kenntnisstand bis zum 14. November dieses Jahres entschieden sein. Das heißt, in gut einem Monat soll die Entscheidung fallen, ob die Versuche weiter fortgeführt werden. Damit das Verbandsklagerecht hier noch wirksam werden kann, muss das vorliegende Gesetz während des Verwaltungsverfahrens über den Tierversuchsantrag erlassen sein. Ein weiterer Aufschub ist von daher nicht zu verantworten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Man muss hier auch deutlich sagen, wenn heute das Gesetz nicht beschlossen wird, dann könnte man es auch als Zustimmung zu den Affenversuchen interpretieren,

(Zuruf des Abg. Imhoff [CDU])

denn man ist natürlich als Parlament hier nicht nur zuständig, sondern auch verantwortlich für die Folgen, die aus dem Nicht-Handeln resultieren. Insofern ist dies sehr wohl deutlich zu betonen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Noch einmal zu dem Sachstand! Der Tierschutz ist, wie eingangs schon erwähnt, im Grundgesetz und in der Bremischen Landesverfassung verankert. Dies hat aber leider an den umstrittenen Affenversuchen der Bremer Universität bisher nichts geändert. Das zeigt aber, dass für die Wahrnehmung der Rechte der Tiere eine institutionalisierte Stellvertreterfunktion erforderlich ist. Es muss möglich werden, gegen solche Entscheidungen auch Einspruch erheben zu können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die alleinige Abhängigkeit von einer handlungsunfähigen Koalition muss beendet werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(A) Meine Damen und Herren, was ist der Kern des zur Abstimmung stehenden Gesetzes? Mit dem Verbandsklagerecht sollen anerkannte Tierschutzvereine eine Stellvertreterposition bekommen, um stellvertretend für die Tiere deren Rechte wahrnehmen zu können. Insgesamt heißt es in dem Gesetzentwurf, dass die Tierschutzvereine rechtzeitig zu informieren sind, dass sie an den behördlichen Entscheidungen mitwirken können und als letzte Stufe eine Klagemöglichkeit bekommen sollen. Das ist der Kern des Gesetzes.

Ein analoges Verbandsklagerecht gibt es im Naturschutz, gibt es im Verbraucherschutz, im Wettbewerbs- und im Gleichstellungsrecht. Ich möchte hier an der Stelle auch daran erinnern, Bremen war einmal sehr fortschrittlich, was die Umsetzung rechtsstaatlicher Prinzipien betrifft. Bremen hat nämlich sehr früh auf Landesebene das Verbandsklagerecht für Naturschutzverbände eingeführt.

(Abg. I m h o f f [CDU]: Ist nicht vergleichbar!)

Wir können hier auf eine langjährige Erfahrung zurückblicken. Was zeigt uns diese Erfahrung, Herr Imhoff? Diese Erfahrung hat gezeigt, dass es durch die rechtzeitige Information und Einbeziehung vor allem zu einem gekommen ist: zu Synergien, zu optimalem Nutzen von Wissen, von Informationen, aber auch zum Nutzen von unterschiedlichen Perspektiven. Das war eine richtige Erfolgsgeschichte, und wir wollen, dass das auch im Tierschutz wirksam wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Insofern können wir Grünen nur hoffen, dass Sie diesem Gesetz zustimmen und mit dazu beitragen, dass die bisherige rechtsstaatliche Schieflage korrigiert wird. Die Bewertung der ethischen Vertretbarkeit von Tierversuchen durch die zuständige Behörde muss einer unabhängigen Prüfung unterzogen werden können. Es muss überprüfbar werden, ob bei dieser Entscheidung wirklich eine substantielle Abwägung zwischen Forschungs- und Erkenntnisinteresse einerseits und dem Tierschutz auf der anderen Seite erfolgt ist. Darum geht es, nicht um mehr und nicht um weniger.

Jetzt, meine Damen und Herren, komme ich noch abschließend, nachdem ich den Sachstand erläutert habe, zur politischen Gefechtslage! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, bisher konnten Sie sich offensichtlich nicht mit Ihrem Koalitionspartner einigen beziehungsweise mit Ihrer Position durchsetzen. Das Ergebnis ist, wie häufig – was macht die große Koalition, was macht die Regierung? –, man entscheidet einfach nichts. Das ist aber keine Lösung, sondern demonstriert nur Handlungsunfähigkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

In diesem Fall, wenn man noch mehr Zeit verstreichen lässt, schafft man Fakten. Fakt ist nämlich, dass das vorliegende Gesetz nur dann hinsichtlich der invasiven Affenversuche wirksam werden kann, wenn es jetzt demnächst entsprechend hier verabschiedet wird. Ich hoffe, dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, in der schon seit 1997 bestehenden Tradition nicht weiter verweilen, nämlich einen Ausstieg aus den Affenversuchen zu bekunden und diesen nicht in die Tat umzusetzen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Nun meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von der CDU! Meines Erachtens können Sie sich auch nicht einer solchen Gesetzesinitiative verweigern. Sie macht nichts anderes, als ein demokratischen Defizit zu beseitigen. Es geht darum, ein transparentes und rechtsstaatliches Verfahren zu gewährleisten. Es muss zu einem substantiellen Abwägungsprozess kommen: Sind die Affenversuche wirklich unerlässlich für die medizinische Forschung, die das Leiden von Primaten rechtfertigt, oder gibt es nicht andere, vielleicht sogar erfolgversprechendere Forschungsansätze, mit denen man genau die gleichen oder sogar noch mehr Erkenntnisse gewinnen kann? Dies muss in einem fairen, rechtsstaatlichen Verfahren erfolgen, und zwar nicht nur bei den Affenversuchen, sondern immer dann, wenn Tiere leiden sollen. Das wollen wir Grünen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Bevor ich der nächsten Rednerin das Wort erteile, begrüße ich auf der Besuchertribüne recht herzlich Mitglieder des Arbeitskreises Blockdiek. Herzlich willkommen in unserem Hause!

(Beifall)

Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Tuczek.

Abg. Frau **Tuczek** (CDU)\*): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir beschäftigen uns heute mit dem Gesetzentwurf, von den Grünen eingebracht, zur Verbandsklage. Wir wissen, dass die Tierschutzverbände bereits seit 1994 mit der Gießener Erklärung das Verbandsklagerecht für die Tierschutzvereine eingefordert haben. Aus Sicht der Tierschutzverbände kann ich diese Forderung verstehen. Es gibt allerdings eine Reihe von Argumenten, die dagegen sprechen und die man sehr ernst nehmen muss. Es geht hierbei um den Standort Deutschland.

(Lachen und Unruhe beim Bündnis 90/ Die Grünen) (D)

<sup>\*)</sup> Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) Es geht hierbei um Forschung und Entwicklung, es geht hierbei um Know-how, was wir als rohstoffarmes Land brauchen, und es geht nicht zuletzt um Arbeitsplätze.

Das Tierschutzgesetz, meine Damen und Herren, ist ein Bundesgesetz, und dort ist eine Verbandsklage nicht vorgesehen, auch nicht bei der Novellierung des Tierschutzgesetzes unter der Bundesregierung Rotgrün. Im Gegenteil, die SPD und die Grünen wurden 2002 von den Tierschutzverbänden aufgefordert, die Einführung der Verbandsklage in die Koalitionsvereinbarung aufzunehmen, was bewusst nicht geschah, weil man natürlich erkannt hat, welche Auswirkungen dies nach sich zieht.

Das Land Schleswig-Holstein hat im letzten Jahr einen Gesetzentwurf mit der Zielsetzung in den Bundesrat eingebracht, die Verbandsklage in das Tierschutzgesetz aufzunehmen. Der Bundesrat hat es mit folgender Begründung abgelehnt, ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten: "Durch die Einführung eines Verbandsklagerechts wird die große Gefahr weiterer, in ihren Auswirkungen enormer Belastungen für den Pharma- und Forschungsstandort Deutschland gesehen. Durch mögliche verbandsklagebedingte Verzögerungen wird für die Medikamentenentwicklung in Deutschland ein zusätzlicher Risikofaktor geschaffen, der Firmen unter Umständen dazu zwingt, entscheidende Medikamentenentwicklungen nicht mehr in Deutschland durchzuführen. Mit der vorgeschlagenen Regelung würden zudem zukünftige Investitionen in innovative und forschungsintensive Projekte verhindert. Aus den vorgenannten Gründen kann ein Verbandsklagerecht für Tierschutzvereine nicht unterstützt werden." Das, meine Damen und Herren, sehen wir ähnlich.

(B)

Die Grünen haben nunmehr in verschiedenen Landtagen ein Gesetz zur Einführung des Verbandsklagerechts für Tierschutzvereine auf Landesebene vorgelegt, wobei der bei uns eingebrachte Entwurf der weitestgehende ist. Hier werden ein Rechtsbehelf und eine Mitwirkung der Vereine bei Stellungnahmen des Landes zu tierschutzrechtlichen Rechtssetzungsvorhaben des Bundes und bei bau- und immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren gefordert. In Baden-Württemberg zum Beispiel ist nur ein Rechtsbehelf gefordert worden. Außerdem findet sich nur im Bremer Entwurf im Paragraphen 4 der Anspruch auf Informationen über den Tierschutz.

Meine Damen und Herren von den Grünen, Frau Dr. Mathes, Sie haben eben auf die Vergleichbarkeit mit dem Bremischen Naturschutzgesetz hingewiesen. Der wesentliche Unterschied zwischen der Verbandsklage im Naturschutzgesetz und dem vorgelegten Entwurf ist die Einzelfallanwendung auf alle Genehmigungsverfahren im Tierschutz. Die Tierschutzverbände bekämen die Möglichkeit, gegen die gesamte Arbeit der zuständigen Verwaltungen Rechtsbehelfe einzulegen, was die Verfahren aufwendiger, länger und teurer macht. Im Wesentlichen sind die

Bereiche Landwirtschaft sowie biomedizinische und pharmazeutische Forschung davon betroffen, wo zirka 85 Prozent der Experimente gesetzlich vorgeschrieben sind.

Es wird von vielen befürchtet, meine Damen und Herren, dass das Verbandsklagerecht in erster Linie gezielt zur Verhinderung tierexperimenteller Forschung an den Universitäten und Großforschungseinrichtungen des Bundes und der Länder sowie der Industrie eingesetzt werden wird. Befürchtet wird ein großer Zeitverlust durch langwierige Gerichtsverfahren, der Verlust von Drittmitteln, die über einen Zeitraum von einem bis zu drei Jahren bewilligt werden. Große und kleinere Projekte wären hiervon gleichermaßen betroffen. Großprojekte würden sich nicht mehr in Bremen ansiedeln beziehungsweise abwandern. Kleineren Projekten des Nachwuchses und des Mittelbaus würden die Ressourcen für die Beantragung fehlen. Davon haben Sie nichts gesagt! Deswegen hat Rotgrün auf Bundesebene die Verankerung im Tierschutzgesetz auch nicht vorgeschlagen.

Der Kanzler hat sich erst kürzlich dafür ausgesprochen, den Bereich der roten Gentechnik weiter auszubauen, und das bedeutet auch Tierversuche, das wissen wir alle. Ich denke, dass die SPD dies wahrscheinlich auch mittragen würde. Durch die Einführung einer Klagemöglichkeit entsteht für die Forschung, für unsere Hochschulen und Universitäten eine erhebliche Planungsunsicherheit. Ganz besonders wären davon in Bremen vor allen Dingen das Zentrum für Kognitionswissenschaften an der Universität – das wollen Sie damit ja auch erreichen – und das Zentrum für Neurowissenschaften betroffen.

Mit großer Sorge wird auch von den Wissenschaftlern die Forderung nach einer frühzeitigen Information von Tierschutzvereinen über Forschungsvorhaben gesehen. Damit, meine Damen und Herren, sind nicht nur die Belange des Datenschutzes gemeint.

Bevor wir aber über den Gesetzentwurf entscheiden, muss geprüft werden, ob es einem Bundesland überhaupt möglich ist, ein solches Klagerecht einzuführen. Wir sehen das nicht. Die Einführung eines Verbandsklagerechts für Tierschutzvereine bezieht sich auf Sachverhalte, die regelmäßig über die Grenzen eines Landes hinaus weisen und nicht primär von örtlichen oder regionalen Besonderheiten geprägt sind. Ohne die Vorgabe eines bundeseinheitlichen Rahmens besteht die Gefahr einer Zersplitterung rechtlicher Regelungszusammenhänge, die es insbesondere der Wirtschaft und der Forschung erschweren würden, geltendes Recht zu beachten und einzuhalten.

Das Tierschutzgesetz ist, wie gesagt, ein Bundesgesetz. Der Bundesgesetzgeber hat für den Bereich des Tierschutzes entgegen Ihrer Auffassung, Frau Dr. Mathes, eine bewusste Entscheidung gegen das Verbandsklagerecht getroffen. Er hat sozusagen im Rahmen seiner Gesetzgebungskompetenz davon in

(A) negativer Weise Gebrauch gemacht. Ein Gebrauchmachen im Sinne von Artikel 72 Grundgesetz kann auch in dem absichtsvollen Unterlassen einer Bundesregelung liegen, die eine Sperrwirkung für die Länder erzeugt. Das wird auch aus der Rechtsprechung der letzten Jahre deutlich. Ich will es heute hier nicht im Einzelnen weiter ausführen.

Aus Sicht der CDU scheitert schon allein aus rechtlicher Sicht wegen der fehlenden Gesetzgebungskompetenz die Einführung einer Verbandsklage für Tierschutzvereine. Wir wollen es aber genau prüfen lassen, und deswegen beantragen wir heute, die erste Lesung dieses Gesetzentwurfs zu unterbrechen und ihn mit der Bitte um Prüfung an den Rechtsausschuss zu überweisen, ob das Land Bremen überhaupt ein eigenes Gesetz erlassen kann. Außerdem soll der Gesetzentwurf auch an die Deputationen für Wissenschaft, für Gesundheit und für Bau zur Beratung überwiesen werden, wobei die Federführung bei dem Rechtsausschuss liegen soll. – Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Ravens:** Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Peters-Rehwinkel.

Abg. Frau **Peters-Rehwinkel** (SPD)\*): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! Ich fange einmal so an: Als ich eben gerade aus der Mittagspause wieder in das Haus kam, habe ich ein Flugblatt in die Hand bekommen, auf dem zwei nicht so schöne Bilder sind. Darunter steht: Ich kann nicht klagen! Das möchte ich einfach einmal als wirklich hauptsächlichen Anlass nehmen, dieses Verbandsklagerecht auch einzuführen, was von Seiten unserer Fraktion auch tendenziell doch sehr unterstützt wird.

Bevor ich aber jetzt näher darauf eingehe, möchte ich einfach einmal deutlich machen, dass es einen Unterschied zwischen Tierschützern und Tiernutzern gibt. Auf der einen Seite gibt es eine Lobby, auf der anderen Seite gibt es keine. Wenn jetzt mit der Staatszielbestimmung, also mit der Tatsache, dass der Tierschutz nun ein Rechtsgut mit Verfassungsrang geworden ist, schon ein großer Erfolg erzielt wurde, dann ist meines Erachtens und auch nach Ansicht unserer Fraktion zwar ein großer Schritt erfolgt, der zweite aber für die praktische Umsetzung fehlt einfach und muss dringend nachgeholt werden.

(Beifall bei der SPD)

Es geht bei dieser Verbandsklage darum, dass zum einen eine Klagebefugnis eingeräumt wird, zum anderen eine Mitwirkung anerkannter Tierschutzvereine darin verankert ist. Es geht also nicht um irgendwelche Tierschutzvereine, die sich jetzt gerade einmal konstituieren, sondern es ist schon so, dass diese Vereine ein Anerkennungsverfahren durchlaufen. Sie müssen fünf Jahre in einer zweckentsprechenden Art und Weise tätig geworden sein. Es wird für irgendwelche Gruppierungen also nicht Tür und Tor geöffnet. Es ist, wie eben auch schon gesagt wurde, nichts Neues. Es gibt dieses Verbandsklagerecht im Verbraucherschutz- und im Naturschutzrecht. Insofern ist es jetzt kein völlig neues Konstrukt, auf das man sich dort einlassen würde.

Wenn ich jetzt gerade gehört habe, dass es zum Beispiel Kritik gibt, dass sich die Wissenschaftsebene darüber beschweren könnte, dass hier nun alles völlig ausgebremst würde, dass unser Standort darunter leidet, kann ich nur sagen, wenn Sie, Frau Tuczek, jetzt gerade sagen, dass es für unseren Standort Universität auch so schlecht ist: 80 000 Bremer haben befunden, dass ein Verbandsklagerecht eingeführt werden kann. Es kann also auch sein, dass man die Sache andersherum aufzieht und sagt, es ist schlecht für unseren Standort, so zu reden und zu agieren wie Sie!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Sie haben auch gerade auf die Gesetzgebungskompetenz abgehoben, und nach meinem Kenntnisstand ist es so, dass dies jetzt einfach nicht geregelt wurde. Es heißt aber nicht, dass dies bewusst nicht geregelt wurde. Wenn der Bund dies nicht geregelt hat, ist es möglich, dass die Länder regeln können. Beides steht alternativ nebeneinander. Das heißt nicht, wenn jetzt der Gesetzentwurf von Schleswig-Holstein abgelehnt wurde – wobei der Bundestag damit nicht befasst war –, dass damit explizit zum Ausdruck gebracht wurde, dass keine ländergesetzliche Regelung erfolgen soll. Wir können es hier durchsetzen. Ich denke, wir sollten es auch gemeinsam schaffen.

Es geht nicht nur darum, die Affenversuche zu verhindern. Das ist für mich insbesondere ein tragender Grund, das kann ich hier auch so offen sagen, aber es geht um mehr. Es geht darum, dass Tiere vor nicht artgemäßer Haltung geschützt werden sollen. Sie sollen vor vermeidbaren Leiden geschützt werden, und es soll die Zerstörung von Lebensräumen verhindert werden. Für all diese Dinge ist eine solche Klagebefugnis möglich.

(Beifall bei der SPD – Abg. I m h o f f [CDU]: Artgerecht!)

Ja, artgerecht kann zum Beispiel überprüft werden – –.

(Abg. Perschau [CDU]: Das kann man lokal lösen!)

(D)

<sup>\*)</sup> Von der Rednerin nicht überprüft.

#### (A) Bitte?

(B)

(Abg. Perschau [CDU]: Das sollte man lokal lösen und nicht national oder europäisch!)

Ich sehe es anders, und jetzt rede gerade ich!

(Heiterkeit und Beifall – Zuruf des Abg. Pflugradt [CDU])

Ich bin ja auch adäquat darauf eingegangen! Wie dem auch sei, jetzt rede ich einfach einmal weiter.

Dass die CDU befürwortet, dass es noch einmal überwiesen wird, dem schließen wir uns unter dem Aspekt an, dass diese gesetzliche Regelung eine wirklich qualitativ gute Ausgestaltung bekommen sollte, denn, da muss ich dann Frau Dr. Mathes ein bisschen widersprechen beziehungsweise noch etwas hinzufügen, es geht meines Erachtens, wie eben schon gesagt, nicht nur um die Affenversuche, wenn es jetzt auch eine Dringlichkeit ist, die im Raum steht. Es geht aber auch um die anderen Dinge, die in dem Gesetzentwurf stehen. Es handelt sich um ein gesetzliches Regelwerk, und es gibt ja den Spruch, drei Juristen, fünf Meinungen. Da kann man dann vielleicht noch einmal genauer hinschauen.

Insofern wird von unserer Seite dann eine Überweisung an die entsprechenden Ressorts und eine insgesamt größere Beteiligung unter Hinzuziehung von Fachleuten befürwortet. Damit nehmen wir auf, was unser Fraktionsvorsitzender auch initiiert hat, unsere Partei befürwortet ebenfalls ein solches Unterfangen. Ich denke, dass wir es dann insgesamt auf den Weg bringen sollten.

Schade finde ich, dass hier ganz zu Anfang der Debatte angestrebt wurde, noch einmal einen Hieb auf die Koalition auszuteilen. Das finde ich dieser Sache nicht angemessen, das möchte ich einfach noch einmal sagen.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte Sie dazu auffordern, dass wir gemeinsam daran arbeiten, es möglichst schnell hinzubekommen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Ravens:** Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Ich lasse den Damen und Herren noch ein bisschen Zeit, damit Sie hinauslaufen können!

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir behandeln heute mit der Drucksache 16/ 685 den Antrag "Gesetz zur Einführung des Verbandsklagerechts für Tierschutzvereine". Meine Damen und Herren, da die Deutsche Volksunion sich nachweislich schon immer vehement für den Tierschutz insgesamt eingesetzt hat und ich namens der Deutschen Volksunion in dem von mir eingebrachten Antrag "Keine weiteren Affenversuche an der Bremer Uni" noch ausführlicher zum Thema Tierschutz Stellung beziehen werde, möchte ich mich aber trotzdem noch kurz zu diesem Antrag äußern.

Der Antrag "Gesetz zur Einführung des Verbandsklagerechts für Tierschutzvereine" ist schon längst überfällig, denn Tiere können nicht klagen, Tiere sind den schrecklichen Grausamkeiten, die ihnen der Mensch täglich bestialisch zufügt, hilflos und schutzlos ausgeliefert. Selbstverständlich hat die Deutsche Volksunion die Unterschriftenaktion des Tierschutzbundes sehr gern und zahlreich unterstützt. Unsere Mitgeschöpfe werden täglich grausam und schrecklich gefoltert. Sie werden geschlagen, getreten, verbrüht, bestialisch gejagt und nur so zum Spaß grausam gequält, unmenschlich und qualvoll transportiert, missbraucht, schmerzvoll geschächtet. Damit muss Schluss gemacht werden! Auf das grausame unendliche Thema "Tierversuche an der Bremer Universität" werde ich nachher oder morgen, je nachdem, wann es an der Reihe ist, noch sehr viel ausführlicher einge-

Meine Damen und Herren, was der Mensch dem Tier antut, kann er in seinem ganzen Leben nie wieder gutmachen. Selbstverständlich werde ich im Namen der Deutschen Volksunion diesen Antrag uneingeschränkt und überparteilich unterstützen und ihm zustimmen. Auch wenn dieser Antrag viel zu spät eingebracht worden ist, ist er jedenfalls schon einmal ein kleiner, ganz kleiner Schritt in die richtige Richtung.

Alle Politiker haben eine große politische, moralische Verantwortung gegenüber unserem Mitgeschöpf, dem Tier. Tiere können sich nicht selbst helfen und sich nicht selbst schützen. Tiere sind zwingend auf unseren Schutz, unsere Hilfe und unser Mitgefühl angewiesen. Darum sollten Sie alle überparteilich diesem guten Antrag zustimmen!

Da die politische Arbeit und das Programm der Deutschen Volksunion auch zu dem sehr wichtigen Thema Tierschutz von den Medien wohlweislich undemokratisch verschwiegen werden, sogar der Tierschutzbund hat einige Parteien zur Bundestagswahl befragt, sogar die ehemalige SED, PDS, nur die Deutsche Volksunion wird programmatisch selbstverständlich nicht in diesem Bericht erwähnt. Ich möchte kurz die Stellungnahme der Deutschen Volksunion zur allgemeinen demokratischen Kenntnisnahme hier einmal ausführen.

Die Deutsche Volksunion ist uneingeschränkt für die Verbandsklage für Tierschutzvereine, für das Verbot der Käfighaltung von Legehennen, für das Heimtiergesetz, für die Förderung des Tierschutzbundes

(A) aus Bundesmitteln und natürlich gegen die grausamen, schrecklichen Tierversuche an der Bremer Universität, gegen die schrecklichen, unendlich weiten Tiertransporte, Massentierhaltung und südeuropäischen Singvogelmorde, Stierkämpfe und so weiter. Dagegen hat die Deutsche Volksunion vehement schon immer gekämpft. Das können Sie auch seitenlang in den Protokollen der Bürgerschaft nachlesen.

Meine Damen und Herren, für die Deutsche Volksunion hat der Tierschutz einen besonders hohen Stellenwert. Er steht mit an erster Stelle, das können Sie im DVU-Parteiprogramm nachlesen. Die Deutsche Volksunion wird sich auch weiterhin rigoros für den Tierschutz einsetzen, auch wenn diese Tatsache von den Medien und sogar vielleicht vom Tierschutzbund verschwiegen wird. Es ist egal, es geht uns einzig und allein nur um das Wohl und die Interessen der Tiere und um die Umsetzung und effektive Durchsetzung des gesetzlich verankerten Tierschutzes. Es wird nämlich immer noch nicht danach gehandelt.

Auf meinen ausführlichen Redebeitrag zum Thema Tierversuche können Sie sich jetzt schon einmal freuen, der kommt heute oder morgen an die Reihe. Frau Dr. Mathes, nach Ihrer herzzerreißenden Aussage und Ihrem Redebeitrag vorhin kann ich wahrscheinlich davon ausgehen, dass Sie und Ihre Fraktion heute oder morgen meinem Antrag "Keine Affenversuche an der Bremer Uni" zustimmen werden. Ansonsten wäre das unehrlich! – Ich danke Ihnen!

**Vizepräsident Ravens:** Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zu meinem Vorredner wollte ich nur eine Anmerkung machen! Ich finde eigentlich das Thema zu ernst und zu wichtig, als dass man das populistisch ausnutzt, und ich finde das schade an der Stelle.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU – Zuruf des Abg. Tittmann [DVU])

Eine Ergänzung zu Frau Tuczek! Sie hat ja dargelegt, dass die Initiative auf Bundesebene nicht realisiert werden konnte, weil sie am Bundesrat gescheitert ist. Was sie aber nicht erwähnt hat, ist, dass sie im Bundesrat gescheitert ist durch die CDU-regierten Länder, aber Rotgrün es wollte.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Mein eigentlicher Punkt aber, warum ich mich noch einmal gemeldet habe, ist der: Die Überweisung wird ja heute beschlossen. Wir Grünen werden uns dem auch nicht verstellen, weil es für uns wichtig ist, dass es jetzt wenigstens auf den Weg kommt. Die Überweisung zur Beratung und zur Berichterstattung in den Rechtsausschuss war ja von den Koalitionsfraktionen beantragt, wenn ich das richtig verstanden habe, und ich möchte das bitte ergänzen "zur Beratung und Berichterstattung bis zum Ende des Jahres hier wieder in der Bürgerschaft", so dass das nicht noch länger in die Endlosschleife geht. Um diese Ergänzung bitte ich!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsident Ravens:** Die nächste Rednerin ist Frau Senatorin Röpke.

Senatorin Röpke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte aus meiner Sicht nur kurz Stellung dazu nehmen. Der Senat hat sich noch nicht mit dieser Gesetzesinitiative beschäftigt. Insofern gibt es auch keine Position des gesamten Senats. Ich halte die Entscheidung, die wahrscheinlich gleich getroffen wird, diese Gesetzesinitiative an den Rechtsausschuss zu überweisen – federführend mit Beteiligung der Deputationen für Gesundheit, für Wissenschaft und für Bau –, für eine kluge Entscheidung, weil das, was hier auf dem Tisch des Hauses liegt, doch eine durchaus komplizierte Materie ist.

Frau Dr. Mathes hat Recht, wir haben sehr gute Erfahrungen mit der Verbandsklage im Naturschutzrecht gemacht. Das hat sich in der Tat sehr gut bewährt. Daraus kann man sicherlich bestimmte Schlüsse ziehen. Aber man kann es nicht eins zu eins auf die doch deutlich anders geartete Rechtsmaterie des Tierschutzes übertragen. Das muss man anders beurteilen. Da muss man doch sehr genau hinschauen, wie sich eine solche Verbandsklage auf Tierschutzaspekte und Genehmigungsverfahren auswirken würde. Insofern finde ich auch da die Entscheidung richtig, erst einmal die Fachgremien zu beteiligen, eine deutliche Würdigung der unterschiedlichen Herangehensweisen und Argumente, die auch heute hier vorgetragen worden sind, in diesen Gremien vorzunehmen und dann das Ganze hier wieder zusammenzuführen. Das ist ausgesprochen hilfreich.

Eine Verbandsklage hat natürlich immer den Vorteil, dass sie für mehr Transparenz des Verwaltungshandelns sorgt. Das wird von allen hier im Haus so gesehen. Das führt auch dazu, dass bestimmte Grundsatzentscheidungen des Verwaltungshandelns überprüft werden. Das sind Vorteile einer Verbandsklage. Was den Tierschutzaspekt betrifft, muss man auf der anderen Seite natürlich auch noch einmal die Frage stellen: Wie geht dieser Entwurf mit der Frage der Rechtssicherheit der Antragsteller um? Da gibt es aus meiner Sicht Fragestellungen, die durchaus noch einer näheren Betrachtung bedürfen. Insofern denke ich, dass wir in den Deputationen diesen gesamten Komplex ausreichend würdigen.

Ich möchte aber noch auf einen Aspekt hinweisen, den wir im Gegensatz zu anderen Verwaltungsbe-

(D)

(A) reichen im Tierschutz haben! Es gibt ja jetzt schon nach dem Tierschutzgesetz eine Tierschutzkommission, die berät. Diese Tierschutzkommission ist zu einem Drittel der Personen aus den Tierschutzorganisationen besetzt. Da gibt es also jetzt schon ein Gremium, wo die Tierschutzorganisationen einbezogen sind. Das sollte mit bedacht werden. Wir sollten uns diesen Komplex noch einmal sehr genau ansehen, bevor dann das Parlament zu einer Entscheidung kommt. – Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Ravens:** Der nächste Redner ist der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Dr. Mathes, ich möchte kurz auf Ihren Vorwurf eingehen, ich würde hier populistische Reden halten! Sie haben vollkommen Recht. Ich habe meinen Redebeitrag sachlich und ruhig vorgetragen, weil das Thema wichtig ist, und zweitens kann ich hier keine populistischen Reden halten, weil meine gesamte Arbeit und meine Reden von den Medien und von der Presse verschwiegen werden. Es geht mir also nur um die Sache, nur um den Tierschutz und um die Durchführung des Tierschutzgesetzes. Wenn ich populistische Reden halten würde, wäre es natürlich gut, wenn ich die Medien hinter mir hätte, habe ich aber nicht. Daran können Sie erkennen, dass es mir nur um die Sache geht. – Danke!

**Vizepräsident Ravens:** Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Es ist Einigung darüber erzielt worden, die erste Lesung zu unterbrechen und das Gesetz zur Einführung des Verbandsklagerechts für Tierschutzvereine, Drucksache 16/685, zur Beratung und Berichterstattung, und dies bis Ende Februar 2006, an den Rechtsausschuss federführend und die staatlichen Deputationen für Arbeit und Gesundheit, für Wissenschaft sowie für Bau und Verkehr zu überweisen.

Ich lasse nun darüber abstimmen.

Wer der Unterbrechung der ersten Lesung und der Überweisung des Gesetzes zur Einführung des Verbandsklagerechts für Tierschutzvereine zur Beratung und Berichterstattung bis zum Ende Februar 2006 an den Rechtsausschuss federführend und die staatlichen Deputationen für Arbeit und Gesundheit, für Wissenschaft sowie für Bau und Verkehr zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(B)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) unterbricht die erste Lesung und überweist entsprechend.

(Einstimmig)

# Bericht über die Tätigkeit der mit Förderaufgaben beauftragten juristischen Personen des privaten Rechts für das Jahr 2004 (Beleihungsbericht 2004)

Mitteilung des Senats vom 12. Juli 2005 (Drucksache 16/687)

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Hier ist Überweisung zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss vorgesehen.

Wer der Überweisung des Berichtes über die Tätigkeit der mit Förderaufgaben beauftragten juristischen Personen des privaten Rechts für das Jahr 2004 mit der Drucksachen-Nummer 16/687 zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushaltsund Finanzausschuss seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) überweist entsprechend.

(Einstimmig)

(D)

# Luftqualität verbessern – Feinstaubbelastung von Industrieanlagen verringern

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12. Juli 2005 (Drucksache 16/690)

Dazu

# Mitteilung des Senats vom 16. August 2005

(Drucksache 16/726)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Staatsrätin Kramer.

Gemäß Paragraph 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen.

Ich gehe davon aus, Frau Staatsrätin, dass Sie die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht mündlich wiederholen möchten.

Auf die Antwort des Senats auf Große Anfragen folgt eine Aussprache, wenn dies Mitglieder der Bürgerschaft in Fraktionsstärke verlangen.

(A) Ich frage, ob in eine Aussprache eingetreten werden soll.

Das ist der Fall.

Dann erteile ich das Wort Frau Kollegin Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Feinstaub kann die menschliche Gesundheit gefährden. Es ist von daher besonders wichtig, diese Belastung insbesondere auch für Kinder zu verringern. Die Einhaltung der europäischen Grenzwerte für Feinstaub in der Luft bereitet bekanntermaßen in Bremen Probleme. Hinsichtlich der Neuenlander Straße ist bekannt, dass hier die Grenzwerte schon seit längerem dieses Jahr nicht mehr eingehalten werden. Ganz neu ist aber, dass nach der gestrigen Information des Umweltsenators im Internet auch am Dobbenweg/Ecke Bismarckstraße der Wert von 50 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft 35g Mal überschritten wurde. Hier wird also ganz deutlich gezeigt, welcher Handlungsbedarf besteht.

Ich möchte noch einmal, weil es so aktuell ist und auch die Staatsrätin da ist, fragen, ob das Ressort im Moment schläft, weil es notwendig wäre, einen Aktionsplan unmittelbar vorzulegen, mit welchen Maßnahmen dieser Überschreitung des europäischen Grenzwertes entgegengewirkt werden soll. Im Moment ist der Umweltsenator offensichtlich untergetaucht. Es ist nichts zu hören hinsichtlich der entsprechenden Notwendigkeiten.

Das ist aber nur ein Teil des Problems. Es geht in dieser Großen Anfrage im Wesentlichen um die Hintergrundbelastung. Da ist festzuhalten, dass nicht nur für Feinstaub, sondern auch im Bereich der Stickoxide die künftigen Grenzwerte in Bremen schwer einhaltbar sein werden. Diese Schadstoffe werden nicht ausschließlich durch den Verkehr verursacht. Sie entstehen auch bei Industrieprozessen sowie in Kraft- und Fernheizwerken, Haushalten, Kleinverbrauchern und bei Schuttgutumschlägen. Dies trägt zu einer weiträumigen Grundbelastung bei.

Neben dem Verkehrssektor besteht auch Handlungsbedarf bei den anderen Verursachern. Die ehemalige rotgrüne Bundesregierung hat da in den letzten Jahren zahlreiche Regelungen beschlossen, die zu einer Emissionsminderung und Verbesserung der Luftqualität durch stationäre Anlagen führen sollen. Diese betreffen auch den Feinstaub. Durch die Dreizehnte Novellierung der Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes und durch die neue Technische Anleitung Luft wurden die Voraussetzungen für eine Immissionsverringerung bei Feuerungsanlagen in Kraft- und Fernheizwerken geschaffen. Mit der Verschärfung der Siebzehnte Immissionsschutzverordnung soll eine Reduktion der Emissionen bei der Mitverbrennung von Abfällen erzielt werden.

Diese Regelungen können jedoch nur dann ihre Wirkung entfalten, wenn sie auch konsequent vollzogen werden. Der Vollzug ist Aufgabe der Bundesländer. Der Senat muss zur Verbesserung der Luftqualität auch dafür Sorge tragen, dass die gesetzlichen Vorschriften eingehalten und kontrolliert werden. Soweit zum Hintergrund!

Meine Damen und Herren, um unseren Job als Abgeordnete richtig auszufüllen und auch entsprechend die Exekutive zu kontrollieren, haben wir die grüne Anfrage gestellt. Frage ist also: Nimmt der Senat hier seine hoheitliche Aufgabe angemessen wahr? In der Summe muss man sagen: Im Großen und Ganzen ja, bezogen auf die Hintergrundbelastung! Das Defizit bezüglich Dobbenweg/Bismarckstraße habe ich gerade angesprochen, da ist es offensichtlich nicht der Fall, aber bezüglich der Frage der Hintergrundbelastung kann man das im Großen und Ganzen bejahen.

Es bleiben im Wesentlichen drei kritische Punkte anzumerken: Einerseits stuft der Senat fälschlicherweise den Immissionsanteil von Industrie und Kraftwerken für die Innenstadt als gering ein. Es wird an dieser Stelle in der Mitteilung auf die Stellungnahme des Sachverständigenrates für Umweltfragen verwiesen, der den Anteil der Industrieanlagen an der Gesamtimmission auf ein Prozent beziffert. Es ging bei der Fragestellung aber nicht um die Innenstadt, sondern um die Gesamtimmission in den Städten Bremen und Bremerhaven.

Im Beispiel des Sachverständigenrates für Umweltfragen hatte die städtische Hintergrundbelastung an einer Verkehrsmessstation zum Beispiel in Berlin einen Anteil von 27 Prozent, die Belastung aus dem regionalen Hintergrund war mit 47 Prozent deutlich höher. Dies ist ein Indiz dafür, dass bei der teilweise großen Bedeutung der Belastung der Luft mit Feinstaub durch Industrieanlagen – also nicht an allen Stellen einer Stadt, sondern lokal unterschiedlich – auch noch Handlungsbedarf besteht, diese Freisetzung von Schadstoffen aus den Industrieanlagen zu verringern.

#### (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, die genannten einschlägigen Gesetze und Verordnungen, die ja von Rotgrün in der letzten Legislaturperiode im Wesentlichen auf den Weg gebracht wurden, erfordern den Vollzug durch die Bundesländer und hier als ersten Schritt, dass die relevanten Anlagen daraufhin überprüft werden, ob sie mehr als die erlaubten Schadstoffmengen freisetzen, das heißt, es ist zu prüfen, ob die Anlagen die Emissionsgrenzwerte einhalten. Hier ist der Senat deutlich im Verzug. Es gibt im Land Bremen 290 genehmigungsbedürftige Anlagen, die kontrolliert werden müssten. Dies erfolgt in der Regel im Rahmen der so genannten Umweltinspektion. 2004

(D)

(D)

(A) wurden allerdings nur 70 Anlagen vor Ort besichtigt. Hier besteht noch Handlungsbedarf, damit die notwendige Kontrolle und Überwachung auch flächendeckend umgesetzt wird.

Außerdem, das ist dann der letzte, doch etwas zu bemängelnde Punkt zu der Mitteilung des Senats, in der gesamten Mitteilung – wir befinden uns ja hier im Landtag, zur Erinnerung – kommen Industrieanlagen aus Bremerhaven überhaupt nicht vor, und ich war dann ganz erstaunt, weil ich ja aus den europäischen Registern weiß, dass einige dort sind, die erhebliche Mengen auch an Feinstaub freisetzen. Wie gesagt, es ist so, dass die Aussagen sich alle auf die Stadt Bremen beziehen. Hier besteht Nachbesserungsbedarf. Wir müssen auch die Klarheit und Wahrheit über Bremerhaven haben, und das würde ich bitten nachzubessern. Ansonsten danke ich für die Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsident Ravens:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Imhoff.

Abg. Imhoff (CDU)\*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir debattieren hier heute zum Thema Feinstaubbelastung von Industrieanlagen. Feinstaub, Rußfilter oder Emissionen, das sind nur die Schlagworte, mit denen wir uns wegen einiger EU-Verordnungen beschäftigen müssen. Doch wir werden uns nicht wegen der vorgeschriebenen Verordnungen damit befassen, sondern weil uns das Wohl unserer Bürger am Herzen liegt.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Emissionen, egal welcher Art, haben einen großen Anteil daran, ob Menschen sich in ihrer Umwelt wohl fühlen und ob sie gesund leben können. Diese beiden Punkte liegen der CDU sehr am Herzen, denn auch das macht eine Stadt erst lebenswert.

Dass wir uns um die Luftreinhaltung kümmern, zeigt allein die Maßnahme, dass wir jedes Jahr in der Umweltdeputation einen Jahresbericht für Emissionsschutz bekommen und ihn dann diskutieren, um dann Verbesserungen für unsere Stadt zu bewirken. Unzählige Gesetze schreiben uns dabei vor, welche Mindeststandards wir einzuhalten haben, was letzten Endes auch richtig ist, denn es kann nicht jeder in die Luft blasen, was er will, wo wären wir dann am Schluss!

Meine Damen und Herren, wie sieht es in Bremen mit Feinstaub und Stickoxiden aus, was beides zusammenhängt, und was machen wir gegen die Belastung? Oder vielmehr die Frage, die auch in der Antwort des Senats beantwortet wird: Wie hoch ist der Anteil der Luftverschmutzung, der durch Industrieanlagen verursacht wird? Die Antwort ist eindeutig. Die Hintergrundbelastung von Feinstaub aus Industrieanlagen in Bremen beträgt durchschnittlich sieben, maximal 13 Prozent. Im Bereich der Gewerbebetriebe sind es hauptsächlich Stahlwerke und die Kraftwerke, die für Belastungen verantwortlich sind. Doch sie halten sich an den gesetzlichen Rahmen, auch wenn es alte Anlagen sind, denn es gibt Übergangsfristen, die erst spätere Umstellung erfordern.

Ein großer Punkt in Sachen Luftverschmutzung ist das Abfackeln von nicht zu verwertenden Gasen. Das ist der aktuelle Punkt, den Sie gerade ansprechen, mit der Überschreitung der Grenzwerte. Dies geschieht auch in Bremen und hätte bei der letzten Gesetzesnovellierung im Bund angepackt werden müssen. Doch auf den Druck der Stahlindustrie hin wurde das unter den Tisch gekehrt. Wer war zu dem Zeitpunkt denn in der Bundesregierung? Das waren die Grünen, und sie sind eingeknickt auf Druck der Industrie.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Die sind noch in der Regierung! Immer korrekt bleiben!)

Ja, okay, noch ein paar Tage, Gott sei Dank!

Deswegen bitte ich auch die Grünen darum, sich nicht immer als die Saubermänner der Nation darzustellen!

(Beifall bei der CDU)

Jetzt nehme ich erst einmal einen Schluck, hier kostet es ja nichts!

(Heiterkeit – Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Es kostet nicht Ihr Geld! – Abg. Focke [CDU]: Ist aber auch kein Pernod!)

Festzuhalten bleibt, dass die Feinstäube beziehungsweise Stickoxide in unserer Stadt, die durch die Industrie oder Gewerbe verursacht werden, kaum eine Rolle spielen, zumindest in der Hintergrundbelastung. Die großen Verursacher sind die Autos und Lkw. Über Rußfilter und die Belastung von Straßen haben wir hier ja schon diskutiert. Das ist eine schwierige Aufgabe, die wir alle in den nächsten Jahren lösen müssen. Momentan sind wir in diesen Bereichen noch gesetzeskonform durch unseren Luftreinhalteplan. Doch weitere Maßnahmen, um Grenzwerte einzuhalten, sind in den nächsten Jahren wohl unumgänglich.

(Abg. Frau Dr. Mathes [Bündnis 90/ Die Grünen]: Nein, Dobbenweg und Bismarckstraße! Habe ich gerade gesagt!)

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

(A) Ich sage es ja auch gerade.

(Zuruf der Abg. Frau Dr. Mathes [Bündnis 90/Die Grünen])

Wir gehen jedenfalls davon aus, Frau Dr. Mathes, dass wir mit dem Bau der A 281, also dem Schluss des Autobahnringes um Bremen, eine massive Entlastung der Luftproblemzone in unserer Stadt bewirken. Genau das ist der Punkt! In diesem Punkt wird wieder der Unterschied zwischen den Grünen und der CDU deutlich. Man kann Problemstraßen nicht einfach für Lkw sperren, so wie die Grünen es wollen. Damit treiben sie die Lkw in die Wohngebiete, und das genau will die CDU nämlich nicht!

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch einmal auf den Punkt Feinstaub zurückkommen! Feinstaub entsteht auch durch Verbrennung von Kohle, Öl und Holz. Damit sind die meisten privaten Haushalte betroffen, wenn sie im Winter heizen. Nun kann und will ich niemandem verbieten, dass er heizen soll, doch ich möchte Ihnen einmal deutlich machen, wie man mit einer politischen Meinung auch einmal falsch liegen kann. Die Grünen sagen immer, dass durch die höhere Besteuerung von Energie die Leute sparsamer mit Öl et cetera umgehen. Das tun sie in gewisser Weise wohl auch. Doch hauptsächlich steigen sie auf billigere Energieträger um, und beim Heizen ist das in erster Linie Holz, denn sonst wäre es in den letzten Jahren wohl nicht zu diesem extremen Anstieg der Zahl der Kaminöfen in Deutschland gekommen. Holzverbrennung erzeugt auch Feinstaub. Im Bereich Umweltschutz, also auch Feinstaub, hat die Ökosteuer also nicht das erreicht, was sie sollte. Ich stelle fest, mit dieser Annahme hat die rotgrüne Bundesregierung völlig falsch gelegen.

(Beifall bei der CDU – Präsident Weber übernimmt wieder den Vorsitz.)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch einmal zusammenfassen, wie es laut Antwort des Senats mit der Feinstaubbelastung durch Industrieanlagen in Bremen aussieht! Erstens, der Feinstaubjahresmittelwert hat sich von 1987 bis 2004 von 39 auf 22 abgesenkt. Hier arbeiten wir daran, dass er weiter sinkt. Zweitens, Gewerbe und Industrie werden, so oft es geht, überwacht, und die Gesetze werden von den Firmen eingehalten und beachtet, jedenfalls weitestgehend. Gegen kriminelle Energien wie gestern kann man natürlich nie gewappnet sein. Drittens, wir haben einen Luftreinhalteplan, der die Problemzonen in unserer Stadt angeht.

Ich denke, das Thema Emissionen oder Feinstaub wird uns in den nächsten Jahren weiter begleiten. Die CDU-Fraktion ist sich der Verantwortung über unsere Generation hinaus bewusst und will weiterhin an der Beseitigung dieser Belastung arbeiten, damit unsere Stadt gesund und lebenswert bleibt. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Schuster.

Abg. **Dr. Schuster** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte jetzt nicht auf die gesamte Feinstaubproblematik eingehen und vor allem nicht in so einer polemischen Form, Herr Imhoff.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen – Abg. I m h o f f [CDU]: Man wird doch wohl noch unterschiedliche politische Meinungen vortragen dürfen!)

Es ist wenig hilfreich, bestimmte Sachen auf so einem Niveau gegeneinander zu stellen. Die Frage, ob Kaminöfen auch noch Fragen von Wohnqualität sind und ob dadurch wirklich der sonstige Energieverbrauch der Haushalte für Heizenergie sinkt, sollten wir noch einmal ausführlicher diskutieren. Was eine Bundesregierung möglicherweise unter Beteiligung der CDU in Bezug auf die Richtwerte bei irgendwelchen Schadstoffen machen wird, das lassen wir auch einmal dahingestellt.

(Abg. Focke [CDU]: Da waren wir doch schon immer vorbildlich! – Abg. Karl Uwe Oppermann [CDU]: Die TA Luft ist doch von uns gemacht worden!)

Ich habe nicht gesagt, dass die CDU jetzt grundsätzlich alles schlechter macht in diesem Bereich.

(Abg. Focke [CDU]: Danke! – Abg. Bödeker [CDU]: Das können Sie auch gar nicht!)

Ich bin aber schon überzeugt, dass wir im Laufe der Tage noch einmal darauf kommen werden, welche Bedeutung erneuerbare Energien haben, welche Meinung die CDU dazu vertritt und was sie von entsprechenden Fördermaßnahmen hält. Da könnte ich schon die These vertreten, dass da die CDU umweltpolitisch einiges schlechter macht und vor allen Dingen auch unangemessen agiert.

(Abg. I m h o f f [CDU]: Das muss man erst einmal abwarten!)

Ja, Herr Imhoff, das tun wir.

Feinstaubemissionen, das ist meines Erachtens der zentrale Punkt, sind ein großes Problem, weil sie sehr gesundheitsschädlich sind und auch letztendlich sehr (D)

(A) viele Todesfälle verursachen. Deshalb muss man sich diesem Problem widmen. Gleichzeitig ist es ein sehr komplexes Problem. Insofern ist es schwer, da wirklich etwas Vernünftiges zu machen. In der Stadt entstehen sehr viele Emissionen aus unterschiedlichsten Quellen mit unterschiedlichsten Begründungen. Hier zu Reduzierungen zu kommen ist ein Prozess, dem man sich gemeinsam stellen muss.

Ich will jetzt, wie gesagt, nicht auf die gesamte Diskussion eingehen, sondern mich sehr stark an die Beantwortung der Großen Anfrage halten. Daraus kann man zum einen erst einmal den Schluss ziehen, dass Industrieanlagen selbst für die Emissionen eine sehr geringe Bedeutung haben, wobei das nicht dazu führen darf, dass man die Hände in den Schoß legt, denn das große Problem ist, dass diese Emissionen lokal sehr begrenzt sind. Alle, die im weiteren Sinne um die Stahlwerke herum leben, wissen, was das heißt. Die Belastung liegt zwar insgesamt nur bei etwa einem Prozent der gesamten Emissionen, aber welchen Schmutz sie teilweise in begrenzten Gebieten verursachen können, ist das eigentlich Problematische.

Deswegen ist es richtig, dass dort entsprechende Grenzwerte verankert sind und dass dieses Problem weiterverfolgt wird. Es scheint so zu sein, dass in vielen Bereichen spätestens mit den Übergangsfristen die Grenzwerte eingehalten werden. Das muss allerdings auch ständig überwacht werden, weil es immer wieder Hinweise gibt, auch aus der Bevölkerung, dass da manchmal mehr Probleme bestehen, als man im ersten Moment glaubt. Wir sind da aber in Bremen, glaube ich, auf einem guten Weg.

(B)

Gleichzeitig muss man Karin Mathes in der Forderung nach vollständiger Überprüfung der Einhaltung der Grenzwerte unterstützen. Aber auch das lehnt der Senat ja nicht grundsätzlich ab. Es wird zugestanden, dass in Bremen bisher nicht alle Anlagen überprüft werden konnten. Das muss so systematisch und so schnell wie irgend möglich abgearbeitet werden, denn jede Verringerung, die wir in dem Bereich bekommen, um die Einhaltung der Gesetze garantieren zu können, ist wichtig.

Insgesamt gibt es wenig Kritikpunkte an der Politik des Senats in Bezug auf Feinstaubemissionen aus Industrieanlagen, sondern wir sind uns, glaube ich, in weiten Bereichen einig. Das Problem der Feinstaubbelastung insgesamt wird uns in Bremen noch lange beschäftigen, weil wir die Grenzwerte so, wie sie sind, einfach schlicht im Moment nicht einhalten können. Wir sollten gemeinsam weitere Anstrengungen unternehmen, um dies zu tun. – Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Weber:** Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Staatsrätin Kramer.

Staatsrätin Kramer: Herr Präsident, meine Herren und Damen Abgeordneten! Zunächst einmal darf ich mich im Namen des Senats dafür bedanken, dass uns von der Opposition für die Arbeit, die wir in der Antwort auf die Große Anfrage sehr kleinteilig aufgelistet haben, im Großen und Ganzen Anerkennung gezollt worden ist. Dass das nicht zu 100 Prozent geschehen konnte, das verstehe ich. Das wäre ja auch eine Verfehlung der Aufgabe der Opposition gewesen.

Dass wir bei der Überwachung der Anlagen sicherlich auch gern selbst mehr tun würden, als wir im Moment tun – wir tun ausreichend genug, wir verletzen keine gesetzlichen Vorschriften, aber wir müssen Prioritäten setzen! –, hängt natürlich mit den bekannten Begrenzungen, denen sich alle Ressorts im Bereich der Personal- und Sachausgaben ausgesetzt sehen, zusammen. Die Prioritätensetzung, die wir vorgenommen haben nach zunächst festgestellter Rangfolge der Verursacherbeiträge, ist vernünftig und sachgerecht. Ich freue mich, dass das insoweit bei allen Vorrednern auch Anerkennung gefunden hat.

Das Thema Feinstaubbelastung ist, wie wir durch die Antwort auf die Große Anfrage nachweisen konnten, nur zu einem kleinen Anteil, den ich nicht verniedlichen will, ein Thema der Industrieanlagen und der Kraftwerke. Sieben bis 13 Prozent, hat Herr Imhoff hier aus der Antwort auf die Große Anfrage zitiert, ist der bremische Wert. Er liegt durchaus in einem eher günstigen Bereich. Wir haben andere Regionen in Deutschland, wo der industrielle Anteil höher ist, aber das heißt vice versa auch, dass unsere Probleme hauptsächlich Verkehrsprobleme sind.

Sie haben eingangs, obwohl es das Thema dieser Debatte übersteigt, darauf hingewiesen, dass wir die Überschreitung der Grenzwerte, die zugestandenen fünfunddreißigmaligen Überschreitungen an der Neuenlander Straße, ganz aktuell auch am Dobben, auf unser Negativkonto buchen müssen. Wir werden auch für den Dobben kurzfristig einen Aktionsplan, der schon entwickelt ist und in der Schublade liegt, mit Ihnen gemeinsam diskutieren.

Der gesetzliche Rahmen ist aber so, dass wir im Moment wenig Instrumente haben. Sie kennen die zähe Diskussion im Bundesrat um eine Kennzeichnungsverordnung für Kraftfahrzeuge. Diese Kennzeichnungsverordnung brauchen wir dringend, um die Verkehre oder Verkehrsanteile mit den höchsten Emissionen und damit dem höchsten Beitrag zur Überschreitung der erlaubten Feinstaubwerte identifizieren und leicht überwachbar ausschließen zu können.

Es ist mein Haus gewesen, das sich gemeinsam mit anderen Bundesländern darum bemüht hat, die zunächst von der Bundesregierung vorgelegte Regelung, die extrem kompliziert, bürokratisch, aufwendig und belastend gewesen wäre, zu reduzieren und

(A) zu straffen. Es wird demnächst im Bundesrat über diesen überarbeiteten Entwurf debattiert werden. Wir werden den Entwurf auf jeden Fall unterstützen, und wir hoffen, dass er so den Bundesrat passiert. Damit wird eine wesentliche Voraussetzung dafür geschaffen, dass wir die Feinstaubproblematik aus dem Straßenverkehr zielgerichtet und wirkungsvoll angreifen können.

> Last, not least, noch ein Wort dazu! Vor einigen Wochen gab es in der Presse Mitteilungen, dass es seitens der EU-Kommission Überlegungen gebe, den Druck bei der Feinstaubproblematik durch verlängerte Fristen zu reduzieren. Wir haben das auch nur aus der Presse entnommen. Es gibt dazu noch keine verlässlichen Unterlagen. Ich darf Ihnen aber versichern: Ich gehe davon aus, wenn die Kommission dem näher tritt, dann wird sie es nur bezogen auf diejenigen Länder und Städte machen, die nachgewiesen haben, dass sie alles, was ihnen möglich ist, um die Grenzwerte einzuhalten, auch getan haben. Ich darf Ihnen auch versichern, dass wir jedenfalls in unserem Bemühen, die Grenzwerte auch an den zwei "Hotspots" im Verkehr mittelfristig zu unterschreiten, festhalten, nicht locker lassen werden und uns da mit Sicherheit nicht entspannen werden. – Danke schön!

> > (Beifall bei der CDU)

(B) **Präsident Weber:** Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 16/726, auf die Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Kenntnis.

# Gesundheitsvorsorge für Kinder und Jugendliche im Lande Bremen in Kindergarten und Schule

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD vom 13. Juli 2005 (Drucksache 16/691)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Röpke. Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mohr-Lüllmann.

Abg. Frau **Dr. Mohr-Lüllmann** (CDU): Sehr verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir legen hier heute einen Antrag zum Ausbau der Gesundheitsvorsorge für Kinder und Jugendliche in Kindergärten und Schulen vor. Allgemein gilt, meine Damen und Herren, dass Kinder und Jugendliche – blickt man auf die Gesamtbevölkerung – eine relativ gesunde Gruppe darstellen. Die allgemein ver-

besserten Lebensbedingungen sowie der Ausbau der medizinischen Versorgung, insbesondere der Vorsorgemöglichkeiten, schaffen beste Vorraussetzungen für die Gesundheit unserer Kinder im Gegensatz zu früher. Allerdings hat sich im Zusammenhang mit veränderten Lebensbedingungen, zivilisatorischer und sozialer Lebensbedingungen, eine Veränderung des Krankheitsspektrums vollzogen. Haben wir früher noch gegen Krankheiten gekämpft, denen man heute wirksam durch Schutzimpfungen begegnen kann, beobachten wir heute verhaltensabhängige Erkrankungen, oft chronische Erkrankungen, Symptome wie Allergien, Asthma, Neurodermitis, Diabetes, Unter- und Übergewicht und psychische Störungen.

Gesundheit bei Kindern und Jugendlichen ist nicht nur das Freisein von Krankheit und Gebrechen, sondern ist auch das soziale Wohlbefinden, seelisches Wohlbefinden, körperliches Wohlbefinden. Gesundheit ist ein elementarer Bestandteil von Lebensqualität und Leistungsfähigkeit. Für Kinder und Jugendliche bestimmt Gesundheit nicht nur das aktuelle Wohlbefinden von heute oder morgen, sondern Gesundheit ist eine zentrale Bedingung für eine positive Entwicklung und Entfaltung eigenverantwortlicher Persönlichkeiten. Da Kinder nachweislich aus sozial schwächeren und bildungsfernen Familien einen deutlich schlechteren Gesundheitszustand aufweisen und über ein deutlich geringeres Gesundheitsbewusstsein verfügen, muss man neben den medizinischen Aspekten zum Gesundheitsverständnis heute auch psychische und soziale Gesichtspunkte einbeziehen.

Damit lässt sich erahnen, was ich sagen will: Gesundheitsvorsorge, Gesundheitsförderung ist heute eine Querschnittsaufgabe. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir brauchen ressortübergreifende Kooperation! Insbesondere Bildung und Gesundheit sind eng miteinander verzahnt. Sind die Kinder gesundheitlich beeinträchtigt, körperlich, geistig oder auch emotional, dann wird auch die aktive Aufnahme von Wissen darunter leiden. So muss man heute Gesundheitspolitik im Zusammenhang mit anderen Handlungsfeldern sehen. Besondere Aufmerksamkeit gilt heute inzwischen der großen Zahl der übergewichtigen Kinder mit all den sich daraus ergebenden Gesundheitsstörungen wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Fettleber, Diabetes, Gelenkschäden, vielfältige psychosomatische Probleme.

Die Zusammenhänge im Hinblick auf die Ursachen sind äußerst komplex und gehen in jedem Fall über die bloße Annahme, dass falsche Ernährung und Bewegungsarmut oder Bewegungsmangel die einzigen Ursachen sind, weit hinaus. Deshalb müssen alle Maßnahmen zur Vorsorge und Behandlung interdisziplinär ansetzen, das heißt fächerübergreifend, es müssen mehr Fachgebiete umfasst werden als nur die Medizin. Nachhaltig kann man das Gesundheitsbewusstsein schärfen, Lebensweisen beeinflussen, wenn zum Beispiel auch die pädagogischen Institutionen

(D)

(A) wie Kindergärten und Schule eine besondere Rolle übernehmen.

Im Hinblick auf die knappen finanziellen Ressourcen kommt es darauf an, keine neuen bürokratischen Strukturen zu schaffen, sondern die vorhandenden zu koordinieren. Damit Kinder sich gesund entwickeln können, bedarf es einer frühzeitigen, umfassenden Gesundheitsförderung, die Eigenaktivität, Eigenverantwortung, soziale Verantwortung, Gesundheitsbewusstsein von klein an fördert. Kindertagesstätten haben eine besondere soziale Reichweite. Kindertagesstätten haben auch eine familienergänzende und familienunterstützende Bedeutung. Das muss mehr genutzt werden, eben für die Gesundheitsförderung.

Wichtig ist uns, dass Gesundheitsförderung verlässlich für jedes Kind zugänglich ausgebaut wird, keine Einzelaktivitäten und nicht nur in Einrichtungen ausgewählter Stadtteile. Ein gutes Beispiel übrigens für den Erfolg vorbeugender Maßnahmen ist die Zahnprophylaxe im Kindes- und Jugendalter. Jeder kennt die Besuche des Zahnarztes in den Kindergärten. Das hat in den letzten Jahrzehnten zur Verbesserung der Zahnhygiene und damit zu deutlichen Verbesserungen der Zahngesundheit geführt.

Darüber hinaus ist die intensive Elternarbeit in Kindergärten zu erwähnen. Damit werden auch die Eltern erreicht, denn bei ihnen liegt eine besondere Verantwortung. Sie müssen in ein Gesamtkonzept einbezogen werden, unbedingt! Eltern sind Vorbilder.

(B)

Gesundheitsbewusstsein muss dann auch weiter verlässlich in der Schule vermittelt werden, wobei der Sachverstand von Ärzten, Zahnärzten, Psychotherapeuten und Apothekern durch direkte Beteiligung am Unterricht in die Schularbeit einzubeziehen ist, denn nach dem SGB V gehört Gesundheitsförderung zu den Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherungen. Krankenkassen und Krankenkassenärztliche Vereinigungen sollen mit dem Gesundheitsamt zusammenarbeiten. Hier fordere ich den Senat auf, diese Überlegungen in vollem Umfang in die Überlegungen einzubeziehen und Kompetenz und Engagement der freien Heilberufe zu nutzen.

Ein Beispiel aus Berlin ist mir aufgefallen, in dem die KV Berlin in einem Schulkooperationsprojekt die Patenschaft für eine siebte Klasse übernommen hat. Die Klasse wird die gesamte Schulzeit dort betreut, so dass ein Bewusstsein für gesunde Lebensweise gezielt gefördert und aufgebaut werden kann. Die Einzelaktivitäten in Schulen, so denke ich, wie Wandertage und Projekttage können und müssen wesentlich mehr genutzt werden, um auch hier gesundheitsbezogenen Themen einen Raum zu geben. Schullandheimaufenthalte kann man verknüpfen mit spezieller Gesundheitsbildung.

Um bei dem Beispiel der essgestörten Kinder zu bleiben, können wir feststellen, dass wir auch in Bremen zahlreiche Gewichtsreduktionsprogramme haben, zahlreiche parallellaufende Maßnahmen, auch an Schulen und in Kooperationen. Diese Programme müssen hinsichtlich ihrer Wirksamkeit untersucht werden. Auch wenn Sie vielleicht gleich an irgendeiner Stelle die Landesvereinigung für Gesundheit in Bremen lobend erwähnen werden, die die Koordination, Kooperation und Entwicklung neuer Projekte zum Ziel hat, muss ich trotzdem festhalten, dass es uns wichtig ist, nicht nur zu vernetzen und Neues ins Leben zu rufen, sondem vorhandende Projekte auch zu bewerten: Sind sie auch wirksam? Nur weil wir viele Projekte haben, haben wir ja in den letzten Jahren nicht besonders viel gesündere Kinder bei den Einschulungsuntersuchungen verzeichnen können. Nein, ganz im Gegenteil, die Tendenz ist, alles wird eigentlich immer schlimmer!

Wir brauchen eine Ergebnisbewertung, um auch Verbesserungen herbeiführen zu können. Das Ziel muss sein, eine langfristige Verhaltensveränderung zu erreichen. Hier haben sich im Übrigen Einzelaktionen wie Aktionstage, an denen auf bestimmte Angebote hingewiesen wird, nicht als nachhaltig erwiesen. Genauso sind auch Kurs- und Seminarangebote nachweislich nicht nachhaltig. Das bloße Vermitteln von Wissen reicht nicht aus. Es muss eingebettet sein in ein Gesamtkonzept.

Lassen Sie mich noch auf das Kantinenessen eingehen! Kantinenessen in Kitas und Schulen müssen strenge Standards erhalten. Auch hier gibt es Beispiele aus anderen Ländern, die fettfreies Essen in den Schulen kombinieren mit einem speziellen Anreizsystem, ein Beispiel auch aus Glasgow, wo in den Schulen Wasserspender zum Beispiel aufgestellt werden, damit die Kinder hier ihre Sportflaschen füllen können

Meine Damen und Herren, die Zeit drängt. Wir haben das Problem erkannt. Immer mehr Kinder und Jugendliche schleppen zu viele Pfunde mit sich herum. Wir müssen hier zu einer wirksamen Vorbeugung kommen. – Danke!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Brumma.

Abg. **Brumma** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit dem heutigen Antrag der großen Koalition wollen wir konkret umsetzen, was wir schon in verschiedenen Anfragen zu diesem Thema in der Bürgerschaft gewollt haben. Für uns als Sozialdemokraten hängen Bildung und Gesundheit unmittelbar zusammen. Das war für uns immer ein Bereich, der zusammengehört. Wer Bildung genossen hat, wird sich gesundem Verhalten eher nähern können als jemand, der Schwierigkeiten beim Lesen und Schreiben hat

Wenn wir in diesem Zusammenhang die Pisa-Ergebnisse sehen, dann ist Bildung für uns auch abhän-

(C)

(A) gig vom Sozialstatus. Es wird immer deutlicher, dass dieser Status auch ungünstige Ernährungsgewohnheiten und Bewegungsverhalten nach sich zieht in bestimmen sozialen Gruppen. Das haben wir auch noch einmal bestätigt bekommen im Gesundheitsbericht des Gesundheitsamtes im August 2005. Da sind zwar die BMI, die Body-Mass-Indexwerte, im Land Bremen zum Bundesvergleich noch niedriger, aber sie geben noch keine Entwarnung.

> Bisherige Präventionsprogramme, wie wir gehört haben, bei Erwachsenen, die auf eine gesunde Lebensweise zielen, erreichen ihre Ziele und ihre Wirkung bisher nicht. Für uns werden Lebensstile im Kindes- und Jugendalter geprägt und lassen sich im Erwachsenenalter kaum noch korrigieren. Eine gesunde Ernährungsweise lässt sich nach neuesten Forschungen schon während der Schwangerschaft und in den ersten Lebensmonaten trainieren. Muttermilch und Fruchtwasser, habe ich gelernt, übertragen den Geschmack und den Geruch dessen, was die Mutter gegessen hat. So brachten etwa Frauen, die während der Schwangerschaft regelmäßig Mohrrübensaft tranken, Kinder zur Welt, die gern Karotten aßen. Das sind neue Forschungsergebnisse! Es scheint plausibel zu sein.

> Was den Kindern angeboren ist, soll eine Vorliebe für Süßes sein und eine Abneigung gegen unbekannte Lebensmittel. Später beeinflussen Außenanreize immer mehr das angeborene Verhalten. Kinder essen oftmals nicht deshalb bestimmte Speisen, weil sie ihnen schmecken, sondern sie schmecken ihnen, weil sie ihnen angeboten werden. Gewöhnen können sich die Kinder auch an fast alles, was die Eltern ihnen voressen. Das sind neueste Forschungsergebnisse zu diesem Thema. Wie gesagt, wir Eltern sollten eine gesunde Ernährung den Kindern vorleben. Das verspricht mehr Erfolg, als es Verbote oder aufklärende Gespräche tun.

Problematisch ist auch, wir kennen das alle, wenn die Mütter zufrieden sind, wenn die Kinder alles aufessen.

(Abg. Frau Schmidtke [SPD]: Die Väter aber auch!)

Genau! Hier wird gegessen, was auf den Tisch kommt! Das ist ein Problem. Was die Bewegung angeht, kann man heute auch feststellen, dass Kinder zu ihren Freizeitaktivitäten von der Mutter oder dem Vater hingefahren werden. Früher war es üblich, dass Kinder zu Fuß gingen oder mit dem Fahrrad fuhren. Das ist ein großes Problem. Hier wird die Bewegung den Kindern systematisch abtrainiert. Von daher, denke ich, ist es wichtig, dass wir Eltern hier ein Vorbild sind.

(Beifall bei der SPD)

Im Kindergartenbereich, wie gesagt, kommen die Außenanreize noch hinzu. Sie bestimmen immer mehr das Essverhalten. Sie wirken sich stark aus. Das kann man im Erwachsenenalter kaum noch verändern. Es hilft wenig, wenn man ihnen Schokolade oder Colagetränke verbietet, sondern man muss positive Anreize liefern, dass man etwas anderes isst. Das muss im Kindergartenbereich und im Schulbereich noch verbessert werden.

Was wichtig ist: Essen und Trinken ist sehr emotional gesteuert, und deswegen ist, glaube ich, kurzfristig an der Schule und im Kindergarten wenig zu ändern. Wichtig ist die Bewegung. Ich glaube, um Kalorien zu verbrennen, ist es ganz wichtig, dass man im Kindergarten und in der Schule vor allen Dingen die Bewegung viel stärker fördert und somit die Kalorienverbrennung aktiviert. Wir haben gehört, dass es Projekte in Bremen gibt, den Bewegungskindergarten, die Sportliche Schule und so weiter. Das ist ein richtiger Ansatz. Sie müssen natürlich noch stärker vernetzt werden. Auch gibt es individuelle Fitnessprogramme wie an den Berufsschulen. Das ist eine richtige Richtung, in die wir zunächst einmal kurzfristig zielen sollten.

Es gibt die Forderung, es gab dazu einen Kongress an der Universität, dass man ein neues Fach "Ernährung" in der Schule einführt. Davon halte ich nicht viel, dass man immer neue Fächer kreiert, denn ich finde, man sollte es in die Allgemeinbildung, in die anderen Fächer, fächerübergreifend integrieren. Davon hat man mehr, denn einmal wird Wirtschaft als Fach gefordert, dann Ernährung und so weiter. Man sollte gegenwärtig die Schulen arbeiten lassen, damit sie das, was als Grundlage gefordert ist, doch besser voranbringen, und sollte diese zusätzlichen Sachen vielleicht in den Ganztagsunterricht oder in die anderen Fächer integrieren.

Bei dem gesamten Ernährungsansatz ist auch die Werbung wichtig. Es gibt von den Verbraucherverbänden inzwischen Klagen gegen die Art und Weise der Werbung, mit der man den Kindern Schokolade andient: Wenn sie viel essen, bekommen sie Punkte, die Erlöse werden dann an Projekte in der Dritten Welt gesponsert. Das, denke ich, ist verfehlt. Das ist eine Werbung, die dazu führt, dass mehr gegessen wird, und sie hält auch davon ab, für andere Dinge zu spenden. Von daher, denke ich, darf dieser Kaufzwang, darauf sollten wir achten, nicht durchgeführt werden. Es gibt Klagen, bei denen die Verbraucherverbände Recht bekommen haben, und das finde ich auch richtig.

(Beifall bei der SPD)

Was die Bundesebene betrifft, Frau Mohr-Lüllmann, so hoffe ich, dass wir jetzt, wenn die große Koalition kommt, dort bessere Rahmenbedingungen bekommen werden als in der Vergangenheit, als der Bundesrat sehr viel blockiert hat. Das Präventionsgesetz zum Beispiel steht auch im Zentrum der Kinder- und Jugendpolitik, es ist ein Baustein. Es gibt aber na-

(D)

(A) türlich auch Forderungen aus Ihrem Programm, Steuersenkungen, zum Beispiel die Steuerbefreiung für Übungsleiterpauschalen abzuschaffen. Ich hoffe doch, dass sie bei den zukünftigen Koalitionsverhandlungen erhalten bleibt und damit auch den Sportvereinen hilft, Kindern und Jugendlichen mehr Bewegung zu verschaffen.

#### (Beifall bei der SPD)

Interessant wäre natürlich auch ein möglicher Ansatz in der Steuerpolitik, Lebensmittel, die der körperlichen Befindlichkeit schaden, durchaus höher zu besteuern. Ergebnisse sehen wir bei den Alkopops. Der Absatz dieser Alkopops ist durch die Steuererhöhung reduziert worden. Ich finde, hieran sollte man sich weiter halten und schauen, ob man nicht auch bei Lebensmitteln, die für junge Leute schädlich sind, einen Ansatz finden könnte.

Wie gesagt, schwerpunktmäßig finde ich den Antrag richtig. Es ist ein erster Aufschlag. Wir müssen unsere Angebote in der Stadt bündeln und vernetzen, und ich hoffe, dass der Antrag auch hier von den anderen Parteien angenommen wird und wir auf dem Gebiet weiter arbeiten können und auch in der Deputation entsprechende Berichte erhalten. – Vielen Dank!

#### (Beifall bei der SPD)

**Präsident Weber:** Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Hoch.

(B)

Abg. Frau **Hoch** (Bündnis 90/Die Grünen)\*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Gesundheitszustand von Kindern und Jugendlichen ist besorgniserregend. Das gilt nicht nur hier für das Land Bremen, sondern es gilt für alle Bundesländer. Die Ergebnisse verschiedener Untersuchungen zum Gesundheitsstatus von Kindern und Jugendlichen machen deutlich, dass es sehr notwendig ist, hier gezielte Strategien zu entwickeln, um den Gesundheitszustand von Kindern und Jugendlichen zu verbessern.

An die Stelle traditioneller Kinderkrankheiten sind heute neuartige, oftmals chronische Erkrankungen getreten, die auf geänderte Lebensgewohnheiten, soziale Benachteiligung sowie auch ökologische Gefahren zurückzuführen sind. Doch wir haben es hier nicht nur mit Übergewicht zu tun, meine Damen und Herren, wir haben eine Vielzahl von Problemen, die unsere Kinder inzwischen – ich sage es einfach einmal – zu tragen haben.

Dies wurde schon 2003 auch von der rotgrünen Bundesregierung erkannt. Renate Künast hat damals als Verbraucherschutzministerin ein Programm "Kinderleicht besser essen, mehr bewegen" ins Leben gerufen. Unter diesem Motto war ein riesiges Programm gestartet worden, um auch noch einmal zu unterstützen, wie wichtig Bewegung für Kinder ist. Der Hintergrund war damals auch das Bewusstsein, dass inzwischen jedes fünfte Kind und jeder dritte Jugendliche in Deutschland ein deutliches Übergewicht hat.

Was ich aber schon gesagt habe, unsere Kinder haben noch weitere andere Probleme. So werden im vorschulischen Alter häufig Probleme in der motorischen Entwicklung und Koordinationsstörungen festgestellt. Viele Kinder weisen, bedingt durch Bewegungsmangel, Defizite bei körperlichen Ausdauerleistungen, altersgerechter Körperkraft und Koordinationsfähigkeit auf. In zunehmendem Maße werden auch Haltungsschäden festgestellt. Ein weiteres Problem betrifft die Bereiche Sprache, Spracherwerb sowie das Hör- und auch das Sehvermögen. Diese Auffälligkeiten und Störungen in diesem Bereich sind oft der Grund für spätere Entwicklungsstörungen. Darüber hinaus weisen Konzentrationsstörungen, Verhaltensauffälligkeiten und auch Aggressivität eine starke Zunahme auf.

Über das Thema Hyperaktivität und Aufmerksamkeitsdefizitsyndrom und auch über die Gefahr der zu oft gegebenen Medikamente, des Retalin, haben wir hier in diesem Hause schon auf Initiative der Grünen debattiert. Außerdem ist schon seit langem bekannt, dass bereits im Kindesalter der soziale Status Auswirkungen auf den Gesundheitszustand hat. Das wurde ganz deutlich im Armutsbericht der Arbeitnehmerkammer mit dem Schwerpunkt "Armut und Gesundheit" sowie auch durch den Bericht des Gesundheitsamts Bremen zur gesundheitlichen Lage von Jugendlichen in erschwerten Lebenslagen. Ich denke, das ist hier ein wichtiger Punkt, den wir bei Strategien, die wir entwickeln müssen, beachten müssen, denn da müssen wir ansetzen.

Krankheiten und auch gesundheitsrelevante Einstellungen, die im Kindesalter erworben werden, haben erheblichen Einfluss auf das körperliche und das seelische Wohlbefinden in den späteren Lebensjahren. Ich denke, die Problematik ist klar. Jetzt müssen wir darüber reden, welche Wege wir gehen müssen, um die gesundheitliche Lage von Kindern und Jugendlichen zu verbessern.

Im Land Bremen gibt es viele Akteure, die mit der Förderung und Wiederherstellung der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen befasst sind, weiterhin auch viele Projekte wie Bewegungskindergärten, gesunde Schule und so weiter. Die möchte ich jetzt nicht alle aufzählen, sondern wir wollen hier darüber reden, welche Wege wir gehen und welche Strategien wir entwickeln müssen.

Oft gibt es ein Problem bei den vielen Angeboten. Sie sind nicht aufeinander abgestimmt, die Akteure nicht optimal miteinander vernetzt, und diese Aktionen und Veranstaltungen erreichen oft nicht das Klientel, für das sie gedacht sind. Eltern kennen gewisse Angebote überhaupt nicht, oder sie nehmen

<sup>\*)</sup> Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) sie nicht wahr wie auch die verschiedenen Politikbereiche. Hier eine gemeinsame Problemlösung hinzubekommen, das sollte das Ziel sein.

> Die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen ist nicht nur Aufgabe der Gesundheitspolitik, sondern auch die Aufgabe von Stadtentwicklung, Aufgabe von Soziales, Aufgabe von Umwelt, dem Sportbereich. Alle Bereiche sind eigentlich daran beteiligt.

# (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

So können wir nicht auf der einen Seite fordern, dass mehr Sport getrieben wird und dass es mehr Bewegung für Kinder geben muss, auf der anderen Seite schließen wir Sporthallen, und Turnhallen sind nicht mehr verfügbar. Darüber muss man dann auch reden: Wo, bitte schön, soll die Bewegung dann stattfinden, wenn diese Sporthallen und Turnhallen nicht mehr existent sind? Ja, wo denn, bitte schön?

Das zweite Beispiel ist, wenn wir es wirklich möchten und wollen – ich denke, das haben die beiden Vorrednerinnen und Vorredner deutlich gemacht, wie wichtig es ist, die Zielgruppen auch zu erreichen –, dann ist der Kindergarten ein gutes Mittel, dann müssen wir auch dafür sorgen, dass Elternarbeit im Kindergarten verstärkt wird, möglich wird und sogar noch anders gestaltet werden kann. Dort erreichen wir diese Gruppen, dort sind sie schon. Da erreichen wir auch unsere ausländischen Mitbürger, die wir oft auch nicht erreichen. Ich denke, da ist der sinnvolle Punkt, an dem wir anfangen müssen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ein guter Weg, um auch Prävention zu verbessern, wäre das Präventionsgesetz gewesen. Mein Kollege Brumma hat schon darauf hingewiesen, das hat die CDU im Vermittlungsausschuss beerdigt.

(Abg. Frau Dr. Mohr-Lüllmann [CDU]: Das hat uns nicht ausgereicht!)

Ich bin gespannt, was jetzt kommt! Wenn es nicht ausgereicht hat, muss in den nächsten Jahren ja etwas Tolles kommen. Ich freue mich darauf, das zu sehen!

Ziel dieses Gesetzes ist es gewesen, die Prävention als vierte Säule neben Akutbehandlung, Rehabilitation und Pflege auszubauen. Gesundheitsziele sollten auf Bundes- und auch auf Landesebene entwickelt werden. Weiterhin sollten Maßnahmen im "Setting" stattfinden, also in den Lebenswelten der betroffenen Gruppen. Ich habe es gerade schon einmal am Beispiel der Kindergärten erklärt. Das wäre eine sinnvolle Sache gewesen. Ich freue mich aber, wie gesagt, auf das Gesetz, das vorgelegt werden soll. Dann reden wir hier weiter darüber.

Ich möchte trotzdem noch einmal, weil ich wirklich dafür plädieren möchte, das noch einmal zu überdenken, dass die Kindergärten wirklich der richtige Ort sind und auch weiterhin die Schulen, darauf hinweisen, dass die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung viele Programme für Erzieherinnen und Erzieher entwickelt hat, die schon vorhanden sind und nur noch genommen werden müssten, um dort wirklich fest installiert zu werden, denn in den Kindergartenalltag kann man viele Sachen einbauen. Ich denke, da sind auch Kinder begeisterungsfähig und machen es auch gern mit.

# (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt möchte ich noch einmal ein Wort zur Landesarbeitsgemeinschaft Gesundheit sagen, Frau Dr. Mohr-Lüllmann hat bereits befürchtet, dass es kommen wird. Ich denke, wir haben hier Bündnispartner auf der Bundesebene, wie ich schon erwähnt habe, die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung hat viele Sachen entwickelt, ist auch in vielen Sachen aktiv. Ich bin froh, dass sich diese Landesarbeitsgemeinschaft Gesundheit hier in Bremen gegründet hat. In allen anderen Bundesländern existiert sie bereits. Sie hat zum Ziel, die verschiedenen Angebote, die es hier im Land Bremen gibt, zu vernetzen, zu moderieren und auch an dem Beispiel Gesundheitsziele, was ich vorhin gesagt habe, weiterzuarbeiten, das als Überschrift zu nehmen und zu sagen, wir nehmen uns jetzt die Überschrift "Die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen", und wir überlegen mit allen zusammen, wie wir dieses Ziel erreichen können.

Ich setze große Hoffnung in diese Vereinigung. Wie ich gelesen habe, ist sie auch daran interessiert, diese Angebote auch qualitativ zu bewerten, was ich auch als sinnvoll empfinde. Wir haben viele Angebote, da gebe ich Ihnen Recht, die nicht immer wirken. Von daher muss man auch fragen: Welche sind sinnvoll, welche sind nicht sinnvoll? Die, die nicht sinnvoll sind, denke ich, sollte man dann auch nicht mehr weiter fortführen.

Meinen Ausführungen haben Sie entnehmen können, dass wir Ihrem Antrag zustimmen. Wir haben auch schon im kleineren Kreis öfter über die Problematik geredet. Ich würde mich wirklich freuen, wenn wir hier ein Stück weiterkommen können, so dass wir in zwei, drei Jahren sagen können, wir haben das Ziel erreicht, die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen im Land Bremen zu verbessern. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Präsident Weber:** Als Nächste hat das Wort Frau Senatorin R,öpke.

**Senatorin Röpke:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine Vorrednerinnen haben schon sehr aus(D)

(A) führlich dargestellt, wie die Situation von Kindern und Jugendlichen ist, wie problematisch sich das in vielen Bereichen, Übergewicht, Bewegungsmangel, darstellt. Darauf will ich jetzt nicht weiter eingehen.

Wir müssen feststellen, dass wir daran arbeiten müssen, wie wir die Zugänge zu Kindern und zu Eltern schaffen, da hat Frau Hoch völlig Recht. Eltern kommt natürlich eine große Bedeutung bei der Frage zu, wie werden Kinder erzogen, wie werden sie an die Ernährung, an Bewegungsfragen und an Gesundheitsfragen herangeführt.

Das gilt aber auch für unsere öffentlichen Einrichtungen! Die erste öffentliche Einrichtung, Erziehungsinstitution, in die Kinder kommen, das ist völlig richtig, ist meistens der Kindergarten. Insofern teile ich Ihre Auffassung, dass dort eine sehr wichtige Aufgabe vor Ort zu leisten ist, um mit Kindern und mit Eltern gesundheitsrelevante Verhaltensweisen und -fragen zu bearbeiten. Das prägt die Kinder ganz früh. Das prägt sie bis in das Erwachsenenalter. Fehlentwicklungen werden bei den Kleinen dort schon ganz früh angelegt. Insofern sollten wir unser Augenmerk wirklich darauf legen.

Das ist im Übrigen auch ein Grund, warum wir jetzt das Rauchverbot in Kindergärten und in Schulen angegangen sind. Da kommt nämlich neben dem Schutz vor dem Passivrauchen auch der Vorbildwirkung eine ganz große Bedeutung zu, die Erwachsene gegenüber Kindern ausüben. Da sehe ich einen wichtigen Schritt, Kinder von vornherein nicht an das Rauchen heranzuführen, sondern von vornherein klarzustellen: Das ist etwas, wovon ihr die Finger lassen müsst. Deswegen sollten auch keine Negativvorbilder von Erwachsenen in diesen Institutionen sein.

(B)

#### (Beifall bei der SPD)

Liebe Frau Hoch, wir müssen bei den Kindergärten mit der Gesundheitserziehung aber nicht anfangen, ich glaube, so haben Sie es auch nicht gemeint, sondern da passiert schon unheimlich viel. Wir sind sozusagen mitten darin. Gesundheitserziehung ist schon lange Teil der pädagogischen Arbeit, sowohl in Kindergärten als auch in Schulen.

Ein ganz wichtiger Bereich, das hat Frau Dr. Mohr-Lüllmann auch noch einmal sehr hervorgehoben, ist die Präsenz, die Beratung, die Unterstützung durch Ärztinnen und Ärzte, durch das Gesundheitsamt, durch Zahnärzte in Kindergärten und Schulen. Ich glaube, dass wir dort eine ganz gute, bewährte Praxis haben. Ich greife Ihre Anregungen gern noch einmal auf, mit der KV zu reden. Ich kenne dieses Berliner Modell nicht. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie Informationen darüber haben, dass Sie uns diese einmal zugänglich machen. Wir können dann gemeinsam mit der KV überlegen, ob sich so etwas auf Bremen übertragen ließe. Jede Unterstützung, auch Einbeziehung von niedergelassenen Ärztinnen und

Ärzten, kann dann nur hilfreich sein. Das will ich gern aufgreifen.

Wir haben in den Tageseinrichtungen verschiedene Träger. Soweit ich es aber überblicke, haben es sich alle Träger in unterschiedlichster Ausprägung zur Aufgabe gemacht, die Gesundheitserziehung voranzutreiben. Sie ist integraler Bestandteil der Arbeit in den Einrichtungen, und es sind unheimlich viele Projekte mit sehr vielen Kooperationspartnern hier in Bremen und Bremerhaven verankert, die auch sehr gut laufen. In denen kommen verschiedene Akteure zusammen, die die Arbeit in den Einrichtungen befruchten. Mittelpunkt ist die gesundheitsspezifische Förderung und die Prävention mit hoher Intensität und sehr unterschiedlichen, aber vielfältigen Methoden, die sich die Schwerpunkte Ernährung, Bewegungsförderung vorgenommen haben. Da möchte ich auch die Bewegungskindergärten noch einmal hervorheben, eine ganz, ganz tolle Sache, wo Sportvereine und Kindergärten zusammen etwas ganz Tolles auf den Weg bringen.

Es sind aber auch andere Fragen. Es sind nicht nur Ernährung und Bewegung, es ist auch die Frage von Stressbewältigung, die Frage von Unfallprävention, die Frage von Prävention gegen Gewalt oder Sucht, es ist überhaupt die Frage, wie Kinder ihren Körper wahrnehmen, wie sie ihren Körper erfahren. All das wird und muss jeden Tag in den Einrichtungen und in den Schulen Thema sein. Es geht letztlich darum, den Kindern zu vermitteln, wie sie sich gesundheitsbezogenes Wissen aneignen können, wie sie es im Alltag leben können, sie zu gesundheitsförderndem Verhalten zu motivieren, und natürlich das Einüben von gesundheitsförderndem Verhalten ist ganz wichtig.

Da liegen mir auch die Küchen in unseren Kitas sehr am Herzen.

#### (Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Wir haben an vielen Stellen in den städtischen Einrichtungen Küchen, die das Essen selbst mit guter Beratung von BIPS zubereiten, eine ganz wichtige Einrichtung, gerade in den sozial benachteiligten Stadtteilen, wo Eltern leider oft zur Mikrowelle greifen oder Fast-Food-Produkte, die viel teurer sind, kaufen. Es liegt mir sehr am Herzen, dass wir diese gute Arbeit unserer Küchen auch in Zukunft fortsetzen können. Es ist wichtig, dass Kinder lernen, wie sie sich gesund ernähren, wie eine Paprika, eine Tomate aussieht und dass es schmeckt und besser schmeckt als irgendein teurer Müsli-Schoko-Riegel oder was es sonst noch so gibt.

#### (Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Auch an den Schulen passiert natürlich viel. Der Rahmenplan hat den Schwerpunkt Gesundheit in der

(A) Grundschule verankert. Es gibt auch dort vielfältigste Projekte. Die "Bewegte Grundschule" ist hier schon mehrfach genannt worden. Ich sehe aber auch eine große Chance in den Ganztagsschulen, die, wenn es optimal läuft, ganzheitlich aufgestellt sind, die große Chancen haben, unterschiedliche Angebote in den Tagesablauf zu integrieren. Wir haben jetzt schon festgestellt, dass sehr viel in Bewegung ist: Ganztagsschulen in Zusammenarbeit mit den Sportvereinen, eine ganz tolle Sache, die wir auch weiter unterstützen müssen. Da kann man sicherlich noch einiges anschieben. Es gibt viele Organisationen in den Stadtteilen, die bereit sind und die gern mit der Schule zusammenarbeiten wollen.

Ich möchte auch noch zwei Projekte exemplarisch für viele andere herausheben, die aber einfach beweisen, dass an vielen Stellen schon wichtige Arbeit passiert. Das ist zum einen das Präventionszentrum in Bremen-Nord. In diesem Zentrum werden über Seminare Beratung, Unterstützung, Suchtpräventionsprojekte für Kinder und Jugendliche in den Einrichtungen auf den Weg gebracht, die wir in der Stadt haben. Oder das Projekt "Junge Familien in Schwung", ein Kooperationsprojekt, das die Bewegungsförderung auch anschieben soll, an dem auch ganz viele beteiligt sind: über den Turnerbund, über die Sportjugend, über die Kinder- und Jugendärzte, natürlich über die Behörden bis hin zu Sponsoren! Das zeigt auch, dass es viele Institutionen gibt, die solche Kooperationen in den unterschiedlichsten Bereichen anschieben und dahinterstehen.

Im Übrigen wollte ich darauf hinweisen, dass es zurzeit eine Untersuchung gibt, die die Universitätsklinik Hamburg-Eppendorf durchführt mit dem Ziel einer verbesserten Gesundheitsförderung für Kinder, aber auch für Mitarbeiterinnen in Kitas. Wir haben die Kitas dazu aufgefordert, sich daran zu beteiligen. Auftraggeber ist im Übrigen auch hier die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung.

Das Präventionsgesetz ist schon mehrfach angesprochen worden. Ich möchte aber auch aus meiner Sicht noch einmal ausdrücklich sagen, dass ich es sehr bedauert habe, dass dieses Gesetz, das mit ganz viel Mühe auch auf der Länderebene begleitet worden ist – alle Länderministerinnen und -minister für Gesundheit haben dahinter gestanden –, nun auf den letzten Metern wirklich gescheitert ist. Das habe ich als deutlichen Rückschritt empfunden. Ich würde mir aber gern wünschen, wenn wir uns hier alle verständigen und sagen, das muss sein, wir brauchen vor dem Hintergrund der Problemlagen ein solches Bundesgesetz, dass dieses Gesetz neben vielen anderen inhaltlichen Punkten diesen Bereich des "Settings", den Sie auch angesprochen hatten, wieder aufgreift. Mit diesem Ansatz wird ganz konkret Kindern und Jugendlichen gerade in sozial belasteten Stadtteilen Unterstützung gegeben. Ich glaube, das liegt uns allen sehr am Herzen.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte auch noch kurz die Landesvereinigung für Gesundheit erwähnen. Ich finde es gut, dass wir eine solche Landesvereinigung jetzt auch in Bremen haben. Wir haben als eines der letzten Länder eine solche Vereinigung jetzt zustande gebracht. Das war notwendig und ist richtig. Ich finde es auch gut, dass sich diese Landesvereinigung dem Schwerpunktthema soziale Zusammenhänge und Ungleichheiten und deren Auswirkungen auf den Gesundheitszustand der Menschen, die in diesen Situationen leben, widmet. Das ist ein ganz wichtiges Thema, das noch viel zu wenig in die Öffentlichkeit gekommen ist. Da kann ich mir vorstellen, dass die Landesvereinigung sehr viel dazu beiträgt, dieses Thema noch stärker zu besetzen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang dann auch die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen. Ich glaube, dass wir da mit der Landesvereinigung sehr gut zusammenarbeiten können.

Sie haben in Ihrem Antrag eine Berichterstattung der Deputationen gefordert, die sicherlich notwendig und richtig ist. Ich hätte aber die Bitte, dass wir – nicht hier – überlegen, wie es passieren soll. Ihren Antrag verstehe ich so, dass eine sehr weitgehende Untersuchung, Evaluation, stattfinden soll, eventuell wissenschaftlich untermauert. Wenn das die Zielsetzung ist, dann sage ich Ihnen ganz ehrlich, in meinem Ressort bekommen wir das mit Bordmitteln nicht hin. Das ist schlechterdings nicht möglich.

Wir haben erstens nicht die Mittel, zweitens nicht die personellen Kräfte. Man müsste sich dann darüber unterhalten, wie wir diesen Auftrag, der wahrscheinlich gleich vom Parlament beschlossen wird, umsetzen sollen und wollen und ob wir auch die anderen Ressorts in diese Frage noch mit einbeziehen. Ich habe die Bitte, dass wir das in der Deputation noch miteinander klären. – Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Weber:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 16/691 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Abg. Tittmann [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Abg. Wedler [FDP])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

(D)

#### (A) Keine weiteren Affenversuche an der Bremer Uni!

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU) vom 26. August 2005 (Drucksache 16/728)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Röpke.

Meine Damen und Herren, die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. Tittmann (DVU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe hier schon unzählige Anträge zum Thema Tierschutz und gegen die schrecklichen Affenversuche an der Bremer Uni – die von der DVU abgekupferten Anträge vom Bündnis 90/Die Grünen nicht einmal mit eingerechnet – in den Landtag eingebracht. Ich sage Ihnen aber gleich, dass ich Sie mit diesem Thema "Affenversuche an der Bremer Uni" durch weitere unzählige Anträge und Redebeiträge so lange nerven und daran erinnern werde, bis Sie alle, einschließlich der verwelkten Grünen, endlich begreifen müssen, dass mit den schrecklichen und grausamen Affenversuchen an der Uni endgültig Schluss gemacht werden muss.

Es ist äußerst besorgniserregend und für die Deutsche Volksunion unerträglich, dass das Bundesland Bremen von Politikern regiert wird, die eine solch grausame und menschenunwürdige Schande wie die unerträglichen Affenversuche über Jahre politisch zulassen, zu verantworten haben und ihr auch weiterhin zustimmen werden. Das ist ein Skandal sondergleichen. Diese Tatsache macht der Bevölkerung Angst. Hier sage ich namens der Deutschen Volksunion, Menschen, und gerade verantwortliche Politiker, die keine Achtung und kein Mitgefühl vor dem Leid, vor den Schmerzen von gefolterten und missbrauchten Tieren empfinden, die dem auch noch weiter zustimmen und so etwas dulden, solche Politiker haben auch keine Achtung, kein Mitgefühl und kein Verantwortungsgefühl gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern.

(B)

Wer solchen Grausamkeiten zustimmt und sie zu verantworten hat, der hat jegliches moralische Recht verspielt, jemals wieder eine politische Verantwortung übernehmen zu dürfen. Solche Politiker haben in der Politik nichts, aber auch nichts mehr verloren. Sie sollen sich lieber als Hilfsarbeiter auf einem Schlachthof bewerben, wobei ich sagen muss, dass Schlachter selbstverständlich ein ehrenwerter Beruf ist, aber dem es völlig egal ist, wenn Tiere schrecklich und grausam über Jahre gequält und gefoltert werden. Solchen Menschen sind die Sorgen, die Gefühle und die Interessen der Bevölkerung völlig egal. Diese Tatsache ist ein eindeutiges Spiegelbild Ihrer verfehlten Politik, denn unsere Bürger werden ja auch schon über Jahre mit Ihrer unsozialen Politik täglich gequält, gefoltert und abgezockt.

Meine Damen und Herren, ich frage mich, wozu brauchen wir bei solchen verantwortungslosen Politikern, wo das Ergebniss ja vorher schon feststeht, eigentlich noch ein Pro-forma-Alibigenehmigungsverfahren für die Affenversuche! Überlassen Sie doch gleich Professor Kreiter ganz die medizinische grausame Forschung ohne Genehmigungsverfahren, sagen Sie doch gleich zu Professor Kreiter, machen Sie so weiter wie bisher, machen Sie, was Sie wollen und wie Sie es wollen! Den verantwortlichen Politikern ist es sowieso egal, was mit den Tieren passiert, ist es egal, wie grausam sie geguält und gefoltert werden, was für schreckliche und unerträgliche Schmerzen sie dabei erleiden müssen, ist es egal, bis sie dann endlich nach einigen Jahren von ihren Qualen und Schmerzen endgültig erlöst werden und dann wie Dreck, wie Abfall auf den Müll geworfen und gefühllos entsorgt werden! Das ist Tatsache!

Meine Damen und Herren, das mag Ihnen ja völlig egal sein, der Deutschen Volksunion ist es jedenfalls nicht egal. Darum werde ich mich namens der Deutschen Volksunion immer vehement für den Tierschutz einsetzen, aber mich ganz besonders gegen die grausamen Folteraffenversuche an der Bremer Uni rigoros einsetzen. Wenn Sie jetzt wie stets herumschreien, weil Sie wie immer die Wahrheit nicht ertragen können und genau wissen, dass ich Recht habe, das ist mir wiederum völlig egal, und wenn Sie meinen Antrag heute wieder einmal ablehnen und dann verspätet wieder als Ihren einbringen, so ist mir das auch völlig egal, Hauptsache, diese schrecklichen und grausamen Affenversuche an der Bremer Uni werden zum Wohl und zum Schutz der Tiere sofort beendet!

Eines dürfte Ihnen ja klar sein, es gibt eigentlich keine inhaltlichen Gründe für eine weitere Verlängerung der grausamen Tierversuche an der Bremer Uni. Nach zirka acht Jahren der Forschung sind die Ergebnisse im Verhältnis zu den aufgewendeten Geldmitteln von zirka zehn Millionen meiner Meinung nach völlig unbedeutend. Schon seit zirka acht Jahren bohrt Professor Kreiter kleinen Äffchen Drähte ins Gehirn. Schon seit Jahren werden diese armen menschenähnlichen Geschöpfe an der Uni mit Ihrer Genehmigung grausam gefoltert und gequält. Diesen armen gequälten und gefolterten Mitgeschöpfen werden schon seit Jahren unendliches Leid und große Schmerzen zugefügt, aber niemand oder nicht viele von Ihnen wollen die entsetzlichen schmerzvollen Schreie dieser grausam gefolterten armen Tiere hören oder zur Kenntnis nehmen.

Ich frage mich im Namen der Deutschen Volksunion und im Namen der Bevölkerung, wie verroht, wie grausam, wie eiskalt und gefühllos müssen Menschen sein, die als verantwortliche Politiker solchen Grausamkeiten gegenüber unseren Mitgeschöpfen zustimmen und gefühlskalt und regungslos weiterhin dulden! Wer so verantwortungslos, so gefühllos mit den Tieren umgeht, der geht auch so verantwortungslos,

(C)

(A) so gefühllos und so rücksichtslos mit den Sorgen, den Gefühlen, den Ängsten und den Interessen der Bevölkerung um. Darum stimmen Sie im Namen der Menschlichkeit zum Schutz der armen gefolterten und gequälten Tiere diesem Antrag der Deutschen Volksunion überparteilich uneingeschränkt zu! Beenden Sie damit die unerträgliche Affenschande, und setzen Sie ein deutliches Zeichen der Menschlichkeit!

**Präsident Weber:** Das Wort hat die Abgeordnete Frau Busch.

Abg. Frau **Busch** (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir kennen das ja: Wieder einmal versucht der Abgeordnete Tittmann der DVU, durch Provokation Aufmerksamkeit zu erzielen, aber Demokraten fallen auf derlei Rattenfängermethoden nicht herein.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Zum Thema möchte ich sagen, ja, es liegt ein Antrag zur Fortführung der Versuche an Makaken vor. Dieser ist, wie in einem Rechtsstaat üblich, nach Recht und Gesetz zu behandeln, und dabei geht die Genehmigungsbehörde mit aller Sorgfalt vor. Das ganze Verfahren läuft ab gemäß Paragraph 8 des Tierschutzgesetzes. Ich nenne Ihnen jetzt einmal ein paar wesentliche Dinge, die abgeprüft werden müssen: Da geht es natürlich darum, gegebenenfalls wissenschaftlich begründete Darlegungen zu erheben, dass die Überprüfung des hinreichend bekannten angestrebten Versuchsergebnisses durch einen Doppel- oder einen Wiederholungsversuch unerlässlich ist. Ich nenne das jetzt nur beispielhaft. Es geht auch darum zu prüfen, ob der Züchter, der solche Tiere bereitstellt, alles richtig macht, wie es das Gesetz vorschreibt, und es gibt drei Prüfkonzepte.

Das eine ist natürlich ganz selbstverständlich, da geht es um banale Dinge wie Vollständigkeit und Inhalt des Antrags, grundsätzliche Berechtigung des beantragten Tierversuches und die Plausibilität. Es geht in einem zweiten Verfahren, was schon sehr viel wichtiger für uns auch ist, um die inhaltliche Prüfung, um die Unerlässlichkeit des Tierversuches und die ethische Vertretbarkeit. Es geht darum zu prüfen, ob die Tauglichkeit da ist, ob das denkbare Ergebnis einen Erkenntnisgewinn für den erlaubten Versuchszweck hat, ob Möglichkeiten anderer Verfahren nach dem 3-R-Prinzip möglich sind: reduce, replace, refinement, also reduzieren, ersetzen und verfeinern. Es geht um die Abwägung der Versuchsfolgen mit dem Versuchszweck und die Eignung und die Zuverlässigkeit der Verantwortlichen, die das durchführen. Ganz wesentlich ist der dritte Punkt des Prüfkonzeptes, die Prüfung der Stellungnahme des Tierschutzbeauftragten der Versuchseinrichtung zu dem Antrag, die Berücksichtigung der Empfehlung der Tierschutzkommission und, ganz wichtig, nachdem wir ja nun den Tierschutz als Staatsziel in der Verfassung haben, die abschließende Abwägung der konkurrierenden Rechtsgüter Forschung und Tierschutz.

(C)

(D)

Das Ganze passiert derzeit. Der Antrag ist eingegangen am 13. Juli 2005. Dann hat die Tierschutzkommission ihre erste Sitzung am 28. September gehabt. Sie ist schon zu einem vorläufigen Ergebnis gekommen. Es wird weiter geprüft, am 19. Oktober 2005 tagt sie noch einmal, und das Ergebnis wird dann beraten am 3. November in der Deputationssitzung. Wenn bis zum 14. November dieses Jahres nichts vorliegt, was diese Genehmigung verhindern muss, dann muss auch die Genehmigungsbehörde diesen Antrag genehmigen.

Meine Damen und Herren, ich habe sehr bewundert die Veranstaltung, die die Grünen vor einiger Zeit zu diesem Thema durchgeführt haben. Ich habe sehr bewundert die sachliche Diskussion mit den Tierschutzverbänden, insbesondere mit dem Bremer Tierschutzverein, auch mit dem Deutschen Tierschutzbund, die haben aber auch gar nichts mit dem zu tun, was der Abgeordnete Tittmann hier eben vorgebracht hat.

(Beifall bei der SPD)

Ich verweise auf das Thema Verbandsklage, das wir vorhin schon debattiert haben, und ich finde den Weg, den wir da gewählt haben, gut und richtig, und ganz zum Schluss sage ich: Weder die Makaken noch die Arbeit des Tierschutzbundes haben es verdient, eine Unterstützung der DVU zu bekommen.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Präsident Weber:** Das Wort hat der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Busch, wenn Sie im Zusammenhang mit meinen Reden von Rattenfängermethoden sprechen, dann wären ja praktisch gesehen unsere Wählerinnen und Wähler Ratten. Unsere Wähler sind keine Ratten, und ich lasse unsere Wähler und Wählerinnen und Menschen von der SPD nicht als Ratten beschimpfen, damit das hier ein für alle Mal klar ist!

Meine Damen und Herren, Sie können jetzt sagen, was Sie wollen, Sie können noch so viel im Stil eines Dr. Scherf predigen, wie Sie wollen, diese grausamen Affenversuche sind und bleiben ein Skandal sondergleichen! Sie sind sinnlos, nutzlos, pervers und menschenunwürdig, und kein Mensch hat das Recht, so grausam, so widerwärtig mit den Tieren umzugehen und so grausam zu foltern, niemand und niemals! Sie haben auch nicht das Recht, Menschen quasi als Ratten zu beschimpfen. Tatsache ist doch, die Chancen einer effektiven Behandlung zum Beispiel bei phy-

(B)

(A) sischen Krankheiten durch solche schrecklichen Tierversuche sind immer noch nicht nachprüfbar.

Meine Damen und Herren, was nützt es der Menschheit zu wissen, wie im Affenhirn Aufmerksamkeit und Gedächtnis entstehen, die in Gefangenschaft und unter Folter entstanden sind, wo doch jeder von Ihnen wissen sollte, dass Gefühle und Reaktionen, also die Ergebnisse insgesamt der Versuchstiere in natürlicher Umgebung wahrscheinlich ganz anders ausfallen würden! Wie Sie sehen, bringen meines Erachtens diese verfälschten Ergebnisse keine brauchbaren Erkenntnisse. Darum haben diese Tierversuche meiner Meinung nach auch zum Wohle kranker Menschen nichts Effektives erbracht, darum sollten Sie sofort Schluss mit diesen grausamen Affenversuchen machen, mit dieser Affenschande.

Meine Damen und Herren vom Bündnis 90/Die Grünen, Sie spielen sich doch bei jeder Gelegenheit medienwirksam als die großen Tierschützer schlechthin auf. Darum sollten gerade Sie als die so genannten Tierschützer diesem Antrag der Deutschen Volksunion uneingeschränkt überparteilich zustimmen. Ich jedenfalls habe Ihrem Antrag, die Rechte von Tieren auf dem Klageweg vor Gericht durchzusetzen, ohne große populistische Scheindiskussion und Rede überparteilich zugestimmt, weil es mir grundsätzlich nur um das Wohl der Tiere und um den Tierschutz insgesamt geht und nicht vielleicht wie bei Ihnen um Fraktionszwang, Parteiklüngeleien oder Populismus. Meine Damen und Herren, dessen können Sie sich sicher sein. Ich werde anhand von Flugblättern Ihr heutiges Abstimmungsverhalten zu diesem sehr wichtigen Thema der Öffentlichkeit deutlich zur Kenntnis geben, dessen können Sie sich zu 100 Prozent sicher sein!

**Präsident Weber:** Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

(B)

Wer dem Antrag des Abgeordneten Tittmann, DVU, mit der Drucksachen-Nummer 16/728 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Abg. Tittmann [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Abg. Wedler [FDP])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

# Handlungsfähigkeit des Bremer Landgerichts durch Personalverstärkung verbessern

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU) vom 26. August 2005 (Drucksache 16/729)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Röpke.

Meine Damen und Herren, die Beratung ist eröffnet

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. Tittmann (DVU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit langem wird neben der Polizei auch die Justiz im Bundesland Bremen von den Altparteien im Kampf gegen die ausufernde Kriminalität schäbig im Stich gelassen. Fortwirkende politische Fehlentscheidungen werden auch auf dem Rücken der Justizbehörde ausgetragen. Bei einer Vielzahl aufgabenerschwerender Tätigkeiten bei gleichzeitiger Überbelastung mangels Personals ist der Schutz unserer Bürger schon lange nicht mehr ausreichend gewährleistet. Ein seit Jahren erschreckender Anstieg in speziellen Bereichen der Kriminalität im Zwei-Städte-Staat mit weiterhin erschreckenden jährlichen Zuwachsraten zeigt die schweren Versäumnisse der politisch Verantwortlichen auf. Hinzu kommt ja noch, dass die EU-Osterweiterung zu einer deutlich höheren und weiterhin ins Uferlose steigenden Kriminalität beigetragen hat. Das können selbst die selbsternannten Gutmenschen vom Bündnis 90/Die Grünen bei aller Liebe ihres Multikulti-Wahns nicht abstreiten.

Meine Damen und Herren, besonders beim Bremer Landgericht wird zunehmend eine unverantwortliche Situation deutlich, denn infolge von Personalabbau, insbesondere bezüglich der Richterstellen, wird die Handlungsunfähigkeit in nicht mehr hinnehmbarer Weise eingeschränkt. Es zeigt sich heute schon, dass eine wirksamere Bekämpfung der ausufernden Kriminalität praktisch kaum mehr möglich ist, wie zum Beispiel eine seit über vier Jahren beim Landgericht liegende Anklageschrift gegen die so genannte Nigeria-Connection deutlich beweist.

Hinsichtlich der Umtriebe dieser Betrügerbande aus Afrika schrieb der "Weser-Kurier" am 31. Juli 2005 – Herr Präsident, ich darf mit Ihrer Genehmigung zitieren –: "In der Bremer Innenstadt nehmen im Herbst 2000 Polizeibeamte mehrere Afrikaner fest. Sie gehören zu der so genannten Nigeria-Connection, einem äußerst erfolgreich arbeitenden Betrügerring. Seit über vier Jahren liegt die Anklageschrift gegen sie beim Landgericht, ohne verhandelt zu werden. Einer der Afrikaner wurde inzwischen erneut gefasst." Diese Nigeria-Connection zielt darauf ab, gutgläubige Menschen mit einer angeblichen Millionenerbschaft zu ködern und dann die Opfer schließlich skrupellos abzuzocken.

(A) Das Wirkungsfeld dieser Betrügerbande aus Afrika beschränkt sich aber nicht nur auf bundesdeutsche Länder, auch in Österreich und so weiter sind die Banditen aktiv. Ein Täter der schwarzafrikanischen Bande konnte von der österreichischen Polizei an einer Mautstelle festgenommen werden. Auch die Kriminalpolizei in Österreich warnt dringend davor, sich mit dieser Nigeria-Connection einzulassen.

Meine Damen und Herren, wie der "Weser-Kurier" festgestellt hat, führen viele Spuren immer und immer wieder nach Bremen, wo bereits in der Vergangenheit mehrfach erfolgreich gegen die Betrüger ermittelt worden ist. Weiter heißt es: "Doch seit Frühjahr 2001 schmort eine aus zahlreichen Akten bestehende Anklageschrift beim Bremer Landgericht und wird nicht verhandelt, und die Tatverdächtigen" – wie soll es auch anders sein – "sind wegen der Verzögerung des Verfahrens schon längst wieder auf freiem Fuß."

Sachkundige Beobachter gehen davon aus, dass die Gauner ihr kriminelles Treiben ungehindert fortsetzen können, zumal das alte Verfahren aus dem Jahr 2001 im kommendem Frühjahr 2006 verjährt. Zu diesem unerträglichen Skandal teilte der Sprecher des Bremer Landgerichts, Herr Helmut Kellermann, mit, "dass die zuständige Kammer den Prozess nicht aus fehlender Lust nicht eröffnet habe, sondern wegen unerträglicher Überlastung vor sich herschieben musste."

Ursächlich dafür ist die völlig unzureichende Personaldecke. So hat das Landgericht allein in den letzten vier Jahren 7,5 Richterstellen verloren. Das ist ein Skandal sondergleichen, zumal die Banditen der Nigeria-Connection, die aufgrund der von den Altparteien verschuldeten Handlungsunfähigkeit des Bremer Landgerichts wieder auf freien Fuß gesetzt worden sind, auch selbstverständlich keine Ausweisung zu befürchten brauchen. In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal den "Weser-Kurier" zitieren dürfen: "Entweder heiraten sie eine Deutsche, oder sie erkennen die Vaterschaft für ein uneheliches Kind von einer deutschen Frau an. Damit haben sie einen gesicherten Aufenthaltsstatus."

Meine Damen und Herren, deshalb sei im Sinne des vorliegenden DVU-Antrags festgestellt: Vorrangiges Anliegen des Strafrechts hat der Opferschutz zu sein und nicht der Täterschutz. Das organisierte Verbrechen, die Bandenkriminalität in- und ausländischer Prägung bedrohen in zunehmendem Maße unsere Bürgerinnen und Bürger. Ziel der Strafrechtspflege muss daher die wirksame Bekämpfung dieser Kriminalitätsform sein. Neben einer Erhöhung von Strafandrohung sollte auch darüber nachgedacht werden, ob die Schaffung neuer Straftatbestände erforderlich ist, damit multinationale Verbrecherbanden wirksam bekämpft werden können. Das Beispiel der Situation beim Bremer Landgericht zeigt klar und deutlich, dass eine personelle Verstärkung der Justizbehörde und deren bessere sachliche Ausstattung

dringend erforderlich ist. Darum stimmen Sie diesem Antrag der Deutschen Volksunion zu!

**Präsident Weber:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Hannken.

Abg. Frau **Dr. Hannken** (CDU)\*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Tittmann, auch ich habe den Artikel Ende Juli dieses Jahres im "Weser-Kurier" gelesen, und in der Tat denkt man erst einmal darüber nach, wenn man einen solchen Artikel liest, was mit der Justiz hier in Bremen los ist, wie es dazu kommen kann, dass ein solches Verfahren so lange liegen bleibt und warum die Anklage nicht rechtzeitig erhoben wurde.

(Abg. Tittmann [DVU]: Sehrrichtig!)

Ich habe mich dann aber kundig gemacht, was dort die Sachlage war, woran es liegt und wie insgesamt die Situation ist. Auch die Diskussionen, die wir in den letzten vergangenen zwei Jahren im Rechtsausschuss geführt haben, haben da Klarheit gebracht, und wir haben uns auch im Ausschuss einen umfassenden Einblick darüber verschafft, wie die Situation beim Landgericht ist.

Der Fall, den Sie schildern, ist aus dem Jahr 2001. In der Tat war es damals so, dass nicht rechtzeitig ein Termin zur Hauptverhandlung angesetzt werden konnte und daraufhin der Tatverdächtige, der sich in Untersuchungshaft befand, aus der Untersuchungshaft entlassen werden musste, weil es eine gesetzliche Regelung gibt, dass, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten ein Termin zur Hauptverhandlung angesetzt wird, die Untersuchungshaft beendet wird. Es gab daraufhin aber auch eine Überprüfung, warum dies stattgefunden hat, und es gab auch Veränderungen, die daraufhin erfolgt sind.

Anfang dieser Legislaturperiode, 2003, gab es noch einmal einen Fall, wo drohte, dass jemand aus der Untersuchungshaft entlassen werden müsste, weil es keine rechtzeitige Terminierung gab. Das ist allerdings rechtzeitig erkannt worden, und es sind rechtzeitig die entscheidenden Schritte eingeleitet worden. Der Rechtsausschuss hat sich damals sehr ausführlich damit befasst. Der Präsident des Landgerichts ist damals vor den Ausschuss vorgeladen worden, wenn ich das so sagen darf. Es ist, glaube ich, auch der Präsident des Oberlandesgerichts da gewesen. Es wurde ausführlich nachgefragt, warum es dazu gekommen ist, dass kein Termin zur Hauptverhandlung angesetzt werden konnte.

Es sind dann auch Gründe dafür genannt worden, die sicherlich auch damit zusammenhängen, dass wir in letzter Zeit sehr viele Großverfahren hier hatten, die sich sehr lange hinziehen. Ich nenne nur einmal (D)

<sup>\*)</sup> Von der Rednerin nicht überprüft.

(D)

(A) den Vulkan-Prozess, der uns jetzt wieder droht, der sicherlich auch große Teile der Justitia einfach lahm legen wird, weil er sie sehr lange beschäftigen wird. Die entscheidenden Schritte sind aber eingeleitet worden, und ich möchte da auch ganz ausdrücklich ein besonderes Lob an das Landgericht Bremen aussprechen und auch an den Präsidenten des Landgerichts hier in Bremen.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Ich gebe zu, die Personalsituation ist nicht rosig, und es wird Ihnen hier auch keiner erzählen, dass wir dort zu viele Richterstellen haben, sondern die Personalsituation ist eher knapp bemessen, aber trotz der knapp bemessenen Personalsituation wird beim Landgericht eine exzellente Arbeit gemacht. Es sind Kammern eingerichtet, die auch einspringen, wenn andere Kammern überlastet sind. Damit kann gewährleistet werden, dass in den entscheidenden Fällen immer Termine gefunden werden. Manchmal liegt es nämlich auch an den Anwälten, dass keine Termine gefunden werden, auch das muss man natürlich einmal sagen. Da wird also alles gemacht, was gemacht werden kann. Dort geht man sehr gut damit um.

Es gibt jetzt ein Personalentwicklungskonzept, das zurzeit noch beim Landgericht diskutiert wird, auch sehr breit diskutiert wird, wobei die Mitarbeiter gut eingebunden werden, wobei die Richter gut eingebunden werden, das nichtrichterliche Personal gut eingebunden wird. Auch das haben wir uns im Rechtsausschuss der Bürgerschaft angehört, dort mit den Betroffenen diskutiert, und man konnte insgesamt feststellen, dass dort eine sehr große Zufriedenheit besteht. Auch das sollte man hier einfach einmal positiv zur Kenntnis nehmen.

Herr Tittmann, ich würde mir wünschen, dass Sie sich, wenn Sie sich für dieses Thema interessieren – ich bin ja für jeden froh, der sich mit diesem Bereich auseinander setzen möchte und der dies als wichtig erkennt –, dann ein bisschen mehr in der Sache einlassen. Kommen Sie doch gern einmal vorbei im Rechtsausschuss, als Abgeordneter haben Sie ja ein Recht dazu, sich auch mit diesen Themen in den Ausschüssen auseinander zu setzen, zumindest indem Sie zuhören! Da können Sie sicherlich einiges lernen. Ich denke, das ist für alle sehr hilfreich.

Insgesamt glaube ich, dass das Landgericht hier in Bremen mit den Kapazitäten, die es hat, eine sehr gute Arbeit macht. Ich würde mir sicherlich auch wünschen, dass es in dem einen oder anderen Fall einmal besser ist, aber vor der Finanzlage, vor der wir stehen, wissen wir auch, mit welchen engen Sachzwängen wir dort hantieren müssen.

Herr Tittmann, ich habe von Ihnen auch noch nicht einmal in den vergangenen Jahren, in denen Sie im Parlament sind, einen einzigen Haushaltsantrag gelesen, mit dem Sie mehr Personal für das Landgericht gefordert hätten. Also, auch da sind Sie bisher etwas schuldig geblieben. Insofern sollten Sie sich vielleicht auch überlegen, wie Sie hier Ihre vollmundigen Reden halten können, obwohl dann doch relativ wenig davon kommt. Ich denke, Sie sollten sich vielleicht auch einmal selbst dort mit den Betroffenen auseinander setzen, dann werden Sie sehen, dass dort gute Arbeit gemacht wird und die Rechtspflege im Staate Bremen völlig in Ordnung ist und ihr ein großes Lob auch dient.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Dr. Hannken, ich will den wenigen Richtern ja nicht die exzellente Arbeit absprechen, um Gottes willen, die wenigen Richter haben einen großen Dank verdient! Darum geht es aber nicht! Wenn Sie jetzt Anträge in Haushaltsberatungen meinerseits ansprechen, muss ich Ihnen sagen: Sie wissen doch ganz genau, dass ich als Einzelabgeordneter in der Haushaltsdebatte so wenig Redezeit habe, dass es mir praktisch nicht möglich ist, hier Anträge einzubringen, sondern Ihnen nur den Haushalt insgesamt und Ihre verfehlte Politik darzustellen.

(Abg. Pflugradt [CDU]: Sie können doch trotzdem Anträge stellen!)

Ich habe als Einzelabgeordneter so wenig Redezeit, dass ich, wenn ich jetzt acht, neun Anträge stellen würde, keine Zeit hätte, sie zu begründen. Das wissen Sie doch ganz genau! Also sprechen Sie hier nicht von solchen Sachen, von denen Sie nichts verstehen! Es überrascht mich überhaupt nicht, dass Sie auch vor allen neuen Formen des organisierten Kriminalitätswesens ausländischer Banditen auf Kosten und zu Lasten unserer Bürgerinnen und Bürger unverantwortlich die Augen verschließen. Dazu passt natürlich gewissermaßen als schäbige Pflichtübung die Ablehnung auch des vorliegenden DVU-Antrags. Es wundert mich überhaupt nicht.

Es ist eine unverantwortliche Schande, dass sogar von Ihnen hier so leicht hingenommen wird, dass die Handlungsfähigkeit des Bremer Landgerichts infolge der Überbelastung wegen mangelnden Personals bezüglich der Richterstellen kaum noch gegeben ist und Mitglieder ausländischer Verbrecherbanden wie zum Beispiel dieser Nigeria-Connection in Deutschland, aber besonders im Bundesland Bremen quasi ungehindert machen können, was sie wollen, weil die Anklageschriften verstauben und Verbrecher wieder auf freien Fuß gesetzt werden.

(B)

(A) Meine Damen und Herren, entsprechend geht das auf das Konto der Altparteien, wenn noch mehr Kaufleute, noch mehr Bürger oder kleinere Gewerbetreibende kurz vor der Insolvenz stehen oder von dieser Nigeria-Connection schon in den Ruin getrieben worden sind. Darum ist es ein Gebot der Stunde, dass gerade hier in Bremen eine Rechtspolitik durchgesetzt werden muss, die einer Begünstigung von Tätern entschlossen begegnet und den Opferschutz wieder in den Mittelpunkt stellt. Politiker der Altparteien sind dazu aber nicht in der Lage oder aber nicht willens.

**Präsident Weber:** Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag des Abgeordneten Tittmann, DVU, mit der Drucksachen-Nummer 16/729 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzei- (C) chen!

(Dafür Abg. Tittmann [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Abg. Wedler [FDP])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende unserer heutigen Tagesordnung angekommen. Ich bedanke mich herzlich für die konzentrierte Debatte.

Ich schließe die Sitzung und möchte Sie morgen früh wieder auf das herzlichste begrüßen! Auf Wiedersehen!

(Schluss der Sitzung 17.57 Uhr)

(B) (D)